



5. Heft | 18. März 1915

LEO ARONS · DAS VOLKSWOHL

ZUR Eröffnung des Reichstags schrieb der Vorwärts am 10. März: »Dieser Wachsamkeit [der rechtsstehenden Parteien im Landtag] gegenüber ist es doppelte Aufgabe des aus dem gleichen Wahlrecht hervorgegangenen Reichstags alle durch den Kriegszustand getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen ausschließlich vom Standpunkte des Volkswohls aus zu betrachten, nicht aber mit Rücksicht auf die Sonderinteressen kleinerer Produzentenschichten.«

Die im Vorwärts selbst gesperrten Worte haben einen wirklichen Inhalt nur, wenn sie den Konsumentenstandpunkt hervorheben sollen. Daß alles »vom Standpunkte des Volkswohls« aus zu betrachten sei, wäre ja nichts als eine Selbstverständlichkeit: Der Vertreter jeder beliebigen Partei ist davon überzeugt, daß er nur das Volkswohl fördert; die Gegensätze treten erst hervor, wenn es sich um die Frage handelt, was das Volkswohl ist. Der ganze Satz des Vorwärts zeigt, daß er diesmal ausschließlich den Konsumentenstandpunkt betont sehen will. Der Vorwärts segelt damit völlig im Kielwasser der alten spießbürgerlichen Demokratie. Aufgabe des Sozialismus ist nicht die Regelung des Konsums, sondern die Organisierung der Produktion. Das ist vom Vorwärts ja gerade denen gegenüber hervorgehoben worden, die in den kriegszeitlichen Eingriffen in die Verbrauchsregelung ein Stück Sozialismus erblicken. Selbstverständlich ist es unmöglich in einer kurzen Zeitspanne, namentlich unter dem Druck des Kriegs, plötzlich die *anarchistische* Produktionsweise umzugestalten. Gewiß ist es nötig, daß den augenblicklichen Besitzern der zum Lebensunterhalt notwendigen Güter (Nahrungs-, Bekleidungsmittel usw.), seien es nun die Produzenten selbst oder die Händler, auf die Finger gesehen wird; auch sie sind nur Menschen, und häufig genug werden sie der Versuchung erliegen aus der Notlage der anderen einen Mehrgewinn herauszuschlagen (gerade wie gewisse Arbeitergruppen heute Löhne durchsetzen, die ohne die Zwangslage des Kriegs unmöglich zu erlangen wären, ohne daß diese Arbeitergruppen etwas anderes darin erblicken als einen Entgelt nicht nur für gute Leistungen sondern auch für die mannigfachen Schädigungen, die sie auf anderen Seiten erfahren). Gewiß ist es erwünscht, daß die vorhandenen Vorräte der öffentlichen Kontrolle unterliegen, daß nicht nur Höchstpreise festgesetzt, sondern, wenn nötig, auch die Abgabe zu diesen Preisen erzwungen wird. Aber hierbei ist es wichtig vor allen Dingen auch das Interesse der Produzenten zu berücksichtigen, ihnen nicht nur die Möglichkeit zu weiterer Produktion zu lassen sondern ihnen auch

die Lust und Liebe dafür zu erhalten. Es wird sich hierbei stets um ein sorgfältiges Abwägen bis in das einzelste handeln. Deshalb hätte die sozialdemokratische Fraktion auch zunächst ruhig auf eine Generaldiskussion verzichten und die gründlichen Auseinandersetzungen in den Kommissionen abwarten können. Unzweifelhaft läßt sich dort eine ganze Reihe von Beschwerden, sei es durch Aufklärung sei es durch Vorbereiten neuer Maßregeln, beseitigen; erst ein etwa verbleibender Rest bedarf, wenn er bedeutungsvoll genug ist, der Erörterung in öffentlicher Reichstagsitzung.

Unsere Fraktion war anderer Ansicht. Sie glaubte auf eine allgemeine Erörterung nicht verzichten zu können. Und so fand am 10. März eine solche statt. Die Ausführungen unseres Fraktionsredners geben zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß, wie man auch über den sachlichen und taktischen Wert mancher Einzelheiten denken mag.¹⁾ Trotzdem erscheint die oben angestellte Betrachtung nicht überflüssig. Das zeigt wieder der zitierte Artikel des Vorwärts. Unmittelbar nach den am Eingang wiedergegebenen Worten heißt es dort: »Ein solches Vorgehen empfiehlt sich für die Parteien und die Regierung schon mit Rücksicht auf die Stimmung der Volksmassen.«²⁾ Mag sein, daß Parteien, deren Forderungen sonst keinen Boden im Volk finden, daß Regierungen, die sich im übrigen dem gesamten Volkswillen widersetzen, eine derartige Rechnungsträgerei üben müssen, die man hart als Demagogie bezeichnen könnte. Eine wirkliche Volkspartei hat eine andere Aufgabe. Ihre Führer haben nicht ängstlich der Volksstimmung zu lauschen, sie haben dem Volkswillen die richtigen Bahnen zu weisen. Sie müssen nach innen in unermüdlichen Verhandlungen die Tatsachen festzustellen, das Mögliche zu erreichen suchen, nach außen aber auch den Volksmassen die Unmöglichkeiten oder die augenblicklichen Unmöglichkeiten klarmachen. Gewiß ist es für den einzelnen in besserer Lebensstellung schwer die opfergewohnten Massen zur Geduld, zu noch härteren Opfern zu mahnen; aber gerade hierbei wird sich seine Charakterfestigkeit, das Wichtigste für den Volksführer, offenbaren.

Nicht Reden zum Fenster hinaus, die der Stimmung der Massen entgegenkommen, sind jetzt für die Führer der Sozialdemokratie am Platz, sondern kluges Handeln unter ständiger Aufklärung der Massen über das Mögliche und Unmögliche, das Vermeidbare und das unerbittlich Notwendige. Nur dadurch können die Führer sich das Recht erzwingen auch »in die Exekutive einzugreifen, so sehr einzugreifen und sie tatsächlich so sehr umzuformen, daß sie sich nie wieder selbständig dem Willen der Nation entgegenstellen kann.«³⁾ Noch so schöne, noch so scheinbar kraftstrotzende Reden helfen hier nichts. »Das Fürstentum, meine Herren«, schließt Lassalle seine Rede über das Verfassungswesen, »hat praktische Diener, nicht Schönredner, aber praktische Diener, wie sie Ihnen zu wünschen wären.«

¹⁾ Nur einer mißverständlich verallgemeinernden Ausdeutung seines Ausspruchs »Jetzt darf kein Interesse dem der konsumierenden Bevölkerung vorangehen« muß vorgebeugt werden. Es ist ganz selbstverständlich, daß einem Sozialisten vor allem die dauernde Sicherstellung der Produktion am Herzen liegt; in ihrem Interesse wird er selbst von dem konsumierenden Publikum zeitweilig gewisse Opfer verlangen müssen. Es ist klar, daß Genosse Haase hier nur die Erhaltung der Volkskraft durch ausreichende Ernährung, im Interesse der nationalen Selbsterhaltung, im Auge hatte.

²⁾ Die Sperrung findet sich im Vorwärts.

³⁾ Siehe Lassalle Über Verfassungswesen, in Lassalles Reden und Schriften, 1. Band / Berlin 1892 / pag. 494.

Und nur solche »praktische Diener« werden der Doppelaufgabe gerecht werden können: alles aufzubieten zur Verteidigung des Vaterlands, zum Durchhalten bis zum ehrenvollen Frieden und die Keime dauernd lebensfähig zu machen, einem kräftigen Aufsprießen entgegenzuführen, die aus der Not des Vaterlands zunächst für die politische Gleichberechtigung entsprossen sind.

XX

AUGUST WINNIG · DIE KOLONIEEN UND DIE ARBEITER



UCH über unsere Kolonien fegt der Sturm dieses großen Krieges. Die schwach und zum Teil gar nicht verteidigten Plätze in der Südsee sind den Alliierten in die Hände gefallen. Togo ist in der Hand der Engländer. In Kamerun hat sich die nicht sehr starke deutsche Streitmacht vor den überlegenen Kräften der Engländer und Franzosen in die Waldgebiete zurückziehen müssen. Der Stand der Dinge in Ost- und Südwestafrika ist ungewiß; auch hier haben Kämpfe stattgefunden, die für den Feind sehr verlustreich waren und diesen zunächst zum Rückzug nötigten. Bei der Unmöglichkeit den dort stehenden deutschen Kräften Unterstützung zu senden wird man sich jedoch auch hier bei längerer Dauer des Krieges auf gewisse Erfolge der Gegner gefaßt machen müssen.

Auch wer mit der Kolonialpolitik, so wie sie von der Regierung und der Reichstagsmehrheit betrieben wurde, gar nicht einverstanden war, wird sich gegen den Gedanken sträuben, daß diese Gebiete für Deutschland verloren sein sollen. Es steckt denn doch zu viel an Opfern in diesen Kolonien, als daß man sich leichtherzig mit ihrem Verlust abfinden könnte. Und sie repräsentieren auch zu hohe Werte, als daß es angebracht wäre ihr Schicksal auf die leichte Schulter zu nehmen. Gewiß können sich die deutschen Kolonien nicht mit den englischen Besitzungen Indien oder Ägypten vergleichen. Aber die ganz und gar wert- und hoffnungslosen Sandwüsten, als die sie eine oberflächliche Agitation früher gern hinstellte, sind sie denn doch nicht. Und wenn sie es schon früher waren, so sind sie es doch heute nicht mehr. Vergewenwärtigen wir uns nur ganz wenige Tatsachen. In den Kolonien wohnten 1913 insgesamt 12 Millionen Menschen. Es bestanden im gleichen Jahr 11 Eisenbahnen mit zusammen 4176 Kilometer Bahnlänge, auf denen im Jahr 1912 1 325 000 Tonnen Güter befördert wurden. Im gleichen Jahr liefen in die Häfen der Kolonien 4212 Schiffe mit rund 8 Millionen Registertonnen ein. Der Gesamthandel der Kolonien mit dem Ausland betrug im gleichen Jahr 464 Millionen Mark, wovon 233 Millionen auf Afrika entfallen. Die eigenen Einnahmen der Kolonien betragen 1912 an Steuern und Abgaben 67,9 Millionen Mark. Das alles ist, verglichen mit den entsprechenden Zahlen des Reichs, freilich sehr gering. Aber es ist zu bedenken, daß wir eigentlich erst seit 1905 von einer wirklichen Entwicklung der Kolonien reden können, und daß diese Zahlen auch nichts weiter beweisen sollen, als daß es verkehrt ist die Kolonien in Bausch und Bogen für wertlosen Plunder zu erklären. Gewiß darf man auch die Zukunftshoffnungen nicht allzu hoch spannen; die besten Stücke Afrikas sind es nicht, die unter deutscher Herrschaft stehen. Gleichwohl ist ihre

Erhaltung für das deutsche Volk eine wichtige Sache. Denn um was es sich in Wahrheit bei der Entscheidung über das Schicksal der Kolonien handelt, ist nicht: ob Deutschland diese Kolonien behält, sondern ob es überhaupt ein Machtfaktor in der kolonialen Politik und Wirtschaft bleiben soll. Das ist die Frage. Und an ihrer Lösung ist das gesamte deutsche Volk, sind auch die deutschen Arbeiter lebhaft beteiligt.



Bei der Herausbildung der Kolonialpolitik handelt es sich um die Sorge volkswirtschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen, die man fühlte oder voraussah. Es wäre ein durchaus unhistorisches Beginnen die Kolonialpolitik des 20. Jahrhunderts mit dem Raubwesen der Konquistadoren des Pizarro und seiner Artgenossen zu vergleichen. Jene Eroberungszüge des 16. Jahrhunderts waren bloßer Raub und Mord, mit keinem andern Ziel als dem der persönlichen Bereicherung. Die *kolonisatorische* Tätigkeit jener Eroberer bestand in der Aufrichtung einer blutigen Gewaltherrschaft und in dem Raub der Schätze an Edelmetallen, die man bei den Eingeborenen fand oder vermutete. An eine wirtschaftliche Erschließung der eroberten Länder dachte man gar nicht, weil man kein Bedürfnis danach hatte. Was man suchte, waren Gold und Silber, nicht Nährfrüchte und Rohstoffe. Das aber macht die Triebkraft und das Wesen der Kolonialpolitik unserer Zeit aus, daß sie Nährfrüchte und Rohstoffe zu beschaffen strebt, die die Volkswirtschaft des Mutterlands braucht, und die ihr der eigene Boden nicht liefern kann. Es ist darum eine Beschränktheit und eine offenbare Verkennung der wirklichen Tatsachen hinter dem Streben der großen Industrieländer nach Kolonien nichts als das Drängen und Suchen des angesammelten Mehrwerts nach profitabler Verwertung zu sehen. Die primäre Ursache der Kolonialpolitik unserer Zeit ist das zwingende Bedürfnis des Wirtschaftswesens der Industrieländer nach Rohstoffen. Von dieser Ursache gehen alle kolonialpolitischen Bestrebungen aus, ganz gleich, in welchem Gewand sie auftreten. Da dies Streben einmal vorhanden ist, so erfaßt es auch Länder, deren Wirtschaft die koloniale Ergänzung nicht oder noch nicht erheischt; die Befürchtung, daß die Erde aufgeteilt sein könnte, wenn man später zu kolonialer Wirtschaft gezwungen sein wird, treibt auch diese Länder dazu als Bewerber um koloniale Gebiete aufzutreten. Und die zwingende Notwendigkeit die Wirtschaft der Industrieländer durch koloniale Wirtschaft zu ergänzen schafft erst für das überschüssige Kapital die mehr oder weniger profitable Verwertungsmöglichkeit. Hinter allen diesen Erscheinungsformen des kolonialen Strebens steht aber in letzter Linie und als bestimmender Umstand das objektive Bedürfnis des Wirtschaftswesens der Industriestaaten.

Die Notwendigkeit die Wirtschaft des Mutterlands durch Kolonialwirtschaft zu ergänzen und zu stützen liegt vor allem für unser Land in greifbarer Deutlichkeit vor. Die dauernd starke Vermehrung der Bevölkerung hat uns ein Wirtschaftssystem aufgenötigt, das ohne koloniale Ergänzungswirtschaft überhaupt nicht denkbar und schlechthin unmöglich ist. Deutschlands begrenzten Wirtschaft die Güter beschaffen könnte, die sie zu einer Lebensführung, wie sie durch die Zugehörigkeit zum europäischen Kulturkreis gegeben ist, bedarf. Man kann dabei zunächst die allgemeine Abhängigkeit

unserer Lebensführung von kolonialen Erzeugnissen ganz außer Betracht lassen, obwohl selbstverständlich auch diese alltäglichen Gebrauchsgüter für Richtung und Wesen des kolonialen Strebens sehr wichtig sind; das deutsche Volk kann zur Not wohl für die Zeit eines außerordentlichen Zustands zur Lebensweise eines Harzköhlers zurückkehren, aber es kann nicht dauernd Verzicht auf eine geschichtlich gegebene Lebensführung leisten, wenn es sich nicht selbst aus dem großen Weltgeschehen ausschalten will. Das deutsche Volk ist nicht aus freier Wahl sondern unter dem ehernen Druck einer zwangsmäßig sich vollziehenden Entwicklung ein hochindustrielles Volk geworden. Damit hat es das Gerüst seiner wirtschaftlichen Beziehungen weit über den nationalen Rahmen hinaus gestreckt und muß darum notwendig danach streben es auch außerhalb seiner staatlichen Grenzen zu stützen und zu verankern. Es muß vor allem dafür Sorge tragen, daß seiner Industrie, die immer mehr das Rückgrat seiner Wirtschaft geworden ist, der Bezug der Rohstoffe gesichert bleibt. Und in wie hohem Maß ist die deutsche Industrie auf die Rohstoffzufuhr aus dem Ausland angewiesen! Mehr als die Hälfte unserer gesamten Einfuhr, nämlich 55,9 %, entfällt allein auf Rohstoffe und Halbprodukte. Und diese Einfuhr repräsentierte im Jahr 1913 einen Wert von 6,5 Milliarden Mark. Allein der Bedarf der deutschen Textilindustrie erforderte im gleichen Jahr eine Einfuhr von Rohfaserstoffen und Garnen von 1615 Millionen Mark, das ist nahezu ein Sechstel unserer gesamten Einfuhr jenes Jahres. An Kupfer und Zinn, um nur einige der wichtigsten Rohstoffe zu nennen, betrug die Einfuhr 393,5, an Kautschuk, Guttapercha und Balata 146,8, an Häuten und Fellen 604,3 Millionen Mark. Der bei weitem größte Teil dieser Rohstoffe stammt aus Ursprungsländern mit kolonialer Wirtschaft. Gedenken wir auch unseres großen Bedarfs an Tabak, an Kakao, an Kaffee, Reis und weiter an Pflanzenfetten, Pflanzen- und Mineralölen, die wiederum zum allergrößten Teil aus überseeischen Ländern mit kolonialer Wirtschaft bezogen werden müssen, so haben wir eine genügende Vorstellung von der Abhängigkeit des deutschen Wirtschaftslebens von kolonialen Gebieten, um einzusehen, daß Kolonialwirtschaft und darum auch Kolonialpolitik untrennbar mit dem europäischen Industrialismus verbunden sind.

Diese Abhängigkeit ist aber nicht etwa vorübergehender Art. Wir können uns heute keine Entwicklung denken, die nicht zu einer Ausweitung und Steigerung des Industrialismus führte, die uns in den Stand setzte auf diese Rohstoffe und Produkte zu verzichten. Solange es menschliches Kulturleben geben wird, so lange wird es nur mit Hilfe der heutigen Kolonialgebiete möglich sein.

Kein Mensch, keine Klasse und keine Partei kann diese Tatsache ignorieren. Vor allem kann sie keine Partei und keine Klasse unbeachtet lassen, die Anspruch auf Teilnahme an der Leitung und Verwaltung des öffentlichen Wesens erhebt. Und am allerwenigsten kann sich die Arbeiterklasse und als ihr politischer Ausdruck die Sozialdemokratie über diese Tatsache und die aus ihr fließenden Notwendigkeiten hinwegsetzen. Am allerwenigsten: denn das wirtschaftspolitische System der sozialistischen Arbeiterschaft ist ja mehr als das System jeder andern Klasse aus den Notwendigkeiten der künftigen Entwicklung abgeleitet und strebt nach der vollkommensten Erfüllung aller gesellschaftlichen Bedürfnisse. Wie wollten wir

unsern Kampf um die politische Macht rechtlich und sittlich stützen, wenn wir die Notwendigkeit kolonialer Wirtschaft leugneten oder uns weigerten deren Gebote zu erfüllen? Man kann sich dieser Notwendigkeit nicht damit entziehen, daß man sich auf die kolonialisatorische Tätigkeit der anderen Staaten verläßt; denn das würde die Preisgabe wichtiger ökonomischer und politischer Interessen des eigenen Volkes bedeuten und wäre doch nur ein klägliches Ausweichen vor der Entscheidung, die man damit den Bruderparteien der anderen Länder zuwiese. Gesetzt den Fall, die Arbeiterklasse eroberte in den großen Industriestaaten die politische Macht: könnte sie dann auch nur daran denken die Kolonialpolitik aufzugeben? Täte sie es, so würde sie damit selbst ihrer Herrschaft den Todesstoß versetzen. Denn ökonomische Lebensinteressen der Völker lassen sich durch keinerlei Prinzipien vergewaltigen, sie zerschlagen die Prinzipien und setzen sich durch.



MEUTE ist die offizielle Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik noch durch die Resolutionen des Mainzer Parteitag /1900/ und der internationalen Kongresse von Amsterdam /1904/ und Stuttgart /1907/ gegeben. In all diesen Resolutionen wird den sozialdemokratischen Parteien der entschiedenste Widerstand gegen die Kolonialpolitik zur Pflicht gemacht; doch fordern sie daneben auch das Eintreten für Reformen zur Erleichterung des Loses der Eingeborenen. Ich will aus der Resolution des Mainzer Parteitags zwei Sätze wiedergeben. Diese Resolution beginnt:

»Die zum Zwecke kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Machtentfaltung betriebene Welt- beziehentlich Kolonialpolitik... entspringt in erster Linie dem habgierigen Verlangen der Bourgeoisie nach neuen Gelegenheiten zur Unterbringung des stets anschwellenden Kapitals . . .«
Sie schließt:

»Sie [die Sozialdemokratie] verlangt, daß die wünschenswerten und erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde dadurch verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheiten sowie die Unabhängigkeit dieser Völkerschaften geachtet und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Zivilisation gewonnen werden.«

Diese Resolution hält also in der Einleitung daran fest, daß die Kolonialpolitik in erster Linie dem Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals entspringt, sie erklärt dagegen in ihrem Schlußsatz die »Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde« für »wünschenswert« und »erforderlich«. Darin steckt natürlich ein Widerspruch, vor dem man sich nur dadurch retten kann, daß man ihn in die Begriffe Kolonialpolitik und Kultur- und Verkehrsbeziehungen verweist, daß man sich also auf den Standpunkt stellt, die heutige Kolonialpolitik habe in Zweck und Form mit den als erforderlich anerkannten Verkehrsbeziehungen nichts zu schaffen, sie sei keine oder keine für uns annehmbare Erfüllung dieses Bedürfnisses. Tatsächlich ist dies nicht nur der unbestrittene Sinn der Resolution sondern auch die in der Agitation und im Parlament vertretene Auffassung der Partei. Sie bedeutet eine Ablehnung der bis dahin beobachteten Methoden der Kolonialpolitik, nämlich »der gewaltsamen Aneignung fremder Ländergebiete und der rücksichtslosen Unterjochung und Ausbeutung der in den selben wohnenden Völkerschaften«. Aber auch eine Anerkennung der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit der »Kultur- und Verkehrsbeziehungen« zu den Völkern, die heute Gegenstand der Kolonialpolitik sind.

Darüber kann nirgends Zweifel bestehen, daß solche Beziehungen die Obhut und Aufsicht der Staatsgewalt bedingen, daß es unzulässig wäre die Anbahnung und Pflege solcher Beziehungen privaten Erwerbs- oder Handelsgesellschaften zu überlassen. Infolgedessen liegt in dem Schlußsatz jener Resolution auch die Anerkennung der Notwendigkeit der Kolonialpolitik, allerdings nur einer Kolonialpolitik, die auf die gewaltsame Aneignung fremder Ländergebiete und die rücksichtslose Ausbeutung der darin wohnenden Völkerschaften verzichtet, bei der vielmehr »die Rechte, die Freiheiten sowie die Unabhängigkeit dieser Völkerschaften geachtet und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Zivilisation gewonnen werden«. Es ist zwar oft versucht worden die Partei grundsätzlich gegen die Kolonialpolitik schlechthin festzulegen, aber einen dauernden Erfolg haben diese Versuche nicht gehabt und konnten sie nicht haben, da eine solche grundsätzliche Verneinung vor keiner ernsthaften Kritik und noch weniger vor den Anforderungen der Wirklichkeit besteht.

Oder kann sich die Arbeiterklasse auf den Standpunkt stellen, daß es ihr ganz gleichgültig sei, ob die deutsche Volkswirtschaft die nötigen Rohstoffe erhalte oder nicht? Selbstverständlich wäre ein solcher Standpunkt unmöglich. Es kann einfach der Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein, unter welchen Bedingungen sich der Ablauf der wirtschaftlichen Funktionen vollzieht. Es berührt selbstverständlich das Interesse der Arbeiterschaft, ob die Industrie, von deren Gedeihen sie selbst abhängt, die nötigen Rohstoffe erhält, und ob sie sie zu günstigen Preisen erhält. Eine Preissteigerung auf dem Baumwollmarkt zieht automatisch eine Einschränkung der Produktion nach sich und läßt den Lohndruck oder den Widerstand der Fabrikanten gegen die nach Lohnerhöhung drängenden Arbeiter stärker werden. Die Industrie eines Landes, die mit ihrer Rohstoffversorgung vom Ausland abhängig ist, ist immer schlechter gestellt als ihre Konkurrentin, die auf die Zufuhren aus eigenen Kolonien rechnen kann. Sie hat auf die Preisbildung nur minderen Einfluß, sie ist in vielen anderen Einzelheiten der Willkür des ausländischen Kapitals ausgesetzt und hat darum den Konkurrenzkampf unter erschwerten Bedingungen zu führen. Das alles drückt natürlich nicht nur auf die Rentabilität der Produktion sondern mittelbar auch auf die Entlohnung, auf das Maß von Recht und Bewegungsfreiheit, das sich die Arbeiter erkämpfen können. Es steht außer Frage, daß diese Erwägungen insbesondere auf Deutschland zutreffen, dessen hochentwickelte Industrie unter den Nachteilen, die sich aus der Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffmärkten ergeben, weit empfindlicher leidet als eine Industrie, die für den Gesamthaushalt ihres Landes nur von untergeordneter Bedeutung ist. Wenn dann die deutschen Arbeiter bei den vielen anderen Sorgen, die der Krieg wachruft, auch um das Schicksal der Kolonien besorgt sind, so sind sie es in der Erkenntnis, daß es sich hier um ein wertvolles Stück deutscher Zukunft handelt, die eben auch ihre Zukunft ist.




FÜR unsere künftige Stellung zu kolonialen Fragen müssen wir uns die Erfahrungen zunutze machen, die man in der bisherigen Kolonialpolitik gesammelt hat. Das entschiedene Bekenntnis zur Humanität auch gegenüber den Eingeborenen darf uns nicht verkennen lassen, daß an ihnen zunächst ein gutes Stück Erziehungsarbeit zu leisten ist. Die Formel von der Gleichheit alles dessen, was


Menschenantlitz trägt, ist sicherlich edel und hochherzig. Aber Jahrtausende fehlender anthropologischer Entwicklung lassen sich nicht in einem Menschenalter ausgleichen. Die notwendige wirtschaftliche Erschließung primitiver Länder ist ohne Eingriffe in die »Rechte« und »Freiheiten« ihrer Bevölkerung ebensowenig möglich wie die Erziehung des Kindes ohne Schulzwang und ohne Zucht.

Aber sicherlich kommt es darauf an, worin diese Eingriffe bestehen, und in welchem Geist sie unternommen werden. Hier wird die Arbeiterklasse bei positiverer Stellung zur Kolonialpolitik im ganzen künftig großen und guten Einfluß ausüben können, einen Einfluß, der um so größer sein wird, je mehr wir von der Erkenntnis und der Anerkennung feststehender Tatsachen ausgehen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX'XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

MAX SCHIPPEL · ENTTÄUSCHUNGEN?

IT der programmatischen sozialdemokratischen Fraktionserklärung, die nach ihrem Inhalt wie nach ihrer Zeitgemäßheit zum Teil recht geharnischte Erwiderungen hervorrief,¹⁾ waren die befremdenden Vorgänge im preußischen Landtag und die entsprechenden öffentlichen Auseinandersetzungen noch immer nicht erschöpft. Vor allem bot eine ausweichende Erklärung des Ministers des Innern von Loebell über die preußische Wahlrechtsreform den Miesmachern und Quertreibern (die Worte haben sich allmählich eingebürgert und seien deshalb auch hier gebraucht) Anlaß zu neuen Beschuldigungen gegen die seit dem 4. August ganz überwältigend vorherrschende Parteirichtung und zu neuen Hinweisen auf die bewährte gute ältere Auffassung und Haltung, die uns die unaufhaltsam hereinbrechenden »Enttäuschungen« hätte ersparen können. Unser Parteizentralorgan (man verzeihe den ganz unangemessenen Ausdruck, aber auch er hat sich nun einmal eingeführt und vererbt) beteiligte sich natürlich in bewährter Solidarität und Disziplin sofort an der bald offenern bald verstecktern Diskreditierung der Parteimehrheit.

IEHT man näher zu: Was ist nun eigentlich Großes geschehen, um unsere geborenen Jeremiasse, die sich ohne düstere Unheilsahnungen und beängstigende Gewissensbeschwerden überhaupt nicht wohl in ihrer Haut fühlen, plötzlich zu ihren jüngsten Umkehrbußpredigten zu entflammen? Tatsächlich nichts als das folgende.

Der Minister des Innern hatte zunächst bei einer allgemeineren Aussprache die Wendung gebraucht, daß »künftig eine Neuorientierung der innern Politik« Preußens unausbleiblich sein werde, daß »die Regierung die Notwendigkeit anerkenne infolge des Krieges und der Einheit des Volkes ernstlich zu prüfen, in welcher Weise die innere Politik auf wichtigen Gebieten den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend geändert werden solle.«²⁾ Wenn irgend etwas, dann war dies, als Äußerung eines preußischen (!) Polizei(!)ministers (!!!), für viele vielleicht eine große Überraschung. Aber für unsere Partei, und vollends für die Schwarzseher unter uns, höchstens eine angenehme Überraschung.

¹⁾ Siehe Heinemann Zur Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion im preußischen Landtag, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 167 ff.

²⁾ Wo hier und im folgenden keine besondere Quelle angegeben ist: die Zitate immer nach dem Vorwärts.

In einer Zeit, in der wir Sozialdemokraten wegen der ungeheuren Anforderungen des äußern Kampfes und wegen der täglich drängenden innerpolitischen und innerwirtschaftlichen Umgestaltungen für diesen Kampf, selber in weiten Reichsteilen für V e r t a g u n g sogar der wichtigsten allgemeinen Gemeinde- und Staatswahlen und ähnlicher größerer Entscheidungen bis n a c h dem Krieg oft genug eingetreten sind, in einer solchen beispiellosen Zeit glaubte dennoch ein Teil unserer preußischen Landtagsfraktion (anders kann man die vorliegenden Berichte gar nicht verstehen), kurzerhand, schon jetzt und »ohne bis nach dem Kriege warten« zu können, der Regierung eine bindende Festlegung auf ein bestimmtes Wahlreformprogramm abpressen zu sollen. Das bekundet, in dieser Bewertung wird noch mancher Parteifreund mit mir übereinstimmen, eine ganz erstaunliche Naivität.³⁾ Aber in u n s e r e r unmittelbaren Nähe wüßten wir keine »Politiker«, die sich jemals etwas derartiges »eingebildet« hätten, und denen nun »eine schwere Enttäuschung bereitet« worden wäre. Finden sich solche Politiker also »in den Reihen der Sozialdemokratie zur Genüge«, so müssen sie wohl eher der noch unverdorbenen Gegenseite angehören.

Naiv ist es zunächst, daß man eine jahrzehntelang umstrittene, grundlegende große Staatsfrage, die seit jeher mit den verwickeltesten allseitigen Interessenkonflikten verbunden war, mit einmal durch einen kleinen Husarenritt, gewissermaßen in der Übrumpelung des Augenblicks, glaubt erledigen zu können. So fallen große Festungen denn doch nicht. Der Genosse Paul Hirsch, der sich hierbei meines Erachtens viel zu sehr nach der Seite des keineswegs parteivorbildlichen Vorwärtsflügels hat drängen lassen, berichtet über den Kommissionsvorstoß des nähern:

»Beide Parteien wollen für den Augenblick von einer Wahlrechtsreform nichts wissen, beide greifen zu der selben willkommenen Ausflucht . . . Die Aufgabe in entschiedener Weise die Rechte des Volkes zu vertreten war dem sozialdemokratischen Redner zugefallen. Zweifellos in Übereinstimmung mit der Gesamtpartei hob er hervor, daß seine Freunde keine Veranlassung hätten sich der Auffassung anzuschließen, daß mit der Reform des Wahlrechts bis nach dem Krieg zu warten sei. Eine solche Zurückstellung dieser ungemein dringenden Aufgabe sei weder aus politischen noch aus technischen Gründen nötig usw.«⁴⁾

Wer die Bedeutung grundlegender politischer Kämpfe und des zeitweiligen Burgfriedens in solcher Weise verkennt, muß allerdings durch schwere »Enttäuschungen« erst wieder zu einem halbwegs brauchbaren Augenmaß für die reale Lage der Dinge zurückgeführt werden.

Naiv ist es weiter sich bei solchen tiefeinschneidenden Interessen- und Machtkonflikten überhaupt an die Erklärung eines Ministers klammern zu wollen. Minister kommen und gehen, und kein Nachfolger ist an die Absichten und Willensbekundungen seines Vorgängers im geringsten gebunden. Selbst ein preußischer Minister im Amt vermag zudem nichts, ohne daß eine p a r l a m e n t a r i s c h e Mehrheit hinter und neben ihm steht, ohne daß er also, bei einheitlich fest widerstrebenden oder bei ergebnislos auseinanderlaufenden Parteiverhältnissen, sich im Notfall eine parlamen-

³⁾ Auch in der Dortmunder Arbeiterzeitung vom 8. März 1915 stoße ich auf einen Leitartikel H u e s Neue Wege, in dem es ganz unumwunden heißt: »Ich möchte nicht auf die in rechtsstehenden Blättern fortgeführte Erörterung über das preußische Landtagswahlrecht eingehen, da ich, wie auch Genosse Konrad Haenisch im Landtag zutreffend sagte, während des Krieges einschneidende innerpolitische Gesetzesänderungen für unzulässig, ja nicht einmal für wünschenswert halte.«

⁴⁾ Siehe Hirsch Keine Zugeständnisse in der Wahlrechtsfrage, im Vorwärts vom 28. Februar 1915.

tarische Mehrheit, durch Neuwahlen oder durch die schärfsten Druckmittel, erzwingt. Soll das gleichfalls, so im Vorübergehen und »ohne bis nach dem Kriege zu warten«, von Herrn von Loebell geleistet werden? Selbst wenn der alte, stockkonservative Landrat und spätere mehr mittelparteiliche Vertrauensmann Bülows heute im Grunde seines Herzens bereits Demokrat wäre, solche übermenschliche Kraftproben sollte man ihm nicht zumuten. Auch einen Minister wollen wir nicht bis zur unwiderstehlichen Allmacht emporgehoben sehen.



BER schließlich, um wieder zum Anfang zurückzukehren: Was hat Herr von Loebell, ohne die allmählich schon einreißende Legendenbildung, wirklich Fürchterliches gesagt? Nach allen verfügbaren Quellen und nach dem Vorwärts selber: »daß es bei seiner früheren abgegebenen summarischen Erklärung hinsichtlich der Neuorientierung der innern Politik sein Bewenden haben müsse«:

»Er könne nicht einzelne Materien herausgreifen und namentlich nicht solche, die Differenzen hervorgerufen hätten, wie die Wahlrechtsreform . . . Er herief sich auf seine frühere Erklärung, daß die Regierung die Notwendigkeit anerkenne infolge des Krieges und der Einheit des ganzen Volkes ernstlich zu prüfen, in welcher Weise die innere Politik auf wichtigen Gebieten den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend geändert werden solle. Bei dieser summarischen Erklärung müsse es sein Bewenden haben, um so mehr, als es sich nicht empfehle aus dem ganzen Komplex der innern Politik eine Frage herauszugreifen, noch dazu eine, die bisher Gegenstand von Differenzen zwischen Regierung und Parteien und zwischen den Parteien selbst gewesen sei. Man habe sich ausdrücklich dahin geeinigt, daß nach Möglichkeit alle Fragen jetzt ausscheiden sollen, die die Gefahr einer differentiellen Anschauung und einer Polemik in sich bergen. Hierzu gehöre die Wahlrechtsfrage, er müsse es sich deshalb versagen in eine Debatte darüber einzutreten.«

Das ist alles, in den Worten des Vorwärts selber. Oder anders und knapper ausgedrückt: sein allgemeines maßgebendes Bekenntnis zu einer künftigen »Neuorientierung« der innern Politik Preußens, also des Grundcharakters des ganzen politischen Systems, nahm der Minister nicht zurück, er wies vielmehr von neuem darauf hin. Er erklärte es nur augenblicklich für unmöglich und für unzeitgemäß Einzelheiten für bestimmte Gebiete, darunter das der Wahlreform, festzulegen. Das ist nicht übermäßig freundlich, aber das ist, in dem Zusammenhang des Ganzen, auch keineswegs unbedingt feindlich, wie dies die teils unbewußt voreiligen teils in berechnender Absicht übertreibenden Schwarzmalerei heute bereits darzustellen versuchen. Es ist, offen heraus gesagt, ungefähr das, was »Politiker« ohne Scheuklappen und ohne verstiegene Erwartungen voraussehen konnten. Welche Veranlassung läge für unsere Partei also vor sich plötzlich wieder in einen neuen maßlosen Pessimismus hineinreden zu lassen?



LÜCKLICHERWEISE hat schon im Landtag Konrad Haenisch die sachlichere und zweckdienlichere Auffassung der Gesamtlage aufrecht und herzerfrischend zur Geltung gebracht. Die Parteipresse hat sich gleichfalls zum Teil bereits gegen die ganz einseitige Stimmungsmache verwahrt.

Am schlagendsten wohl das Hamburger Echo, das seit dem Krieg geistig turmhoch über unserm sogenannten Zentralorgan steht. Während die Scharfmacher in unseren Reihen uns belehren, daß nunmehr die Reaktion dem Volk und der Arbeiterschaft klaren Wein eingeschenkt habe, und daß wir »froh«

sein müßten, daß »der Nebeldunst nun fortgeblasen ist«, daß man die »Zerstörung der Illusionen« begrüßen müsse, daß man »der Masse des Volkes die Faust entgegengehalten« habe, und was derartige Parlamentsredereien im schlechtesten Volksversammlungsstil von Berliner Vorortsgößen sonst noch sind, schreibt unser Hamburger Parteiblatt ruhig und gefaßt:

»Dient es der Stärkung der sozialdemokratischen Partei, wenn als »kalte Wahrheit« verkündet wird: In Preußen bleibt alles beim alten!? Das ist das Evangelium des Pessimismus, das seine Jünger, soviel wir wissen, noch nie zu Kämpfen begeistert und zu neuen Erfolgen geführt hat . . . Vielmehr sind wir der Ansicht, daß wir nach Beendigung des Krieges eine weit bessere Stellung haben werden als vorher. Nachdem die einst als vaterlandslose Gesellen gezeichneten Sozialdemokraten nicht nur durch die Haltung ihrer Reichstagsfraktion, sondern durch wohl eine Million tapferer Streiter für Deutschlands Bestehen, durch unzählige Blutopfer bewiesen haben, wie fest und unverbrüchlich sie zur Volksgenossenschaft stehen, fallen die bisher den Unkundigen gegenüber so wirkungsvollen Vorwände für ihre Ächtung. Was das bedeutet, das wissen die am besten, die nicht nur dann und wann in einer großen Paradeversammlung sondern in mühevoller Kleinarbeit das Werben für die sozialdemokratische Partei betrieben haben. Wir dürfen auch erwarten, daß ein erheblicher Teil der gerade auf diese Ächtung sich berufenden Nadelstichpolitik wegfallen werde, die bisher . . . die einzelnen so schwer schädigte . . . Daß der Klassenkampf selbst eine Milderung erfahren werde, daran hat in unseren Reihen gewiß niemand gedacht. Aber das hoffen wir, daß er künftigt in reinerer Form geführt werden könne, Macht gegen Macht.«⁵⁾)

Ähnlich lesen wir in unserm Bielefelder Parteiorgan:

»Man hat gesagt, daß der 27. Februar für Preußen ein historischer, ein kritischer Tag geworden sei. Davon haben wir beim besten Willen nichts verspürt, und wir leben doch auch sozusagen in Preußen und gehen nicht mit Scheuklappen herum. Daß der preußische Minister des Innern jetzt nicht mit einem fertigen Entwurf zu einer Änderung des preußischen Landtagswahlrechts hervortreten würde, haben wir als eine große Selbstverständlichkeit betrachtet. Wir gehören eben nicht zu den Phantasten, die da glauben, daß nach dem Krieg alle politischen Parteien Preußens in eitel Wonne und Wohlgefallen leben würden, wir haben uns nie Illusionen darüber gemacht, daß uns die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen als Geschenk für die Haltung der Sozialdemokratie zum Krieg von der Regierung in den Schoß geworfen würde. Darum konnte uns die Erklärung des Ministers nicht überraschen, und ebensowenig die Versicherungen der konservativen Parteien, daß sie in ihrer ablehnenden Haltung auch jetzt noch beharren werden. Es ist eine grobe Übertreibung, wenn Liebknecht die Sache so darzustellen versucht, als ob der Minister in der Budgetkommission nur ein rundes Nein auf die Anfrage des fortschrittlichen Abgeordneten gehabt habe. Und die Dinge stehen auch nicht so, als ob die preußische Wahlrechtsfrage für alle Zeiten durch das Machtwort der konservativen Partei entschieden würde. Nach dem Kriege wird sich zeigen, wie der Ministerpräsident des preußischen Staatsministeriums sich die Durchführung seines Programms: ein freies Volk aus diesem Kriege hervorgehen zu lassen, denkt. Wir achten die Frage des preußischen Wahlrechts gewiß nicht gering und stehen hinter jeder Aktion, die unsere Genossen im preußischen Landtage zu seiner Erringung unternehmen. Und doch gestehen wir ganz offen, daß im Augenblick beim Volke sowohl wie bei den sozialdemokratischen Feldgrauen die Frage nach der siegreichen Beendigung des Krieges die größere Aufmerksamkeit beansprucht und Wahlrechtsfragen nur eine sekundäre Rolle spielen.«⁶⁾)

Ebenso treffend meint die Frankfurter Volksstimme:

»Illusionen waren es freilich, wenn gemeint wurde, Zug um Zug werde der Kampf auf dem Schlachtfeld seine Belohnung finden durch Zugeständnisse im Innern. Etwa so: 1000 Meter Schützengräben genommen = ein sozialdemokratischer Bürgermeister; eine halbe Million Gefangener = freies Preußenwahlrecht; 20 000 preußische

⁵⁾ Siehe den Leitartikel Der Zweck und das Mittel im Hamburger Echo vom 4. März 1915.

⁶⁾ Siehe den Artikel Gegenwartsaufgaben der Sozialdemokratie in der Bielefelder Volkswacht vom 4. März 1915.

Sozialdemokraten gefallen = staatsbürgerliche Gleichheit auf allen Gebieten. Mag schon sein, daß manchem treuherzigen Gemüt die Dinge sich so einfach dargestellt haben . . . Es bleibt nicht alles beim alten — wenn wir unsere Pflicht tun und nach dem Friedensschluß, statt uns gegenseitig zu zerfleischen, die Gunst der Stunde nutzen.«⁷⁾



RGEBEN demnach die jüngsten Vorgänge tatsächlich für die Zukunft eine Lehre, so müßte man diese nach einer ganz andern Seite suchen: Wir können uns bei unseren altvererbten Parteeinigungen nämlich gar nicht genug davor hüten die große weltgeschichtliche Zeit des Krieges wie kleine Winkelquerulanten zu allerlei verhältnismäßig unbedeutenden und kleinlichen Einzelnögeleien und Einzelforderungen ausbeuten zu wollen. Alle Fragen, die nicht der Krieg selber aufwirft und selber zur Lösung bringt und zwingt, müssen nun einmal bis nach dem Krieg vertagt werden.

Und zwar werden sie sich, um ein der Wirtschaft entlehntes Bild zu gebrauchen, in dieser spätern Zeit entscheiden: nicht nach den vorläufigen und mehr oder weniger zufälligen Resolutionen, Reden und Erklärungen von heute, die im Grunde dafür ganz belanglos sind, sondern nach der, alsdann vorgefundenen politischen *Allgemeinkonjunktur*, nach den vorgefundenen maßgebenden *Gesamtvoraussetzungen* für eben die strittige und kritische Zeit nach dem Krieg. Die Gestaltung dieser kommenden allgemeinen Konjunktur liegt allerdings auch heute schon wesentlich mit in unseren eigenen Händen. Wir können es selbstverständlich im Lauf der Monate, durch Rückfall in die schlechtesten alten *Agitationsgewohnheiten*, glücklich wieder dahin bringen, daß wir, wenn die inneren Entscheidungen herannahen, nicht bloß vereinzelt und abgesondert sondern allseitig mißachtet und sehr bald wieder mißhandelt dastehen. Wir können aber ebensogut die jetzt überall neugebildeten Keime einer bessern Verständigung und einer größern gegenseitigen Achtung zwischen den Parteien und Interessenschichten umsichtig erhalten und fortentwickeln, so daß alle späteren Kämpfe (denn von wirtschaftlichen und politischen Kämpfen an sich denkt niemand abzusehen) sich dereinst in höheren, zivilisierteren und demokratischeren Formen zu vollziehen vermögen.

Wenn wir hier, wie recht wohl denkbar, in Zukunft schwere »Enttäuschungen« erleben sollten, so werden sie wahrscheinlich zu einem nicht geringen Teil von uns selber, und zwar unter Umständen schon heute und in der Zwischenzeit verschuldet sein. Aber in einem ganz andern Sinn als das die heutigen *Miesmacher* ihren Gläubigen aufzureden suchen.

XX

LUDWIG QUESSEL · ENGLAND UND EUROPA



WÄHREND im Osten und im Westen des Reichs unsere Millionenheere zur ehernen Abwehr der zum Beginn des Frühlings angekündigten Massenoffensive unserer Feinde bereitstehen, donnern gegen die Außenforts des Bosphorus und der Dardanellen die Feuerschlünde britischer, französischer und russischer Dreadnoughts. In gewaltiger Steigerung aller Kräfte versucht der Dreiverband in Ost und West eine Entscheidung herbeizuführen und sich zugleich in den Besitz der Meeresstraßen zu setzen, die Vorderasien mit Europa

⁷⁾ Siehe den Leitartikel Illusionen? in der Frankfurter Volkstimme vom 4. März 1915.

verbinden, um die ganze südeuropäische Staatenwelt von sich abhängig zu machen. Denkt man daran, daß auch im fernen Osten Japan Vorbereitungen trifft, um die Aufteilung Asiens in Bahnen zu lenken, die seinen Interessen und Aspirationen entsprechen, so wird auch der kaltblütigste Beobachter dieses furchtbaren Krieges zugeben müssen, daß das welthistorische Drama, das wir miterleben, immer gewaltiger wird, je weiter die Handlung fortschreitet. Und doch wäre es falsch in diesen ebenso grandiosen wie entsetzlichen Geschehnissen etwas seinem grundlegenden Wesen nach absolut Neues zu sehen. So richtig die Auffassung ist, daß die Weltgeschichte keine Wiederholungen kennt, so falsch wäre es zu verkennen, daß im Verlauf der Ereignisse immer wieder die alten Gesichtspunkte auftauchen, die einen ruhenden Pol in der Flucht der historischen Erscheinungen bilden.

Beim russischen Volk sehen wir das Streben nach dem Besitz von Konstantinopel und den Dardanellen, das dem slawischen Riesenreich den Zugang zum Weltmeer öffnen soll. Dieses Streben, tief verankert im russischen Volksbewußtsein, bildet den Leitstern der russischen Auslandspolitik seit Peter dem Großen. Seinem Zauber vermögen sich selbst Sozialrevolutionäre wie Plechanow und Krapotkin nicht zu entziehen. So alt das Streben der Russen nach Konstantinopel, so neu ist allerdings dessen anscheinende Begünstigung durch England. Wahr ist freilich, daß durch den Bau des Suezkanals das Interesse Englands daran, wer in Konstantinopel sitzt, geringer geworden ist. Sehr fraglich ist es aber, ob England und Frankreich, wenn ihre Dreadnoughts wirklich in Konstantinopel einträfen, diesen wertvollen Besitz den Russen dann ausliefern würden. Die Ausführungen Greys im Unterhaus lassen gerade über diesen Punkt jede Klarheit vermissen.

Noch älter als das Streben nach Konstantinopel ist der Anspruch Frankreichs auf die Vorherrschaft im westlichen Europa. Der Krieg von 1870-1871 hob diese auf und setzte an ihre Stelle die Gleichberechtigung. Durch den deutschen Bevölkerungszuwachs von fast 30 Millionen wurde diese Entscheidung weiter befestigt. Bei offener und ehrlicher Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung hätte kein Anlaß zu Zwietracht zwischen der dritten Republik und dem neuen Kaiserreich mehr vorgelegen. Im Bund mit Deutschland hätte Frankreich an Ansehen und Macht gewaltig wachsen können. Ganz positiv hat Bismarck an der Schaffung eines größern Frankreichs am Mittelmeer gearbeitet, um der Republik eine Kompensation für Elsaß-Lothringen zu bieten. Leider vermochten die französischen Politiker ihr Herz von alten Trugbildern nicht abzuwenden. Sie führten zu dem Bündnis zuerst mit Rußland, dann mit England. Marokko hätte niemals ein Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland werden können, wenn es nicht von England der Republik als Preis des vollständigen Bruches mit Deutschland angeboten worden wäre. Jaurès erkannte diesen Zusammenhang klar, als er sich mit den linken Republikanern zum Sturz Delcassés verband. Aber von dem Glanz alter Traditionen geblendet, schloß die Republik sich immer fester an den Staat an, der vor 100 Jahren mit Hilfe einer gewaltigen Koalition der französischen Vorherrschaft in Westeuropa den ersten gewaltigen Stoß versetzt hatte. Heute, wo Frankreichs Mannheit auf den Schlachtfeldern sich verblutet, wird man dort vielleicht zu begreifen anfangen, daß nicht Delcassé, sondern Jaurès dem französi-

schen Volk den richtigen Weg zur staatlichen Größe gewiesen hat. Vielleicht beginnt man bald unter der zermalmenden Wucht dieses Weltkriegs in Paris einzusehen, daß Deutschlands Zukunft kein schwaches und ohnmächtiges, aber ein starkes und reiches Frankreich braucht, und daß die Interessen beider Länder an sich nicht gegen einander stehen sondern parallel verlaufen können.

Anders steht es freilich um die Politik Englands, die zu diesem Weltkrieg geführt hat. Seit den Tagen Cromwells, der offen erklärte: England dürfe es nicht dulden, daß ohne seine Genehmigung auf dem Ozean eine andere Flagge erscheine als die seine, hat England den Anspruch auf Alleinherrschaft zur See nie aufgegeben. Der Aufrechterhaltung dieses Anspruchs diente seine Methode sich immer gegen die nächststärkste Seemacht zu wenden. Da die schwachen Stellen des britischen Weltreichs in Asien und Afrika von Europa aus aber auch auf dem Landweg zu erreichen sind, so erfordert der britische Anspruch auf Alleinherrschaft zur See die ständige Zwietracht unter den europäischen Kontinentalstaaten. Diese wird aufrechterhalten, indem die britische Diplomatie die Interessengegensätze der Kontinentalstaaten ausnutzt, um ständig eine Koalition gegen die stärkste Kontinentalmacht in Bereitschaft zu haben. Im 18. Jahrhundert führte England seine Koalitionskriege in der Hauptsache gegen Frankreich. Nachdem dieses zu Beginn des 19. Jahrhunderts niedergedrungen war, hielt England eine Koalition gegen Rußland bereit, die im Krimkrieg in Aktion trat. Im 20. Jahrhundert entstand die Tripelentente gegen Deutschland, durch die die Wehrkraft von buchstäblich der Hälfte der Menschheit gegen die Zentralmächte mobil gemacht wurde. So neu und eigenartig die Hilfsmittel sind, die England zur Niederringung Deutschlands in Anwendung bringt, so dienen sie allesamt doch dem alten Ziel britischer Weltpolitik: keine europäische Macht aufkommen zu lassen, die stark genug wäre die britische Weltherrschaft zu erschüttern.

Man hat sich in Europa vielfach daran gewöhnt diejenigen Engländer, die den Anspruch auf maritime Alleinherrschaft ihres Vaterlands erheben, als Jingos zu bezeichnen. Irische Spottlust soll diesen Namen geprägt haben. Als die britische Eroberungspolitik in Asien durch Erhebung der englischen Königin zur Kaiserin von Indien ihre Krönung erhielt, und die englischen Politiker den angeblich rein humanitären Charakter ihrer indischen Politik durch den häufigen Gebrauch der Beteuerungsformel »By Jingo!« plausibel zu machen suchten, reizte dies die Iren die britischen Beglückter Indiens als Jingos zu verspotten. Dieser Name erhielt dann durch die populäre Ballade G. W. Hunts politische Bedeutung und ist seitdem geblieben. Das darf uns jedoch nicht veranlassen die Jingos etwa als eine kleine Gruppe anzusehen. Was den britischen Anspruch auf Alleinherrschaft zur See betrifft, so ist jeder Engländer ein Jingo. Wieweit man freilich auch die britischen Arbeiter dem Jingotum im weitern Sinn zuzählen darf, ist schwer zu sagen. Ganz unberührt sind auch sie nicht davon geblieben. Es ist sicherlich nicht einwandfrei festzustellen, wie weit die Kriegspolitik der britischen Regierung von dem englischen Volk gebilligt wurde. Man kann wohl annehmen, daß sie bei den Mittelschichten keinen offenen Widerspruch hervorgerufen hätte, wenn sie ihnen völlig bekannt gewesen wäre. Dagegen ist es zweifelhaft, ob auch die

arbeitenden Klassen den Krieg wollten. Gerade in den letzten Jahren hatte der dem englischen Denken so sehr angepaßte kalkulatorische Pazifismus Norman Angells, dessen Beweisführung darin gipfelt, daß England sich bei dem Stand der heutigen Weltwirtschaft von einem siegreichen Krieg gegen Deutschland keine dauernden Handelsvorteile mehr versprechen könne, in Arbeiterkreisen einen gewissen Einfluß ausgeübt (wobei freilich nicht übersehen werden darf, daß die maritime Alleinherrschaft zur See durch Deutschlands kleine Flotte wirklich nicht in Frage gestellt war). Im Widerspruch zu diesen Kalkulationen predigte die jingoistische Lehre, daß der wirtschaftliche Kampf, den Großbritannien gegen Deutschland auf dem Weltmarkt führen müsse, weit grausamer sei und im Verlauf der Jahre auch viel mehr Opfer erfordere als ein Krieg, durch den in kurzer Zeit Deutschlands Wettbewerb auf dem Weltmarkt ausgeschaltet werden könnte. Es ist im Sinn der jingoistischen Theorie gedacht, wenn das angesehene englische Fachblatt *The Engineer* am 28. August 1914 die planmäßige Vernichtung aller großen industriellen Werke in den durch die Alliierten zu besetzenden deutschen Bezirken forderte. Ein Kontinentalkrieg, so argumentierten die Jingos, mit seiner Zerstörung des Wohlstands und des menschlichen Lebens, und namentlich der moderne Krieg, der diese Zerstörung in einem Umfang zuwege bringt, der in früheren Kriegen keinerlei Parallele habe, werde zweifellos nicht nur Deutschlands Wohlstand zerstören, sondern auch seine Industrie und den ganzen Umfang seines Handels vernichten. England solle sich ja hüten durch das Bedenken der *Unmenschlichkeit* eines solchen Vorgehens gegen Deutschland sich rühren zu lassen. Der Konkurrenzkampf Deutschlands, der die Arbeitsintensität unerträglich steigern, verlange vom englischen Volk einen höhern Zoll selbst an Blut als ein Krieg, was die große Zahl der Arbeitslosen und Arbeitsinvaliden beweise. Aus der englischen Geschichte konnte der Jingoismus manch beweiskräftiges Argument für seine Anschauungen beibringen. Die Seeschlacht von Trafalgar 1805, die zur Vernichtung der französischen Flotte führte, hat England nur 449 Mann gekostet. In den Franzosenkriegen von 1792 bis 1815 verlor England im ganzen 19 800 Mann, von denen noch obendrein mehr als die Hälfte aus Iren und Ausländern bestand. In der selben Zeit aber wuchs die Zahl der britischen Handelsschiffe von 8000 auf 20 000 an, und das Einkommen Englands stieg von 12 auf 32 Millionen Pfund. Es ist schon richtig, daß jedesmal, wenn die Völker des Kontinents sich in blutigen Kriegen zerfleischen, England seine Schwingen frei entfalten konnte. Unermeßlich waren die Vorteile des Krieges für Englands Industrie, Handel, Verkehr und Kolonisation. Die Jingos waren also zweifellos im Recht, wenn sie den Pazifisten zornbeugend entgegenhielten, daß Großbritanniens weltbeherrschende Stellung ohne die Kriege der Kontinentalstaaten gegen einander nicht hätte entstehen können, und daß diese für die britische Volkswirtschaft die großartigsten Ergebnisse gezeitigt hätten.

Welche Macht die jingoistischen Ideen auf die einzelnen Schichten des englischen Volkes ausgeübt haben, kann man natürlich mit Bestimmtheit nicht sagen. Daß aber die Leiter der britischen Auslandspolitik sich ganz und gar in ihrem Bannkreis befanden, ist durch den Weltkrieg bewiesen worden. Unerschütterlich ist bei diesen die Überzeugung, daß Großbritannien die

Alleinherrschaft auf dem Meer zusteht. Wenn aber das Weltmeer britisch ist, so sind die Erdteile Inseln auf dem britischen Meer. Die britische Seeherrschaft weitet sich so zur Herrschaft über die Welt. Aus dieser Anschauung ergibt sich der britische Anspruch auf ein arbitrium mundi, das nur durch unbestrittene Seeherrschaft und durch ständige Zwietracht der Völker auf dem Kontinent aufrechterhalten werden kann. Die Seeherrschaft erfordert auch, daß an jedem Kreuzweg zur See gepanzert und mit vorgestreckter Lanze England Aufstellung nimmt. Was heute den britischen Staatsmännern die Seegewalt noch wertvoller macht, ist der Umstand, daß sie im Zeitalter der Weltwirtschaft eine Gewalt über die westeuropäischen Völker verleiht, die früheren Zeiten unbekannt war. Sie gibt England die Möglichkeit dem Weltverkehr jedes andern Volkes von heute auf morgen Feierabend zu gebieten. Wenn England befiehlt, stockt die Nahrungsmittelzufuhr, die Rohstoffe bleiben aus, die Industrien brechen schließlich zusammen, und Millionen von Arbeitern stehen brotlos auf dem Pflaster. Allerdings kann die Absperrung vom Weltverkehr ihre volle Wirkung erst nach Jahren zeigen. Sie gleicht, wie Churchill dies so gemütvoll ausdrückte, einem Knebel, der die Tätigkeit des Herzens herabsetzt und schließlich ganz zum Stillstand bringt.

Zum Glück für die europäischen Völker hat aber auch die britische Seegewalt ihre Grenzen. An einem einigen Mitteleuropa kann sie jederzeit zerschellen. Man denke daran, daß ein mitteleuropäischer Staatenbund, der auch Rumänien, Bulgarien und die Türkei umfaßte, bis an die schwachen Stellen der britischen Weltstellung reicht. Was würde es England nützen mit drohend erhobener Faust an den Straßen von Gibraltar, Suez und Aden zu stehen, wenn ein einiges Mitteleuropa mittels der Bagdadbahn und ihrer Nebenlinien im Verlauf weniger Wochen seine Truppen an den Persischen Golf und das Rote Meer werfen könnte? Und welche Minderung der Seegewalt schließt nicht die Tatsache in sich, daß bei weiterem Ausbau des asiatischen und afrikanischen Eisenbahnnetzes die Zentralmächte sich Agrarprodukte und Rohstoffe aus 3 Erdteilen auch auf dem Landweg zuführen könnten? Aus alledem ergibt sich, daß eine möglichst tiefgehende Uneinigkeit der europäischen Festlandsstaaten für England heute noch ein viel wichtigeres Postulat ist als früher. Die Zwietracht Europas zu fördern scheint der britischen Diplomatie daher unerläßliche Pflicht. Natürlich kann und darf sie das nicht offen sagen, woraus sich das ergibt, was man die Heuchelei der britischen Politik genannt hat. England kann, wenn es die Interessengegensätze Europas ausnutzen will, auch keine dauernde Freundschaft pflegen, woraus die sogenannte Treulosigkeit der britischen Politik resultiert. Nichts wäre freilich verkehrter, als diese politische Heuchelei und Treulosigkeit auf Charaktermängel der britischen Staatsmänner zurückzuführen. Als Privatpersonen sind sie zumeist untadelhafte Gentlemen und von unbezweifelbar anständiger Gesinnung. Nur als Vertreter ihrer Nation gehorchen sie anderen Gesetzen.

Überhaupt sind diese Betrachtungen nicht etwa niedergeschrieben, um moralische Entrüstung gegen das englische Volk zu erregen. Ihr Zweck ist im Gegenteil eine objektive Beurteilung der britischen Auslandspolitik anzubahnen. Seit Jahrhunderten wird in London auswärtige Politik unter

welthistorischen Perspektiven getrieben. Deshalb lieben es die britischen Staatsmänner sich in der Pose des Weltbeherrschers, die Hand auf den Globus gestützt, abbilden zu lassen. Wer in England über auswärtige Politik sprechen will, muß die Fähigkeit besitzen »in Kontinenten zu denken«. Dem einfachen Mann aus dem Volk geht das Vermögen hierzu naturgemäß ab. Was die Mittelklassen über die Weltpolitik wissen, reduziert sich meist auf die Einsicht, daß die britische Seeherrschaft aufrecht-erhalten werden müsse. Das Wie ist nicht Sache des Volks sondern eine amtliche Angelegenheit des Foreign Office. In keinem Land werden die Geheimnisse des Auswärtigen Amtes strenger gehütet als in England. Obwohl in England die staatliche Gewalt in den Händen des Parlaments ruht, ist es sehr zweifelhaft, ob selbst die Führer der regierenden Mehrheit die Geheimnisse des Foreign Office kennen. Man sagt, daß dessen streng bürokratische Organisation einem Stacheldrahtverhau gleicht, den kein Außenstehender zu durchdringen vermag. Abgesehen davon kann man gemeinhin auch nur einen Einfluß auf die Dinge gewinnen, von denen man etwas versteht. Nun ist aber bekanntlich die Demokratie kein Nürnberger Trichter. Die Reden der britischen Minister sind zumeist auch nicht dazu angetan das Verständnis der britischen Weltpolitik zu erleichtern. So kommt es, daß sich zumeist nur solche Personen in den Irrgängen der britischen Weltpolitik zurechtfinden, die finanziell daran interessiert sind. Tatsächlich liegt die Entscheidung über den Gang der auswärtigen Politik des britischen Weltreichs in den Händen einer geburts- und geldaristokratischen Oligarchie, die sich geschickt jeder demokratischen Kontrolle zu entziehen weiß. Dieser Zustand stammt nicht von gestern. Die Oligarchie, die seit der gloriosen revolution die britische Weltpolitik lenkt, kann als historischen Rechtstitel ihrer Herrschaft geltend machen, daß sie das britische Inselreich zum meerbeherrschenden Weltreich erhoben hat. Dieses zu erhalten und auszubauen gilt diesen Kreisen als ein so hoher, erhabener Zweck, daß er alle Mittel zu heiligen vermag. Das Zerwürfnis Europas ist die Grundlage der britischen Weltstellung, und zwar weit mehr als die günstige geographische Lage der britischen Inseln und die Beherrschung der Straßen des Weltverkehrs. Einige Anglophilen glauben nun etwas Besonderes zugunsten der britischen Weltpolitik zu sagen, wenn sie darauf verweisen, daß bei jeder Krise, zum Beispiel während des Burenkriegs, sich in England Ankläger gegen die herrschende Oligarchie zu erheben pflegen. Das ist schon richtig, nur ist nicht einzusehen, welchen Gewinn der Kontinent davon hat, da diese Ankläger regelmäßig an den Dingen nichts zu ändern vermögen und, wenn sie zur Macht gelangen, die jingoistische Lehre schnell akzeptieren. (Übrigens ist hinzuzufügen, daß gegen die Aushungerung des deutschen Volkes noch kein Engländer protestiert hat.)

Die Frage, ob Deutschland den Frieden finden wird, ist heute noch unge- löst. Hoffen wir, daß der Tag nicht mehr fern ist, wo man allgemein be- greift, daß Englands Gewinn Europas Verlust ist. Aus dieser Erkenntnis müßte dann ganz von selbst eine west- und mitteleuropäische Friedens- allianz erwachsen, die der englischen See- und Weltherrschaft ein Ende be- reitet und den europäischen Nationen ihr wahres Selbstbestimmungsrecht zurückgibt.

XX

PAUL UMBREIT · KRIEGSFÜRSORGE UND ARBEITSVERMITTLUNG

ZU den heute noch weniger beachteten Problemen der Kriegsfürsorge gehört die Organisation der Arbeitsvermittlung. Das will nicht besagen, daß sie überhaupt übersehen worden wäre. Im Gegenteil, es war eine der ersten Maßnahmen beim Kriegsausbruch eine gewisse Zentralisation der Arbeitsvermittlung und ihrer Berichterstattung zu schaffen, um der dringendsten Nachfrage nach Arbeitern für den landwirtschaftlichen Erntebedarf und für die strategischen Befestigungsarbeiten zu genügen. Es wurde eine Reichszentrale der Arbeitsnachweise im Reichsamt des Innern geschaffen und von ihr zur Veröffentlichung der Angaben über nicht besetzbare Stellen und nicht unterbringbare Arbeitssuchende ein Arbeitsmarktanzeiger herausgegeben, der allwöchentlich 2mal erscheint. Auch als dem Bedürfnis nach Erntearbeitern und Schanzenarbeitern längst entsprochen war, wurden Zentrale und Anzeiger in den Dienst der Notstandsbekämpfung auf dem Arbeitsmarkt gestellt. Aber sie haben ihrer Aufgabe weder im Anfang noch auch später genügen können, und weder ihre Arbeitsvermittlung noch ihre Arbeitsmarktstatistik darf als brauchbare Lösung auf dem Weg zu einer geordneten Regelung der Materie angesehen werden. Unterdes haben sich Industrie, Gewerbe und Arbeiter in Deutschland allmählich der Kriegslage angepaßt. An die Stelle der allgemeinen Stockung traten zunächst Notstandsarbeiten, und dann kam der Krieg selbst als Auftraggeber. Ein großer Teil der vom Reichstag bewilligten Kriegsmilliarden kehrte in den allgemeinen Kreislauf des Handels und der Industrie zurück und wirkte befruchtend und belebend. In der Tat leben wir gegenwärtig in vielen Industrien vom Krieg, teils direkt und teils indirekt, und wenn die Arbeitslosenziffer von Monat zu Monat gesunken ist (von 22,4 % Ende August bis auf 7,2% Ende Dezember 1914), so ist dies neben der Entlastung des Arbeitsmarkts durch die Einziehung zum Heeresdienst im wesentlichen den Aufträgen der Heeresverwaltung und dem enorm gesteigerten Liebesgabenversand an das Heer zu danken.

Der öffentliche Arbeitsnachweis hat an dieser Entlastung des Arbeitsmarkts sicherlich den allergeringsten Anteil. Die Industrien, die für Kriegsbedarf arbeiten, suchten sich Arbeitskräfte auf jede mögliche Weise zu verschaffen. Ein Mangel trat nur an beruflich vorgebildeten Arbeitern ein, und diese konnten die öffentlichen Nachweise am wenigsten vermitteln. So vollzog sich unter der Hand eine vollkommene Umgruppierung in diesen Berufen, oft in wildester Art. Die qualifizierten Arbeitskräfte strömten in die bestbezahlten Stellen, vielfach Meisterstellen, ein, und ihnen rückten Arbeiter aus verwandten Berufen nach, die sich leichter einarbeiten konnten als völlig berufsfremde. Auch für diese und für Ungelernte wurden schließlich Arbeitsplätze frei, indem man sich einrichtete, so gut es ging. Alles dies vollzog sich meist außerhalb der legitimen Arbeitsnachweise und vor allem ohne Zutun der Reichszentrale, die, weil sie die Arbeitsbedingungen unberücksichtigt lassen wollte, natürlich auf Widerstände stieß.

Wurde in dieser Umformung des deutschen Erwerbslebens der Arbeitsnachweis nicht so sehr vermißt, so war er doch zur Durchführung der

Unterstützung solcher Arbeitslosen, für die trotz des gesteigerten Erwerbslebens geeignete Arbeit nicht gefunden werden konnte, doppelt notwendig. Aber gerade hier hat er vollständig versagt, denn er sah sich auf der einen Seite zum Teil Unternehmern gegenübergestellt, die trotz der den Normalzustand um das Dreifache überragenden Arbeitslosigkeit noch immer keine Arbeiter zu finden vermochten (jedenfalls weil die außerordentlich schweren Arbeitsleistungen von dem Gros der Arbeitslosen nicht bewältigt werden konnten (das Abtragen der 4 Zentner schweren Müllkästen zum Beispiel), oder weil die von ihnen gebotenen Arbeitsbedingungen selbst in Kriegszeiten keinerlei Neigung zur Anpassung zu erwecken vermochten), auf der andern Seite Arbeitslosen aus Berufen, die mehr geistig als körperlich zu arbeiten gewöhnt sind, und die für die übriggebliebene Arbeitsgelegenheit weder die körperlichen Kräfte noch geeignete Kleidung, Schuhwerk und dergleichen aufweisen konnten. Auch war es schwer Verheirateten erhebliche Ortsveränderungen zuzumuten, wenn es sich nicht um dauernde für sie geeignete Beschäftigung handelte. Jeder Versuch des öffentlichen Arbeitsnachweises diese Schwierigkeiten durch bürokratische Einheitsmaximen zu lösen, etwa derart, daß dem Arbeitslosen die kommunale Unterstützung verweigert wurde, wenn er nicht bei der Großen Berliner Straßenbahn um Straßenreinigungs- oder Schneeschipparbeit erfolglos nachgesucht habe, mußte mit Differenzen enden, die wohl durch ein verständiges Zusammenwirken der öffentlichen Nachweise und städtischen Unterstützungsstellen mit den gewerkschaftlichen Verwaltungen erledigt werden konnten, aber dort, wo solches unterblieb, Erbitterung zurückließen und jedenfalls der Durchführung der städtischen Arbeitslosenunterstützung unvorhergesehene Schwierigkeiten bereiteten. Dazu kommt, daß die Zersplitterung der Arbeitsvermittlung jede Kontrolle der Arbeitslosen erschwerte und unlauteren Elementen, die es so gut wie in Unternehmerkreisen (gemeint ist hier das Kriegsspekulantentum) auch in Arbeiterkreisen gibt, die Möglichkeit gewährte auf Kosten der öffentlichen Fürsorge, wenn auch nicht ein bequemes, so doch immerhin ein für dürftige Ansprüche auskömmliches Dasein zu führen. Eine Zentralisation der Arbeitsvermittlung mit einheitlicher Meldung und Kontrolle wäre allein geeignet solchen Mißständen zu steuern; sie wäre aber auch weit besser als die wilde Methode des Arbeitens imstande eine geeignete Umplacierung der Arbeitskräfte aus den stillgelegten Gewerben in die vom Krieg beschäftigten Industrien herbeizuführen und dadurch die auch dem freien Arbeitsmarkt unausbleiblichen Unstimmigkeiten zu verhüten.

Aber diese gegenwärtigen Nachteile einer unregelmäßigen Arbeitsvermittlung treten weit zurück hinter die, mit denen im Augenblick der Beendigung des Krieges sicher zu rechnen ist. In jenem Moment strömen nicht allein Millionen von Arbeitskräften, die bisher der Produktion entzogen waren, auf den Arbeitsmarkt zurück, sondern es hören mit einem Schlag die Kriegsaufträge auf, die unser Wirtschaftsleben seither in Gang erhielten; denn was danach noch an Ersatzmaterialien bestellt und erzeugt werden muß, ist nicht mehr so sehr viel. Die Industrie verliert damit ihr wichtigstes Arbeitsgebiet, ohne in der Lage zu sein die früheren Absatzgebiete so bald zurückzubekommen, ja auch nur die Produktion ohne größere Unterbrechung auf den früheren Arbeitskreis umzuschalten. Es fehlt an Rohstoff-

fen, an vielem andern, nicht zum wenigsten auch an geeigneten Arbeitskräften, in die der Krieg mit seinen Folgen große Lücken gerissen hat. Wochen-, ja monatelange Unterbrechungen werden in der Produktion eintreten, und auf dem Arbeitsmarkt wird sich ein kolossales Überangebot von Arbeitskräften jeder Art geltend machen, die vergeblich nach Arbeit umschauen. In diesen Zeiten werden Riesenleistungen von Reich, Staat und Gemeinden, von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und von gemeinnützigen Einrichtungen verlangt werden, und Riesenopfer müssen gebracht werden, die diejenigen der ersten Kriegsmonate sicherlich übersteigen. Denn das Problem der Wiederrückführung der heimischen Volkswirtschaft auf den alten Stand ist schwerer zu lösen als dasjenige der Einführung einer notdürftig geregelten Kriegswirtschaft, die in den Kriegskrediten schließlich einen so wirksamen Regulator erhielt. Wie günstig auch der Friedensschluß für uns ausfallen möge, es werden auf alle Fälle kritische Wochen und Monate vergehen, ehe der tote Punkt überwunden ist. Ein ungünstiger Friedensschluß würde natürlich jahrelange Stagnation bringen.

Die öffentliche Arbeitslosenfürsorge wird in dieser Periode zeigen müssen, was sie leisten kann, denn die gewerkschaftlichen Mittel sind schon während des Krieges nahezu erschöpft und werden den zu erwartenden Ansprüchen bei weitem nicht gewachsen sein. An die Arbeitgeber wird das Verlangen zu richten sein nach Möglichkeit die vor oder während des Krieges beschäftigten Arbeitskräfte wieder einzustellen. In den Arbeitsgemeinschaften muß diese Frage rechtzeitig zum Gegenstand eingehender Erörterungen und Vereinbarungen gemacht werden. Aber der gute Wille allein reicht auch hier nicht weit. Denn vielen Unternehmern wird es längere Zeit an Aufträgen fehlen, um einen größern Teil der früher beschäftigten Leute wieder anzunehmen. Auch hat der Krieg so große Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt gebracht, daß der alte Stand der Beschäftigung gar nicht ohne weiteres durchführbar sein wird. Wieder werden öffentliche Hilfsaktionen und Notstandsarbeiten, werden öffentliche Mittel das ungeheure Getriebe langsam in den richtigen Gang bringen müssen, bis dann das Wirtschaftsleben allmählich normal wird.

In dieser Zeit muß nun ein Arbeitsnachweissystem vorhanden sein, das den höchsten Ansprüchen genügen kann: zentralisiert, denn nur durch eine einheitliche Regelung kann eine schnelle und befriedigende Unterbringung der Arbeitskräfte an die richtigen Plätze gewährleistet werden, mit breitem örtlichen Unterbau auf tragkräftigen Pfeilern und technisch derart entwickelt, daß den gesteigertsten Ansprüchen unserer Industrie wie auch denen einer qualitativ hochstehenden Arbeiterschaft entsprochen werden kann. Unsere öffentlichen Arbeitsnachweise können das nicht leisten, denn die Mehrzahl von ihnen vermittelt nur ungelernete und Gelegenheitsarbeiter und genügt höchstens noch handwerksmäßigen Bedürfnissen. Die Industrie und die großstädtischen Arbeiter halten sich daher von ihnen zurück und bevorzugen das Inserat der Tagespresse und teils die Facharbeitsnachweise der Interessenverbände, die aber unter dem gegenseitigen Boykott leiden. Nur in Gewerben mit paritätisch geregelten Vertragsarbeitsnachweisen ist ein einigermaßen befriedigender Stand der Arbeitsvermittlung erreicht, aber diese bilden heute noch die Ausnahme. Nun stellen zwar die verschiedenen Kriegsarbeitersgemeinschaften schon höchst beachtenswerte Ansätze eines

Zusammenarbeitens dar, die unbedenklich auch in den Dienst der Überleitung zu normalen Arbeitsverhältnissen gestellt werden können. Indes ist kaum zu hoffen, daß sich aus diesen Einrichtungen schon bis zum Friedensschluß geordnete paritätische Arbeitsnachweise entwickeln werden, und es wäre schon viel gewonnen, wenn sie den Gedanken der Parität so weit gestärkt hätten, daß der Widerstand gegen die paritätische Arbeitsvermittlung geringer sein wird. Auch von der freien Organisation der Arbeitsvermittlung ist eine befriedigende Lösung nicht zu erwarten. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise (jetzt Verband deutscher Arbeitsnachweisverbände) stellt wohl eine höchst beachtenswerte Leistung freier Organisation dar, aber die wichtigsten Industrien und Arbeitergruppen sind ihm ferngeblieben, und der Versuch seiner leitenden Kreise den Mangel an technischer Leistungsfähigkeit durch Anpassung an wirtschaftlich-antisoziale Unternehmerwünsche zu ersetzen hat ihn in scharfen Gegensatz zu der fortgeschrittensten Arbeiterschaft in den Gewerkschaften gebracht, dem der Münchener Gewerkschaftskongreß 1914 Ausdruck verlieh. Diese Wandlung in der prinzipiellen Auffassung der Arbeitsvermittlung, die in dem Wort des verstorbenen Hamburger Leiters der Patriotischen Gesellschaft, Rechtsanwalt Dr. Naumann, »Es kommt gar nicht so sehr auf die Parität als auf die Neutralität an« gipfelte, hat uns von dem Ziel einer einheitlichen Regelung der Arbeitsvermittlung weiter denn je abgebracht. Der Vorsitzende jenes Arbeitsnachweisverbands, Dr. R. Freund (Berlin), hat denn auch den Gedanken auf organisatorischem Weg dieses Ziel zu erreichen längst aufgegeben und in einer Schrift den Gedanken einer gesetzlichen Regelung mit Nachdruck vertreten, allerdings in einer Weise, die nicht die Zustimmung der Arbeiterschaft finden kann.¹⁾ Er will die bestehende freie Organisation mit öffentlichrechtlichen Befugnissen austatten und die seiner Auffassung widerstrebenden Nachweise untersagen lassen, dagegen je nach Bedarf auch unparitätische, also einseitige Unternehmensnachweise als anerkannte Einrichtungen zulassen. Der Arbeitsnachweis soll ohne Rücksicht auf die Arbeitsbedingungen Arbeit vermitteln.

Anders faßt man in Arbeiterkreisen das Problem der Arbeitsvermittlung auf. Sowenig der Arbeitsnachweis ein Kampfobjekt der Klassen und Parteien sein soll, so wenig kann er andererseits an den Arbeitsbedingungen gänzlich achtlos vorübergehen. Er soll möglichst dauernde Arbeitsstellen vermitteln, also geordnete Arbeitsverhältnisse bevorzugen, und er kann dies ohne Scheu in allen den Fällen tun, in denen Arbeitgeber und Arbeiter sich über die Arbeitsbedingungen im Gewerbe vertraglich geeinigt haben. Deshalb ist auch die paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises durch Arbeitgeber und Arbeiter die beste Form, die zugleich die Anpassung an die beruflichen Bedürfnisse in weitestgehendem Maß ermöglicht. Öffentliche Arbeitsnachweise, die in größeren Städten und Industriebezirken durch berufliche Gliederung allen Bedürfnissen Rechnung tragen, in paritätischer Verwaltung von Unternehmern und Arbeitern, sollen die Grundlage der Arbeitsvermittlung bilden. Ihnen gleichberechtigt sollen die auf Verträgen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen beruhenden paritätischen Fach- und Tarifarbeitsnachweise sein, die sich von den erstgenannten dadurch unterscheiden, daß sie, was Anpassung an tarifliche Bedürf-

¹⁾ Siehe Freund Ein deutsches Arbeitsnachweisgesetz (Berlin 1914); dazu Poetzsch Zur Frage des Arbeitsnachweises, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 2. Band, pag. 794 ff.

nisse anlangt, volle Selbstverwaltung haben müssen. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung ist gänzlich zu verbieten, ebenso jede Umgehung des öffentlichen Nachweises durch einseitige Arbeitsnachweise oder Umschauen, denn der öffentliche Nachweis soll den gesamten Arbeitsmarkt seines Bezirks regeln. Eine örtliche Zusammenfassung der öffentlichen und Facharbeitsnachweise ist durch die Errichtung von Arbeitsämtern zu erreichen, deren Aufgabe die Pflege der Arbeitsmarktstatistik und die Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen unbesetzten Stellen und überschüssigen Arbeitskräften ist. Zum Arbeitsamt sollen alle Meldungen des Zu- und Abgangs von Arbeitskräften gelangen; es bildet zugleich die Aufsichtsbehörde für die ihm unterstellten Nachweise. Für einzelne Bundesstaaten und Provinzen sind Bezirks- respektive Landesarbeitsämter zu errichten, die allesamt einem Reichsarbeitsamt unterstehen. Alle diese Ämter sind in paritätischer Vertretung von Unternehmern und Arbeitern unter Leitung Unparteiischer aufzubauen. Die Wahl der Vertreter soll nach den Grundsätzen des Verhältniswahlsystems erfolgen. Die Arbeitsvermittlung soll unentgeltlich für Unternehmer und Arbeiter sein. Die Kosten der öffentlichen Arbeitsnachweise tragen die Gemeinden, die der Vertragsfacharbeitsnachweise, mit Ausnahme der Kosten für die Büreauräume, die gemeindlicherseits gestellt werden können, die Vertragsparteien, die Kosten der Arbeitsämter die Staatsregierungen respektive das Reich.

Eine solche einheitliche, umfassende Organisation der Arbeitsvermittlung aufzubauen muß eine der dringendsten Aufgaben der nächsten Zeit sein, damit bei Wiederkehr des Friedens ein geordnetes System von Arbeitsnachweisen vorhanden ist. Eine solche Regelung kann nur durch das Reich erfolgen, sei es durch Gesetz oder durch Bundesratsverordnung. Der Bundesrat hat bekanntlich die Vollmacht das öffentliche Leben während des Krieges in der weitestgehenden Weise zu regeln. Wenn seine Verordnungen auch mit dem Abschluß des Friedens außer Funktion treten würden, so könnten doch die von ihm geschaffenen Organisationen auch nach dem Friedensschluß bestehen bleiben, und die künftige Gesetzgebung würde zweifellos auf sie Rücksicht nehmen. Besser wäre eine solche Notgesetzgebung oder -regelung auf jeden Fall als sorglos die Hände in den Schoß zu legen und die Dinge an uns herankommen zu lassen. Es wäre geradezu verhängnisvoll, wenn nicht so schnell und so wirksam wie möglich eine Regelung der Arbeitsvermittlung versucht würde.

Dieser Auffassung schloß sich auch eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern aller Richtungen an, die, von der Generalkommission der freien Gewerkschaften berufen, am 10. Februar dieses Jahres unter Teilnahme von Regierungs- und städtischen Vertretern sowie Vertretern sozialer Gesellschaften und Arbeitsnachweisverbänden in Berlin tagte. Sie beschloß eine Reihe von Leitsätzen, die ihr von den Vertretern der freien Gewerkschaften unterbreitet waren, in einer engern, von je 3 Vertretern jeder Richtung gebildeten Kommission weiterzuberaten. Diese Kommission hat eine Petition betreffend gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung ausgearbeitet und dem Bundesrat und dem Reichstag unterbreitet; der Wortlaut dieser Petition nebst Begründung und Leitsätzen ist im Korrespondenzblatt der Generalkommission vom 6. März dieses Jahres veröffentlicht. Am 3. März hat auch eine mündliche Besprechung der Kommission mit dem Reichskanzler statt-

gefunden. Der Reichskanzler sagte den Gewerkschaftsvertretern, er könne eine Erklärung im Namen der Regierung natürlich noch nicht abgeben, wohl aber versichern, daß er sich der großen Bedeutung der Frage, sowohl jetzt wie nach dem Krieg, bewußt sei; er danke daher für die gemachten Vorschläge, diese würden von der Reichsregierung wohlwollend geprüft werden.

Die Einmütigkeit verschiedener Gewerkschaftsrichtungen in dieser Frage ist um so mehr zu begrüßen, als vor dem Krieg erhebliche Meinungsverschiedenheiten in dieser Beziehung zwischen ihnen bestanden; sie ist ein erfreuliches Anzeichen dafür, daß auf allen Seiten das Bestreben vorhanden ist den schweren wirtschaftlichen Nachteilen des Krieges durch gemeinsames Wirken vorzubeugen und Sonderinteressen hinter das Gemeinwohl aller Arbeitnehmer zurückzustellen. Und wenn die sozialpolitischen Kreise ihr Bemühen darauf richten das gleiche Verständnis bei den Arbeitgebern wachzurufen, so hieße das dem Vaterland einen großen Dienst erweisen. Jedenfalls ist das Problem der gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung niemals reifer für eine Lösung gewesen als gerade gegenwärtig.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Gewerkschaftsbewegung/Paul Kampfmeyer

Staat und Gewerkschaft In der Deutschen Auslandskorrespondenz vom 1. Februar 1915 hat Carl Legien kurz die Stellung der gewerkschaftlichen Organisationen zur Reichspolitik während des Kriegs dargelegt. Aus seinem Aufsatz seien folgende Ausführungen hervorgehoben: »Als der deutsche Reichstag am 4. August 1914 zusammentrat, waren die Kriegsheere an den Grenzen bereits aufeinandergestoßen. Die Befürchtung, daß mit der Erklärung des Kriegszustands die Arbeiterorganisationen aufgelöst, ihre Presse und die Versammlungen verboten würden, erfüllte sich erfreulicherweise nicht. Die Gewerkschaften hatten ihrerseits in einer Konferenz am 2. August 1914 Vorsorge für einen solchen Fall getroffen. Das Gegenteil von dem, was zu erwarten stand, trat ein, und gegenwärtig ist wohl kaum mehr zu befürchten, daß eine Störung der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit eintreten könnte.« Legien betont dann, daß die Gewerkschaften ihren Grundsätzen treu geblieben wären und sich während des Kriegs den gleichen Aufgaben wie zur Friedenszeit gewidmet hätten: der Sicherung der Lebenshaltung und der Hilfeleistung für die in Not befindlichen Mitglieder. Zur Frage der Kriegskreditbewilligung haben die gewerkschaftlichen Organisationen nicht offiziell

Stellung genommen. »Die Gewerkschaftspresse kann selbstverständlich«, so fährt Legien wörtlich fort, diese Dinge nicht stillschweigend übergehen. Von einer kaum in Betracht kommenden Ausnahme abgesehen, billigt die Gewerkschaftspresse Deutschlands das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion in der Frage der Kriegskredite.« Ihre internationale Organisation behalten die Gewerkschaften bei, aber diese ist nur bei einer starken und kräftigen nationalen Organisation möglich. Diese kann aber nur die Organisation des eigenen Landes erreichen. Die deutsche Gewerkschaftspresse wandte sich nur dann gegen die Arbeiterpresse des Auslands, wenn diese die deutschen Arbeiter als Barbaren beschimpfte und für eine Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens eiferte. Wir werden nach dem Krieg genau so aufeinander angewiesen sein wie wir es früher waren: Dieser Gedankengang kommt in den Artikeln der Gewerkschaftsblätter, die sich mit der Stellung der Arbeiterschaft zum Krieg beschäftigen, zum Ausdruck. Legien charakterisiert dann kurz die soziale und nationale Hilfspolitik der Gewerkschaften, die in dieser Rundschau (in diesem Band, pag. 100 f.) bereits dargelegt wurde. Er streift die Maßnahmen der Gemeinden für die Arbeitslosenfürsorge: »Was vor noch nicht langer Zeit in Deutschland als völlig unmöglich galt, hat sich in wenigen Wochen als leicht

durchführbar erwiesen. Auch andere soziale Maßnahmen, die jahrelang von den Gewerkschaften vergeblich gefordert wurden, sind getroffen worden. Zu ihrer Durchführung sind die Gewerkschaften von der Regierung herangezogen worden, und sie haben bereitwilligst ihre Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Vor wenigen Monaten noch wurden unsere Organisationen von den Unternehmern und von seiten der Regierung als ein Fremdkörper im Wirtschaftsleben angesehen und behandelt. Heute weiß man den Wert dieser Vereinigungen zu schätzen. Allerdings, wir hätten sehnlichst gewünscht, daß diese Anerkennung aus anderen Ursachen erfolgt wäre, als es jetzt geschehen. Gekommen wäre sie trotz aller Widerstände.«

× **Partei und Gewerkschaft** In einer Versammlung der Berliner Gewerkschaftsvorstände am 27. Januar ging Legien auf die Beziehungen der freien Gewerkschaften zur politischen Partei, zur Sozialdemokratie, ein. Er führte unter anderem aus: Den Satz, daß Partei und Gewerkschaften eins seien, habe er nie in dieser Form für richtig gehalten. Wohl aber sei man sich einig darin, daß die sozialdemokratische Partei die politische Interessenvertretung der Gewerkschaften sein müsse. Dazu sei es notwendig, daß die Einheit der Partei aufrechterhalten bleibt. Diese Gewähr müssen gerade die Gewerkschafter haben, wenn sie genügendes Vertrauen zur Kraft der Partei die Gewerkschaftsinteressen politisch zu vertreten behalten sollen. Tatsächlich sei aber die Einheit der Partei durch das Auftreten einer kleinen Minderheit in Gefahr geraten. Legien berührte dann das Verhalten der Internationale zum Weltkrieg und die unbegründeten Vorwürfe französischer und englischer Genossen und des offiziellen schweizerischen sozialdemokratischen Organs, der Berner Tagwacht, gegen deutsche Parteimitglieder und Gewerkschaftsführer. Der Vorwärts teile alle diese Leistungen nur verspätet oder mangelhaft mit. In geheimen Konventikeln mache man Stimmung gegen die Haltung der Parteilichheit. Zu diesem Zweck habe der Bildungsausschuß in Niederbarnim ein Referentenmaterial herausgegeben und Zusammenkünfte zuverlässiger Referenten arrangiert. In dem Referentenmaterial laute ein Satz: »Mit der Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion am 4. August war entschieden, daß eine

andere Auffassung, auch wenn sie tief in den Massen wurzelte, sich nur durchsetzen konnte, nicht unter Führung der erprobten Partei, sondern nur gegen den Willen der Parteinstanzen unter Überwindung des Gegenstands der Partei und der Gewerkschaften.« Dem Genossen Haenisch werden »unverschämte Verdrehungen« vorgeworfen und einem Teil der Parteipresse, daß sie »diesen Skandal« mitmacht. Legien schloß seine wirkungsvollen Ausführungen mit der Aufforderung geschlossen in den gewerkschaftlichen Organisationen zu bleiben. »Dann wird manches Samenkorn des Sozialismus, das während des Krieges in die bürgerliche Gesellschaft gelegt ist, nach dem Krieg aufgehen und fortwachsen, dann wird manches für die Arbeiterklasse durchgesetzt werden können.« Die Gewerkschaftsfunktionäre hätten das größte Interesse an der Aktionsfähigkeit der Partei und dürften auch nicht die neue Aufgabe scheuen diese zu sichern. »Es handelt sich um das Wohlergehen der Organisationen, und in einer so kritischen Zeit muß man doppelt und dreifach seine Pflicht tun... Übernehmen Sie die Pflichterfüllung, dann wird unsere Partei durch die Phraseologie keinen Schaden leiden, dann wird unsere Arbeiterbewegung gesund und geschlossen bleiben.«

× **Nationale Wohlfahrtspolitik** Sofort nach dem Kriegsausbruch sprangen die freien Gewerkschaften mit sehr bedeutenden Unterstützungssummen den Familien der Kriegsteilnehmer bei. Gesetzlich ist ja die Fürsorge für diese Familien vorgesehen; ob aber diese gesetzliche Fürsorge wirklich sozial ausreicht, das ist eine andere Frage. Nach dem Gesetz erhalten nämlich die Frauen der Kriegsteilnehmer vom Mai bis einschließlich Oktober monatlich 9 Mark, in den anderen Monaten 12 Mark; für jedes Kind unter 15 Jahren sind für jeden Familienangehörigen, der bisher in der Familie mit unterhalten wurde, monatlich 6 Mark Unterstützung vorgesehen. Diese Unterstützungen sind so gering bemessen, daß sie den sozialen Zweck, für den sie bestimmt sind, nicht erfüllen können. Nun bewilligte am 2. Dezember 1914 der Reichstag einen Zweihundert Millionen-Fonds, aus dem auch den finanziell schwachen Gemeinden Beihilfen für die über die gesetzlichen Mindestsätze hinausgehenden Unterstützungen der Kriegsteilnehmerfamilien gewährt werden sollen. Ende September 1914 erfolgte nun eine ge-

werkschaftliche Umfrage an die örtlichen Gewerkschaftskartelle über die Zusatzunterstützungen der Gemeinden oder Kreise an die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Antworten der Gewerkschaftskartelle liefen etwa in einem Zeitraum von 10 Wochen ein. Nach den vorliegenden Berichten sind in 926 Gemeinden respektive Kreisen Unterstützungen für die Familien der Kriegsteilnehmer neben der Reichsunterstützung vorgesehen. Es sind 46 Großstädte nebst 58 Vorortgemeinden respektive Kreisen, 39 Städte von 50 000 bis 100 000 Einwohnern und 10 Vorortgemeinden, 77 Städte mit 25 000 bis 50 000 Einwohnern und 7 Vorortgemeinden, 221 Städte mit 10 000 bis 25 000 Einwohnern und 22 Vorortgemeinden, 359 Städte mit 2000 bis 10 000 Einwohnern und 2 Vorortgemeinden und 85 Orte mit weniger als 2000 Einwohnern, die den Familien der Kriegsteilnehmer eine Beihilfe in irgendeiner Form neben der Reichsunterstützung gewähren. Mit Recht bemerkt hierzu das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands, daß auf diesem Gebiet sozialer Fürsorge nicht genügend geleistet würde, denn in Deutschland beständen allein 3740 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern, und selbst wohlhabende Gemeinden über 100 000 Einwohner begnügten sich mit einem Zuschuß von 6 Mark pro Monat zu der Reichsunterstützung für Ehefrauen. In allen Gemeinden müsse an der Hand des von den Gewerkschaftskartellen zusammengestellten Materials dahin gewirkt werden, daß ausreichend für die Familien der Kriegsteilnehmer gesorgt wird. Am 15. Januar traten die Generalkommission der Gewerkschaften und der sozialdemokratische Parteivorstand mit dem Reichskanzler in Verbindung, um über strittige Fragen der Lebensmittelversorgung des Volkes zu verhandeln. In diesen Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung wurden folgende Fragen hervorgehoben: 1. Die Wirkung der Höchstpreise für Getreide und die auf weitere Preiserhöhungen gerichteten Bestrebungen; 2. die Höhe der Preise für Kartoffelpräparate und die Geschäftssitten der Trockenkartoffelverwertungsgesellschaft; 3. die Notwendigkeit der Beschlagnahme aller im freien Verkehr und bei den Produzenten befindlichen Bestände an Getreide und Kartoffeln; 4. die zwangsweise Einföhrung eines einheitlichen Kriegsbrots; 5. die Maßnahmen gegen Preistreibereien auf dem Viehmarkt.

Am 25. Januar ergänzten der Parteivorstand und die Generalkommission ihre mündlichen Darlegungen durch ein ausführliches Schreiben, in dem die Beschlagnahme des Getreides und des Mehls sowie die Verteilung der vorhandenen Vorräte an die Bäcker empfohlen wurde. »Wenn es notwendig ist, wäre auch vor einem organisierten Verteilungsmodus an die Konsumenten nicht zurückzuschrecken. Ist dafür nicht der genügende Beamtenapparat vorhanden, so würde auch hier freiwillige Hilfe, die sich so glänzend in diesen Zeiten bewährt hat, bereit sein einzugreifen.«

Am selben 25. Januar beschloß der Bundesrat die Beschlagnahme aller Brotgetreide- und Mehlvorräte vom 1. Februar ab. Der Kriegsgetreidegesellschaft wurde die Regelung der Getreideübergeweiung an die Kommunalverbände und des Verkaufs des beschlagnahmten Mehls übertragen. Sofort erklärten sich die freien Gewerkschaften bereit die Gemeinden und Kommunalverbände in der Regelung des Brot- und Mehlverbrauchs zu unterstützen. Die Berliner Gewerkschaftskommission organisierte für Groß Berlin einen Orderdienst für die Brotabgabe und stellte etwa 1200 Order für diesen Zweck zur Verfügung. Ferner sagten die deutschen Gewerkschaften zu den Lehrkursen der preußischen Regierung für die Aufklärung der Konsumenten über Ernährungs- und Volksgesundheitsfragen die Entsendung von Rednern zu. Am 8. und 9. Februar billigte eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände die von der Generalkommission mit den verschiedenen Regierungsressorts geführten Verhandlungen; sie stimmte ferner der Beteiligung an den vom preußischen Ministerium des Innern veranstalteten Lehrkursen zu und gab der Generalkommission anheim auf Abstellung verschiedener Mängel, die beim ersten dieser Kurse zutage traten, bei der Regierung einzuwirken. Die Konferenz der Verbandsvorstände erklärte sich dann mit dem geplanten Vorgehen einverstanden eine gesetzliche oder bundesrätliche einheitliche Regelung der Arbeitsvermittlung noch während des Kriegs herbeizuführen. Die Konferenz beschloß weiter die Beteiligung der Gewerkschaften an der Fürsorge für Kriegsinvaliden.

×
Verenigte Staaten: Gewerkschaftskongreß 1914 Vom 9. bis zum 21. November 1914 wurde die 34. Jahresversammlung der American Federation of Labor in Philadelphia

unter dem Vorsitz Samuel Gompers' abgehalten. Auf diesem Arbeiterkongreß waren 92 Zentralverbände, 18 Lokalvereine, 22 Staatsverbände, 70 Gewerkschaftskartelle und 7 befreundete Organisationen durch 358 Delegierte vertreten. Angeschlossen hatten sich mit dem 30. September 1914 an den Bund 2 020 671 vollzahlende Mitglieder. Der Arbeiterbund trat bezeichnenderweise sehr energisch für die Annahme des Gesetzes über die Bildungsprüfung der Einwanderer ein. Im Repräsentantenhaus, so wurde auf dem Kongreß ausgeführt, sei dieses Gesetz schon am 5. Februar 1914 angenommen worden; aber im Senat scheine der Einfluß der Transportunternehmungen und der Großindustriellen stärker zu sein als der des Arbeiterbunds, so daß mit dem Verbot der Einwanderung von Analphabeten vorläufig noch nicht zu rechnen sei. »Die Arbeiterorganisationen sollen ununterbrochen darauf hinwirken, daß der Ausschluß der Analphabeten von der Einwanderung Gesetz wird, besonders deshalb, weil nach dem Krieg eine starke Einwanderung von den betroffenen Ländern nach den Vereinigten Staaten einsetzen werde, denn viele werden auf diese Weise einer weitern Katastrophe zu entgehen trachten.« So heißt es in dem Bericht, den die in Wien erscheinende Gewerkschaft am 12. Januar brachte.

Der Arbeiterbund faßte wichtige Beschlüsse über die Einführung des Achtstundentags für Arbeiterinnen in Kolumbien, für die Festsetzung eines Ruhetags in jeder Woche, für die Beseitigung der Stückarbeit, für die staatliche Verwaltung der vertrusteten Werke von Rockefeller und Konsorten in Colorado. Er erklärte sich gegen die obligatorischen Schiedsgerichte, gegen eine Regelung der Löhne und Arbeitszeiten durch die Gesetzgebung und gegen die Gründung einer unabhängigen Arbeiterpartei.

× **Kurze Chronik** Am 16. und 17. Januar gründete eine Konferenz der Gewerkschaftskartelle

Sachsens in Dresden eine gewerkschaftliche Landeszentrale für das Königreich Sachsen. Die sehr auseinandergehenden Anschauungen der einzelnen Gemeindebehörden über die Durchführung der Kriegsnothilfe und der Arbeitslosenfürsorge nötigten die sächsischen Gewerkschaftskartelle zu einem möglichst gemeinsamen Vorgehen. × Am 20. Januar tagten die Vorstände des Bergarbeiterverbands, des christ-

lichen Gewerkvereins, der polnischen Berufsvereinigung und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, um die Frage der ausreichenden Förderung und vorliegende Arbeiterbeschwerden zu besprechen. × In der 21. Kriegswoche hatte der Metallarbeiterverband 12 753 = 3,9% Arbeitslose. 192 643 seiner Mitglieder genügten ihrer Militärflicht. × Die englischen Gewerkschaften, deren Arbeitslosenkassen infolge des Kriegszustands erschöpft sind, können jetzt Unterstützungen erhalten, wenn sie unter anderen die eine Hauptbedingung erfüllen, daß sie von allen in Arbeit stehenden Mitgliedern einen besonderen Beitrag erheben. Bis Ende Dezember 1914 kamen 156 Gewerkschaften mit 232 880 Mitgliedern um die staatliche Unterstützung ein. Die Unterstützungssummen waren nur sehr mäßig.

Sozialpolitik / Johannes Heiden

Krieg und Sozialpolitik Der große Kampf, den das deutsche Volk seit 8 Mo-

naten um seine Existenz führt, ist wie für viele andere staatliche Einrichtungen auch für den Wert sozialpolitischer Maßnahmen zum Prüfstein geworden. Trotz aller Versicherungen, daß die Notwendigkeit sozialpolitischer Einrichtungen erwiesen sei, und daß alle für die Führung einer vernünftigen Sozialpolitik seien, hatte die Sozialpolitik, nicht nur einzelne sozialpolitische Maßnahmen, grundsätzliche Gegner. Sie waren nicht nur in den Reihen der Manchesterleute, die ja glücklicherweise immer seltener werden, sondern auch in konservativen Kreisen vorhanden. Befürchten die einen das Abnehmen der Unternehmungslust als Folge staatlicher Sozialpolitik, so die anderen die Beeinträchtigung des Selbstverantwortlichkeitsgefühls durch staatliche Fürsorge für die minderbemittelten Schichten. Es versteht sich, daß die Gegnerschaft durchaus nicht immer mit Egoismus oder auch nur mit Gleichgültigkeit gegen das wirtschaftliche und soziale Schicksal der Minderbemittelten verbunden war. Unter den Gegnern der Sozialpolitik war gewiß mancher, der unverschuldetem Unglück gegenüber eine offene Hand hatte. Neben Gegnern dieser Art waren der Sozialpolitik in den letzten Jahren viele Widerstände erwachsen, die sich nicht prinzipiell jeder sozialpolitischen Fürsorge entgegenstellten, sondern die nur eine Erweiterung der sozialpolitischen Maßnahmen bekämpften. Die Gründe für das Verlangen nach Still-

stand der Sozialreform waren verschieden. Die Industrie vertrage weitere Belastungen nicht und könne im Wettbewerb mit dem Ausland nicht bestehen, wenn sie weiter mit Versicherungsaufwendungen oder mit Arbeiterschutzvorschriften behelligt werde, hieß es auf der einen Seite, und der andern diente die angebliche Undankbarkeit der Arbeiter zur Begründung ihrer Gegnerschaft gegen jede Ausdehnung der Sozialpolitik; hatten doch manche Politiker von der Sozialpolitik eine Aussöhnung der Arbeiter mit den bestehenden Einrichtungen in dem Sinn erwartet, daß die Arbeiter ihre Bestrebungen nach politischen Reformen und Sozialisierung aufgeben würden. Aus diesen verschiedenen Gründen war neben der grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Sozialpolitik eine Art sozialpolitischer Müdigkeit entstanden, die auch die Regierungskreise ergriffen hatte.

Der Krieg wird die Anschauungen über den Wert der Sozialpolitik in manchen Köpfen von Grund aus ändern. Alle düsteren Prophezeiungen, daß die Sozialpolitik, insbesondere die Arbeiterversicherung, die Arbeiter verweichliche und entnerve, ihre körperliche Leistungsfähigkeit herabsetze und ihre sittliche Gesundheit durch Untergraben des Opfer sinns und Erwecken des Eigennutzes und des Strebens nach Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit gefährde, haben sich als völlig haltlos erwiesen. Aber nicht nur die Befürchtungen von den Volkskraft und Volkscharakter schädigenden Wirkungen der Sozialpolitik haben sich als grundlos herausgestellt, sondern der sichtbare Nutzen sozialpolitischer Maßnahmen muß jedem offenbar geworden sein. Neben der gar nicht hoch genug zu veranschlagenden Arbeit der Gewerkschaften für die Hebung der Arbeiterschaft hat doch auch die Sozialpolitik ihr bescheidenes Teil zur Höherentwicklung beigetragen. Sie hat den Arbeitern zum Bewußtsein gebracht, daß ein Staat, dessen Gesetzgebung auch nur in geringem Maß von der Arbeiterklasse selbst beeinflusst wird, wohl veranlaßt werden kann auch die Interessen der Arbeiter zu fördern. Die sozialpolitischen Einrichtungen haben der Arbeiterschaft doch zweifellos eine Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse gebracht, die sich jetzt im Krieg als ein wertvoller Faktor für seinen guten Ausgang erweist. Diese durch die Sozialpolitik bedingte Hebung der Verhältnisse der Arbeiter stellt der Kriegführung nicht nur viele kampftüchtige Soldaten zur

Verfügung sondern hat auch zur Kräftigung der für den erfolgreichen Ausgang des Kriegs so notwendigen Momente, wie Pflichtgefühl gegen die Volksgemeinschaft, Gefühl von der Notwendigkeit der Erhaltung deutscher Arbeit und deutscher Kultur, an denen die Arbeiterschaft nicht nur als Empfangende sondern auch als Gebende interessiert ist, mitgeholfen. So können die sozialpolitischen Einrichtungen Deutschlands, wenn sie auch von dem großen Vorsprung früherer Jahre vor ähnlichen Einrichtungen anderer Staaten in der letzten Zeit etwas eingebüßt haben, doch beanspruchen in die Reihe der Dinge gestellt zu werden, die für den Ausgang des Kriegs von großer Bedeutung sind. Dies gilt von den Grundgedanken der Sozialpolitik in noch höherem Maß als von den einzelnen Einrichtungen. Der Krieg predigt recht eindringlich die große Bedeutung der Solidarität des Volkes. Millionen von denen, die vom reichen Tisch deutscher Wirtschaft und deutscher Kultur nur einen mehr als bescheidenen Teil erhalten haben, sind mit ihrem Leben für die Verteidigung dieser materiellen und idealen Güter eingetreten. Mit ihnen teilen Tausende, die im Frieden ein glücklicheres Los gezogen hatten, Not und Gefahr. Und wie im Feld wirkt der Krieg auch zu Hause; auch hier bringen Bedrängnis und Gefahr viele zusammen zum gemeinsamen Handeln, die früher weit getrennt waren. Niemand kann sich des Gefühls und der Erkenntnis von dem großen Wert und der unbedingten Notwendigkeit der ungeschwächten Einigkeit des ganzen Volkes zur Erhaltung der Nation verschließen. Daß jeder mit allen Kräften zur Erhaltung des Ganzen beitragen muß, und daß jeder so lebenstüchtig gemacht werden muß wie nur irgend möglich, sind heute Selbstverständlichkeiten. Dies aber sind die Grundgedanken der Sozialpolitik oder sollten es sein. Die bisherigen sozialpolitischen Maßnahmen haben diese Gedanken durchaus noch nicht verwirklicht. Sie ergreifen weder alle Kreise, die der sozialpolitischen Fürsorge bedürfen, noch treffen sie Hilfe für alle Notfälle. Und was noch bedauerlicher erscheinen muß, das ist die Tatsache, daß die Wirkung sozialpolitischer Einrichtungen noch immer fast ausschließlich auf die Heilung von Schäden und nur in ganz geringem Umfang auf ihre Verhütung gestellt ist. Wohl sind auch auf dem Gebiet der Verhütung von Schäden durch Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung geringe Fortschritte

erzielt worden, und es muß anerkannt werden, daß der Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann es sich angelegen sein läßt die Träger der Arbeiterversicherung zur Ausgestaltung der Vorbeugungsmaßregeln zu veranlassen. Es fehlt aber nicht nur an dem gesetzlichen Zwang, der für jede wirksame Fürsorge notwendig ist, sondern die Gesetzgebung steht dem freiwilligen einsichtsvollen Wirken mancher Versicherungsträger hindernd im Weg. Es ist wohl zu erwarten, daß der Krieg hierin gründlich Wandel schaffen wird. Die Sozialpolitik darf sich nicht mehr damit begnügen Kranke zu heilen und Invalide mehr oder weniger unzureichend zu versorgen, sondern sie muß Krankheiten und Invalidität in weit höherem Maß als bisher zu verhüten suchen. Dazu gehören Arbeiterschutz, Wohnungsfürsorge, Wöchnerinnen- und Säuglingsschutz, Schulspeisung, obligatorische Krankenversicherung für die Familienangehörigen der Versicherten und die vielen Dinge zur Hebung der Volksgesundheit, wie Parks, Turn- und Spielplätze, Badeeinrichtungen usw. Einrichtungen zur Förderung der Gesundheit werden in Zukunft notwendiger sein als je. Wir täuschen uns doch nicht darüber, daß neben den vielen Verwundeten viele Kriegsteilnehmer mit geschwächter Gesundheit zurückkehren werden. Sie und die, die noch geboren werden, werden erhöhter Fürsorge bedürfen, sollen sie lebensfähig bleiben und werden. Auf einem Gebiet hat die Reichsregierung die Notwendigkeit erhöhter Fürsorge (vorläufig allerdings nur für die Dauer des Kriegs) schon anerkannt. Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge haben eine Ausdehnung erfahren, um die bei dem Abschluß der Reichsversicherungsordnung noch vergeblich gekämpft worden ist. Allerdings zeigt auch diese Maßnahme des Bundesrats den alten Fehler unserer Versicherungsgesetzgebung, daß sie auf Bevölkerungskreise beschränkt ist, die nach formalrechtlichen Gesichtspunkten, statt nach wirtschaftlichen abgegrenzt werden. Es hat doch wirklich keinen Sinn der Frau und dem Kind eines Angestellten oder eines Handwerkers die Fürsorge zu versagen, weil der Vater in Friedenszeiten mehr als 2500 Mark Einkommen bezogen oder das für ihn zweifelhafte Glück der wirtschaftlichen Selbständigkeit genossen hat. Über die Beseitigung solcher willkürlichen Beschränkungen und über die Schaffung eines weitern Rahmens mit besserm Inhalt wird nach dem Krieg

noch manches zu sagen sein. Für die Sozialpolitik gilt es aus dem Krieg die Lehre zu ziehen, daß die wirkungsvollste Sozialpolitik den größten Wert für die Gesamtheit hat. Sie hebt, was von unserer Seite immer betont worden ist, die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft und ist für den Wettbewerb der Industrie absolut unentbehrlich. Sie schafft aber auch Voraussetzungen, die für die Verteidigung des Volkes gegen feindliche Angriffe von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.

× **Wochenhilfe** Die schon im vorigen Abschnitt erwähnte Verordnung des Bundesrats über Wochenhilfe bedeutet einen bemerkenswerten Schritt auf dem Weg des Wöchnerinnen- und Säuglingsschutzes. Ihre größte Bedeutung liegt in der Anerkennung der Pflicht des Reichs für den Schutz von Mutter und Kind einzutreten. An Leistungen sieht die Verordnung vor: eine Beihilfe zu den Kosten der Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden bis zum Betrag von 10 Mark, eine Beihilfe zu den Entbindungskosten bis zur Höhe von 25 Mark, ein Wochengeld von täglich 1 Mark bis zur Dauer von 8 Wochen und ein Stillgeld von täglich 0,50 Mark bis zur Dauer von 12 Wochen. Insgesamt können so der Wöchnerin bis zu 133 Mark gewährt werden. Bedauerlich ist nur, daß nicht alle Frauen von Kriegsteilnehmern, die sich in bedürftiger Lage befinden, auf diese Leistungen Anspruch haben, sondern nur die Frauen, deren Männer vor dem Eintritt in den Kriegsdienst entweder unmittelbar 6 Wochen oder in den letzten 12 Monaten vor diesem Ereignis mindestens 26 Wochen gegen Krankheit versichert waren. Ganz ausgeschlossen von dieser Fürsorge des Reichs sind die Frauen der Männer, die nicht Kriegsdienste leisten und die unverehelichten Mütter, auch wenn der Vater des Kindes Kriegsteilnehmer ist. Da die Gewährung der Beihilfen doch nicht eine Belohnung für die Beteiligung am Krieg sein soll, sondern zum Schutz der Mütter und des Nachwuchses dienen soll, den das Reich angesichts der erheblichen Menschenverluste im Krieg mit allen Kräften fördern sollte, ist die Beschränkung der Fürsorge auf die Ehefrauen von Kriegsteilnehmern, die der Krankenversicherungspflichtigen Bevölkerung angehören, nicht begründet. Die Wochenhilfe ist von der Krankenkasse zu gewähren, der der Mann angehört hat; nur wenn die Wöchnerin

selbst einer Krankenkasse angehört, hat diese sie zu leisten. Die Aufwendungen werden den Kassen vom Reich erstattet. Nur wenn die Wöchnerin auf Grund eigener Versicherung Anspruch auf Wochengeld hat, geht diese Leistung zu Lasten der Kasse, die anderen Aufwendungen werden der Kasse aber auch in diesem Fall vom Reich erstattet. Wöchnerinnen, die auf Grund der Bundesratsverordnung keinen Anspruch auf Wochenhilfe haben, weil ihre Männer entweder keinen Kriegsdienst leisten oder nicht zu der krankenversicherungspflichtigen Bevölkerung gehören, haben, wenn sie selbst gegen Krankheit versichert sind und Anspruch auf Wochengeld haben, auch die anderen Leistungen, wie Stillgeld, Beihilfe zu den Kosten für Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden und zu den Kosten der Entbindung, zu beanspruchen, selbst wenn die Satzung der Kasse diese Leistungen nicht vorsieht.

× Heilverfahren Die Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung gewährten im Jahr 1913 zur Verhütung oder zur Beseitigung dauernder Invalidität 101 955 Versicherten ein ständiges Heilverfahren. Von den Erkrankten litten 52 251 an Lungen- oder Kehlkopftuberkulose, 283 an Lupus und 49 421 an anderen Krankheiten. Die Aufwendungen der Versicherungsträger für die Heilbehandlung beliefen sich auf 31 871 030 Mark. Die Erfolge der Heilbehandlung sind sehr günstig. 92 % der Tuberkulösen, 88 % der Lupuskranken und 91 % der anderen Erkrankten erzielten gesundheitliche Besserung. Zur Durchführung des Heilverfahrens benutzen die Versicherungsträger neben privaten Anstalten 79 eigene Heilanstalten. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in den Lungenheilstätten leichte Arbeiten in immer größerem Umfang in den Heilplan aufgenommen werden. Für die Zulassung zur Arbeit, die gewöhnlich erst in der zweiten Hälfte der Kurzeit erfolgt und für die Auswahl der Arbeit wie für ihre ganze Regelung, Dauer usw., ist natürlich das Urteil des Arztes maßgebend. Die Erfolge der Beschäftigungskur, die meines Wissens vor mehr als 10 Jahren zuerst in Sandbach versucht wurde, werden als recht gut bezeichnet.

× Gewerbe-gerichte Im Jahr 1913 bestanden im Reich 504 Gewerbegerichte, die auf Grund des Reichsgesetzes, und 25 Gewerbegerichte,

die nach den Vorschriften von Landesgesetzen errichtet sind, sowie 420 Innungsschiedsgerichte. Bei den Gewerbegerichten wurden insgesamt 117 137 Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis anhängig gemacht, und zwar 110 259 von Arbeitern gegen Arbeitgeber, in 6644 Fällen war der Arbeitgeber Kläger, und bei 234 Prozessen standen Differenzen zwischen Arbeitern in Frage. Wie durch Vorschriften über das Verfahren begründet, wurden viele Prozesse, nämlich 46 440, durch Vergleich erledigt, durch Verzicht auf den Klageanspruch und durch Anerkenntnis fanden 3129 und 1662 Streitsachen ihre Erledigung. In 12 188 Fällen erging ein Versäumnisurteil und nur in 18 238 Fällen ein anderes Urteil. 4318 Prozesse kamen nicht zum Abschluß, und 31 164 Klagen beschäftigten das Gericht nicht weiter als mit ihrer Aufnahme; sie wurden durch Zurücknahme, Befriedigung des Klageanspruchs und auf andere Weise aus der Welt geschafft.

Gering wie immer war die Zahl der mit Berufung zum Landgericht angefochtenen Urteile; sie betrug nur 584. Die Gewerbegerichte waren auch im Berichtsjahr bestrebt die Streitsachen schnell zum Abschluß zu bringen. Bei den streitig verhandelten Sachen wurde das Urteil in 9944 Fällen in weniger als 2 Wochen gesprochen, 5195 Fälle brauchten 2 Wochen bis zu 1 Monat, 2743 Fälle 1 bis 3 Monate und nur 356 Fälle mehr als 3 Monate zur Erledigung. Als Einigungsamt wurden die Gewerbegerichte 203mal von beiden Teilen, 138mal von Arbeitern und 18mal von Arbeitgebern angerufen. In 164 Fällen kam eine Vereinbarung zustande, in 75 Fällen wurde ein Schiedsspruch erlassen, und in ebenfalls 75 Fällen kam weder eine Einigung noch ein Schiedsspruch zustande. Von den Schiedssprüchen wurden 58 von beiden Teilen anerkannt, 7 fanden nur die Zustimmung der Arbeiter und 10 nur die der Arbeitgeber. Zur Bedeutungslosigkeit auf dem Gebiet der Erstattung von Gutachten und der Stellung von Anträgen zur Förderung sozialpolitischer Maßnahmen herab. Insgesamt wurden 17 Gutachten erstattet, 9 Anträge gestellt.

× Kurze Chronik Das Reichsversicherungsamt hat in einem Urteil vom 16. November 1914 entschieden, daß die Krankenkassen bei Feststellung der Versicherungsbezüge des Erkrankten auch die Leistun-

gen berücksichtigen können, auf die der Erkrankte keinen Rechtsanspruch hat. Als Leistungen dieser Art kommen hauptsächlich die Unterstützungen der freien Gewerkschaften an ihre erkrankten Mitglieder in Frage. Nach gesetzlicher Vorschrift müssen die Zwangs-krankenkassen ihre baren Leistungen so weit kürzen, daß der Erkrankte mit den Bezügen aus anderen Versicherungen nicht mehr erhält als sein durchschnittlicher Tagesverdienst ausmacht. Diese Kürzung kann durch die Satzung ganz oder teilweise ausgeschlossen werden. Die bisher strittige Frage, ob die Unterstützungen der freien Gewerkschaften, auf die ein Rechtsanspruch nicht besteht, als eine Versicherungsleistung betrachtet werden können, hat das Reichs-versicherungsamt bejaht. Wird dieses Urteil nicht geändert, so müssen die Gewerkschaften Vorsorge treffen, daß ihre Mittel nicht zur Entlastung der Krankenkassen dienen. × Der Bundesrat hat die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, die die Zeiten der Kriegsdienste bei Berechnung der Erhaltung der Anwartschaft in der Invalidenversicherung und bei Berechnung der Leistungen dieser Versicherung den Zeiten regelmäßiger Beitragsleistung gleichstellen, auf die Versicherten ausgedehnt, die im österreichischen Heer stehen. × Der preußische Handelsminister hat ein Verbot der gewerbmäßigen Stellenvermittlung für ausländische landwirtschaftliche Arbeiter erlassen. Hiermit soll den landwirtschaftlichen Unternehmern, die im Winter die an der Abreise verhinderten russischen Arbeiter haben unterhalten müssen, die zur Feldbestellung nötige Zahl von Arbeitskräften gesichert werden. × Die Generalkommission der Gewerkschaften hat in Verbindung mit dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, dem Verband der deutschen Gewerkvereine und der Polnischen Berufsvereinigung an Bundesrat und Reichstag eine Petition um gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung gerichtet und darüber auch am 3. März mit dem Reichskanzler konferiert (siehe auch den Artikel Umbreits, in diesem Band, pag. 234 ff.).

WISSENSCHAFT

Philosophie / Raphael Sellmann

Krieg und Philosophie Wiewohl der Krieg nicht zu allen Zeiten diese tiefgreifende und verhängnisvolle Bedeutung erlangen konnte wie in

unserer bewegten und vielgestaltigen Zeit, wo unzählige Fäden materieller und geistiger Natur die Völker mit einander zu einem fast einheitlichen Organismus zu verbinden schienen, so hat doch der Krieg als soziales und auch psychisches Phänomen die Aufmerksamkeit fast aller Philosophen größeren Stils auf sich gelenkt und zu dieser oder jener, wenn auch gelegentlichen Äußerung Anlaß gegeben. Es wäre daher ein weitläufiges und etwas gewagtes Unternehmen auf alle diese Meinungen einzeln eingehen zu wollen, jedenfalls fiel ein solches Unternehmen aus dem knapp bemessenen Rahmen einer summarisch zu haltenden Besprechung heraus. Ich beschränke mich daher auf solche Philosophen, die einmal in der Geschichte des menschlichen Denkens eine bleibende Spur hinterlassen, und die ferner dem Phänomen des Krieges, aus diesem oder jenem Grund, eine ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet haben, oder deren philosophische Spekulationen gewisse Schlußfolgerungen auf die Bedeutung des Krieges nahelegen.

Der ganzen Anlage seines Geistes nach ist der wahre Philosoph auf das Allgemeinmenschliche, auf das Menschliche als solches eingestellt, mögen immerhin seine persönlichen Sympathien und Antipathien nach dieser oder jener Richtung gehen, und wenn er Betrachtungen über irgendeine soziale oder psychische Erscheinung anstellt, so geschieht es von dem Standpunkt des Menschlichen als solchem aus, von dem Standpunkt der Bedeutung, die diese oder jene Erscheinung im Leben der Völker für die menschliche Natur im allgemeinen besitzt oder eventuell besitzen kann. Verschiedene Philosophen haben über Wert und Unwert des Krieges verschieden gedacht, manche unter ihnen nahmen für den Krieg Partei, manche wiederum verwarfen ihn bedingungslos, aber fast alle betrachteten ihn von der Seite seiner Wirkung auf den menschlichen Geist überhaupt und nicht etwa von der Seite seiner Folgen für die Interessen der gegebenen sozialen Gruppe, der sie angehörten. Der Psychologe, der die Bedingungen untersuchen will, unter denen sich die Vorgänge der menschlichen Seele abspielen, der Logiker, der sich bemüht die Voraussetzungen zu ergründen, die über die Gültigkeit menschlicher Denkformen entscheiden, der Metaphysiker, der es unternimmt die Stellung des Menschen in der Schöpfung zu bestimmen, sie alle

haben naturgemäß die menschliche Gattung im Auge, und danach richtet sich ihr ganzes Denken.

Der am meisten genannte Philosoph des griechischen Altertums, der den Krieg zum Gegenstand seiner Betrachtungen gemacht zu haben scheint, ist Herakleitos der Dunkle. Wir kennen seinen Ausspruch »Πόλεμος πάντων μὲν πατήρ ἐστίν, πάντων δὲ βασιλεύς«. Diesem Satz ist zunächst nicht anzusehen, in welchem Sinn er ursprünglich von unserm Philosophen gefaßt worden ist, und was dieser unter »πόλεμος« eigentlich verstanden haben mochte, ob er den Krieg in der üblichen Bedeutung dieses Wortes gemeint hat oder bloß die auch in Friedenszeiten, und namentlich in Friedenszeiten, in der menschlichen Gesellschaft wie auch in der Psyche des einzelnen waltenden antagonistischen Tendenzen, die die wirksamsten Triebfedern jeder Tätigkeit und jeder Handlung bilden. Das steht in vollstem Einklang mit der ganzen Herakleitischen Weltanschauung. Laut allem, was wir aus den vereinzelt ausgesprochenen des Herakleitos schließen können, negiert dieser vollständig das ruhende Sein, er scheint es als einen Kreuzungspunkt entgegengesetzt gerichteter Spannungen aufzufassen, als eine labile Gleichgewichtslage, die jedes Mal entsteht, wenn nach entgegengesetzten Richtungen tendierende Kräfte von gleichem Intensitätsgrad mit einander zusammenstoßen. Eine Störung des Gleichgewichts erzeugt Bewegung und somit eine schaffende Kraft. (Wenn diese Deutung richtig ist, so stimmt darin merkwürdigerweise mit Herakleitos der Anarchist Bakunin überein, der den bekannten Ausspruch tat: »Die zerstörende Kraft ist zugleich eine schaffende Kraft.«) Ein anderer Denker der griechischen Antike wiederum, Kallikles, den wir nur aus den Platonischen Dialogen kennen, hat sich über den Krieg nicht direkt geäußert, läßt aber unterschiedene, als militaristisch zu bezeichnende Tendenzen hervortreten, indem er die nackte Tatsache der Gewalt als das einzige Gesetz proklamiert, das in gleicher Weise für die äußere Natur wie für den Menschen Geltung haben soll. Übrigens gilt es hier zu bemerken, daß in den Gemeinschaften der griechischen Antike, wie in denen der antiken Welt überhaupt, wo die Völker mit einander in beständiger Fehde lagen und Kriege an der Tagesordnung waren, das Phänomen des Krieges als solchen nie zu diesem brennenden Problem werden konnte, wie es in un-

serer Zeit der Fall ist. Es fehlte ihm der Stachel des Widerspruchs, der die Geister zum Nachdenken und Forschen antreibt. Dieser Widerspruch konnte erst in der modernen Zeit aufkommen, wo einerseits die Völker durch mannigfache Bande mit einander verknüpft wurden, andererseits aber diese selben Bande zu ebenso vielen Spaltungen und Gegensätzen Anlaß gaben. Bemerkenswert ist daher der Umstand, daß die jüdischen Propheten, die den Gedanken des ewigen Friedens zuerst in der Welt verkündeten, diesen Frieden an das Ende der Tage verlegten, bis dahin jedoch von den Kriegen als von einer unvermeidlichen Tatsache sprachen. Obgleich aber der Krieg auf diese Weise vor Anbruch der Neuzeit die Gemüter nicht besonders erregte, so hat doch die Lehre des Christentums bei ihrem ersten Auftreten die Geister allmählich daran gewöhnt ihn als etwas Abnormes zu betrachten. Die christliche Lehre in ihrer reinen Form verurteilt den Krieg in absoluter Weise. Die spätere Ausgestaltung der christlichen Lehre jedoch, das kirchliche Christentum, hat bereits andere Elemente in sich aufgenommen. Der Krieg, ein Ausfluß des Bösen nach der Lehre des Christentums, wird nach späterer Anschauung zwar nicht ausdrücklich anerkannt, aber doch stillschweigend geduldet. Von hohem Interesse in dieser Hinsicht sind die Betrachtungen Jakob Böhmes, eines der eminentesten Denker der Renaissanceepoche. Seine Lehre vom Übel in der Welt, wonach ohne das böse Prinzip auch das gute nimmermehr zur Entfaltung gelangen könnte, gibt uns manche bedeutungsvolle Perspektive. Mit dem Anbruch der Neuzeit, die ungefähr das ganze 16. Jahrhundert und die erste Hälfte des 17. umfaßt, nimmt der Meinungsstreit über die Bedeutung des Krieges eine viel konkretere Gestalt an. Der ungeheure industrielle Aufschwung, den diese Zeit allerorten mit sich brachte, verwickelte die Völker Europas in ein ganzes Netz von gegenseitigen Beziehungen, die ihrerseits alle Keime zu mannigfachen Konflikten in sich bargen. Die halb religiösen halb mystischen Spekulationen über das Wesen des Übels in der Welt, die während des Mittelalters gang und gäbe waren, mußten einer mehr empirisch orientierten Denkweise Platz machen. So sehen wir bereits einen Hugo Grotius die Frage lebhaft diskutieren, ob der Begriff des Eigentums sich auf das freie Meer erstrecken kann. Der Philo-

soph jedoch, der hier uns am meisten interessiert, ist der Engländer Thomas Hobbes, dessen Ausspruch »Homo homini lupus« wohl jeder kennt. Hobbes huldigte einer unbedingt materialistischen Weltanschauung. Als konsequenter Monist will er keinen wesentlichen Unterschied zwischen Mensch und Natur anerkennen. Die Gesetze der Statik und Dynamik, die für die Welt der rein materiellen Verhältnisse gelten, seien auch für die der menschlichen entscheidend und bindend. Wie in der Welt der materiellen Verhältnisse einzig und allein der Überschuß an Kraft den Ausschlag gibt, so auch in der menschlichen Gesellschaft, in der nur der Stärkere den Sieg davonträgt. Da aber keine menschliche Gemeinschaft bei dieser Sachlage dauernden Bestand haben könnte, so sahen sich die Menschen veranlaßt sich ihrer eigenen Machtbefugnisse zu entledigen und sie auf einen einzigen, das staatliche Oberhaupt, zu übertragen, um diesem die Möglichkeit zu geben nötigenfalls mit seiner ganzen Autorität einzugreifen und den schlimmsten Ausschreitungen Einhalt zu tun. Auf diese Weise ist der Krieg zwischen Mensch und Mensch in jeder einzelnen Gemeinschaft, und zwischen Staat und Staat in jeder Gruppe von Gemeinschaften als ein der menschlichen Natur vollkommen angemessener Zustand statuiert. Hobbes hat hiermit nur die praktischen Schlußfolgerungen eines konsequent ausgebildeten Monismus gezogen. Wenn die Vernunft nichts anderes als eine gewisse Bewegung innerhalb der Gehirnmasse ist, und wenn diese Gehirnmasse, wie jeder andere materielle Körper auch, einen ganz bestimmten Teil des Raumes erfüllt, so müssen die menschlichen Köpfe der selben Fatalität unterliegen, die in der Welt der materiellen Dinge obwaltet, das heißt, sie müssen sich gegenseitig verdrängen und zerstören, sobald sie im Raum aufeinanderstoßen.

Ähnlich wie Hobbes dachte auch Spinoza über den Staat, mit dem einzigen Unterschied, daß Hobbes die Monarchie, Spinoza die Demokratie als die sicherste Gewähr für die menschliche Gemeinschaft ansieht. Den Fall des Krieges erörtert Spinoza ziemlich eingehend und deutlich, während Hobbes im allgemeinen von den gewalttätigen Neigungen der menschlichen Natur spricht. Spinoza verurteilt entschieden jeden Krieg, der nur um des Krieges willen geführt wird. Der Krieg soll nur den einzigen Zweck verfolgen den Frieden herbeizuführen

und ihn desto sicherer zu befestigen. Gleichermassen verwirft er jede Annexion, da er in dieser den Keim zu neuen Entwicklungen erblickt.

Von dem 18. Jahrhundert, dem sogenannten Zeitalter der Aufklärung, kann man im allgemeinen sagen, daß es für den Krieg nicht viel übrig hatte. Rousseau scheint ein entschiedener Gegner des Krieges gewesen zu sein, wiewohl wir auch bei ihm keine direkte Äußerung über diesen Gegenstand finden. In den ins Unendliche anwachsenden Bedürfnissen erkannte er die tieferen Ursachen aller sozialen Ungleichheit und aller sozialen Konflikte. Von einer Vereinfachung der Bedürfnisse erwartete er eine gründliche Gesundung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Von dem Franzosen Bernardin de Saint-Pierre ging die erste Anregung zu der Idee aus die Konflikte zwischen den Völkern auf friedliche Weise zu regeln.

Von Rousseau führt ein direkter Weg zu Kant, der unter allen Philosophen des 18. Jahrhunderts die Frage von Krieg und Frieden am eingehendsten erörtert hat. Wie bahnbrechend auch das Kantische Denken für die Entwicklung aller späteren philosophischen Forschung geworden ist, so wurzelte es doch tief in den Voraussetzungen des sogenannten Zeitalters der Aufklärung. Beladen und bereichert mit den edelsten Schätzen der abendländischen Ideen verkörperte dieses Denken in sich jenen hohen humanen Geist, den Nietzsche später mit dem Namen des guten Europäertums belegte, und der bereits am Ausgang des 19. Jahrhunderts unter dem immer zunehmenden Druck einer immer weiter um sich greifenden materialistischen Gesinnung solche bedrohliche Erschütterungen erfahren sollte. Kant ist ein entschiedener Gegner aller auf gewalttätigem Weg herbeigeführten oder herbeizuführenden Entscheidungen der Völkerkonflikte, da er sie mit der menschlichen Würde für unvereinbar hält. Er hegte die Hoffnung, daß der Gedanke des ewigen Friedens sich schließlich Bahn brechen und der Gemüter bemächtigen werde. Was vernünftige Erwägungen nicht durchführen könnten, das würden schlimme und schmerzreiche Erfahrungen zustande bringen. Von der Auffassung, die Kant in seiner Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht entwickelt, ist neulich hier in der Rubrik Sozialwissenschaften (in diesem Band, pag 151) die Rede gewesen. In seiner

Abhandlung Zum ewigen Frieden /1795/ stellt Kant folgende »Präliminarartikel zum ewigen Frieden unter Staaten« auf:

1. »Es soll kein Friedensschluß für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden.«
2. »Es soll kein für sich bestehender Staat (klein oder groß, das gilt hier gleich viel) von einem andern Staate durch Erbung, Tausch, Kauf oder Schenkung erworben werden können.«
3. »Stehende Heere (miles perpetuus) sollen mit der Zeit ganz aufhören.«
4. »Es sollen keine Staatsschulden in Beziehung auf äußere Staatshandel gemacht werden.«
5. »Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats gewalttätig einmischen.«
6. »Es soll sich kein Staat im Kriege mit einem andern solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müssen: als da sind Anstellung der Meuchelmörder (percussores), Giftmischer (venefici), Brechung der Kapitulation, Anstiftung des Verrats (perduellio) in dem bekriegten Staat etc.«

Fichte unterscheidet zwischen einem »wahrhaften« und einem »unwahrhaften« Krieg. Ein wahrhafter Krieg sei ein solcher, der von dem ganzen Volk um die Erhaltung der Existenz ausgefochten wird, ein unwahrhafter dagegen ein solcher, den der einzelne Herrscher um die Erweiterung seines Machtbereichs führt. Für unsere Zeit würde dieser Unterschied insofern nicht passen, als heute alle an einem Krieg beteiligten Völker um ihre eigenen Interessen zu kämpfen glauben. Schopenhauer betrachtet mit Voltaire jeden Krieg als einen maskierten Raubzug. Schleiermacher meint: »Je mehr das politische Bewußtsein zur Klarheit kommt und die einzelnen Staatsbürger politische Rechte und dadurch politische Interessen empfangen, desto mehr nähert sich das Ganze dem Friedenszustande.«

Einer besondern Besprechung bedarf Friedrich Nietzsche, da man seinen Namen in den Kampf des Tages gezogen hat. Wenn beispielsweise die Franzosen ihn immer zusammen mit Bernhardi und Treitschke nennen, so zeugt das von einer tiefen Unkenntnis des ganzen Geistes, der durch die Nietzscheschen Schriften weht. Für Nietzsche handelt es sich einzig und allein um die Veredelung des Typus Mensch, mag er immerhin in der Wertschätzung dessen, was er als Veredelung betrachtet, noch

so sehr geirrt haben. Insofern kann man getrost behaupten, daß er seinem ganzen Wesen nach human ist, freilich nicht in dem landläufigen Sinn von Menschenliebe und Leutseligkeit, sondern in dem Sinn, daß ihm die Menschheit als solche über alles ging. Für den Krieg als solchen wird man bei Nietzsche manches beherzigenswerte Wort finden, weil der Krieg seiner Ansicht nach stählend auf den menschlichen Charakter wirkt. Wie den alten Hellenen so galten ihm Tapferkeit und Mut als die höchsten Tugenden: »Was ist gut? fragt ihr. Tapfer sein ist gut«, sagt Zarathustra in seiner 10. Rede. Aber Nietzsche begriff sehr wohl, daß diese Tugenden auch in den sogenannten Friedenszeiten gedeihen, und daß wirklich starke und gesunde Völker gerade in diesen Friedenszeiten sich recht emporentwickeln können. In einem Aphorismus über den »Krieg als Heilmittel« drückt er sich folgendermaßen aus: »Matt und erbärmlich werdenden Völkern mag der Krieg als Heilmittel anzuraten sein, falls sie nämlich durchaus noch fortleben wollen: denn es gibt für die Völkerschwindsucht auch eine Brutalitätskur. . . Je voller und tüchtiger man lebt, um so schneller ist man bereit das Leben für eine einzige gute Empfindung daran zu geben. Ein Volk, das so lebt und empfindet, hat die Kriege nicht nötig.« Alles in allem kann man sagen, daß Nietzsche ganz und gar nicht der Kriegsapostel war, als den man ihn anzusehen gewohnt ist. Man täte besser sich auf ihn nicht zu berufen; man würde sonst nicht an den rechten Mann geraten und sehr schlecht dabei wegkommen.

Als der Antipode Nietzsches gilt Tolstoj. Gleich den Stoikern unterscheidet Tolstoj zwischen dem Gesetz der Natur und dem der Vernunft. Nach dem Gesetz der Natur mag der Krieg etwas Notwendiges bedeuten, nach dem der Vernunft hingegen ist er entschieden zu verwerfen.

Dies ein paar abgerissene Bemerkungen über den Krieg in der Auffassung der Philosophen. Über die großen Kämpfe der Weltgeschichte entscheiden freilich nicht philosophische Systeme, sondern reale Machtmittel. Gleichwohl brauchen wir die Hoffnung nicht aufzugeben, daß wir uns einem Zustand nähern, in dem, um den Kantischen Gedanken aufzunehmen, die Freiheit des einen Volkes mit der aller anderen zusammen bestehen kann.

×

×

Neuausgaben Der Verlag Felix Meiner in Leipzig gibt Volksausgaben wichtiger philosophischer Werke heraus. Als 3. Band dieser Sammlung erschien David Humes Untersuchung über den menschlichen Verstand. Es ist dies ein Abdruck der von Raoul Richter veranstalteten Ausgabe des selben Werkes in der Philosophischen Bibliothek. Die neue Volksausgabe zeichnet sich besonders durch einen geschmackvollen Leineneinband aus.

Gleichfalls bei Felix Meiner brachte Karl Vorländer Kants Abhandlung Zum ewigen Frieden neu heraus. Der Herausgeber hat diese Sonderausgabe mit einer Einleitung versehen, in der die geschichtliche Entwicklung des Friedensgedankens vor und nach Kant dargestellt wird, und mit einem Anhang, in dem er aus anderen Werken Kants alle diejenigen Stellen gesammelt hat, die sich auf das Problem des ewigen Friedens beziehen.

Eine weitere Serie des selben Verlags bringt die Hauptwerke der Philosophie in originalgetreuen Neudrucken: eine Veranstaltung, die namentlich auch bibliophiles Interesse hat. Der 6. Band enthält die 3 Vorlesungen J. G. Fichtes Über den Begriff des wahrhaften Krieges. Daran schließt sich die Wiedergabe der Rede, die Fichte beim Abbruch seiner Vorlesungen über die Wissenschaftslehre am 19. Februar 1813 an seine Zuhörer hielt.

× **Kurze Chronik** Der Kuno Fischer-Preis in Heidelberg ist Professor Dr. Ernst Cassirer in Berlin verliehen. × Es haben sich für Philosophie habilitiert: Dr. R. Seeliger in Berlin, Dr. W. von Olshausen in Basel.

× **Literatur** Über die Anlage der von Max Frischeisen - Köhler herausgegebenen Jahrbücher der Philosophie /Berlin, Mittler/ ist beim Erscheinen des 1. Jahrgangs in dieser Rundschau (1913, 3. Band, pag. 1211) bereits berichtet worden. Der 2. Jahrgang beschäftigt sich mit den Problemen der praktischen Philosophie und enthält folgende Artikel: Die Grundlagen der Werttheorie von O. Kraus, Die Freiheit des Willens von O. Braun, Ethik von M. Scheler, Soziologie von O. Spann, Pädagogik von R. Lehmann, Die Bedeutung der Psychologie für Pädagogik, Medizin, Jurisprudenz und Nationalökonomie von A. Mes-

ser. Obwohl die Artikel ihrem Wert nach ungleich sind, kann man doch sagen, daß das Ziel der Jahrbücher, die Verbindung von kritischer Würdigung mit dem objektiven Referat, auch in dem neuen Jahrgang so gut erreicht ist wie die Umstände dies gestatteten. Der Herausgeber macht im Vorwort übrigens darauf aufmerksam, daß der Satz, den die Einführung des vorigen Jahrgangs enthielt, und nach dem die Jahrbücher in strenger Auswahl nur die wertvollen Erscheinungen hervorheben wollen, nicht dahin gedeutet werden soll, als ob die Nichtberücksichtigung einer Schrift einer Erklärung ihrer Wertlosigkeit gleichkäme; vielmehr ist der Grund dieser Nichtberücksichtigung häufig auch in der Fülle des Stoffs zu suchen, die dem einzelnen Autor die Vollständigkeit in der Übersicht der Literatur unmöglich machte. Der nächste Jahrgang soll vor allem der Metaphysik und Religionsphilosophie gewidmet werden. Ein Artikel über Rechtsphilosophie von Professor Dr. Sternberg hat wegen der Berufung des Autors nach Tokio in den vorliegenden Band nicht mehr aufgenommen werden können. Er wird deshalb gleichfalls im 3. Jahrgang Platz finden. Es ist in Aussicht genommen, daß vom 4. Jahrgang an die Berichte regelmäßig die 3 letzten Jahre umfassen sollen, wobei die Übersicht über das Gesamtgebiet der Philosophie sich auf 3 Bände verteilt. × Eine wichtige Neuerscheinung der philosophischen Literatur stellt Wilhelm Windelbands Einleitung in die Philosophie /Tübingen, Mohr/ dar, ein gediegenes und gehaltvolles Werk, das die großen Schwierigkeiten des Gegenstands glücklich umgangen zu haben scheint. Alle philosophischen Einleitungen, die wir bisher besitzen, und unter denen sich mitunter sehr treffliche befinden, leiden an einem innern Widerspruch, indem sie beim Leser bereits die Kenntnis dessen voraussetzen, was ihm erst durch das Werk selber beigebracht werden soll. Sie alle stellen sich nämlich die Aufgabe den in philosophischen Dingen vollständig unvorbereiteten Leser, an der Hand verschiedener Theorien und Systeme, mit den philosophischen Problemen allmählich vertraut zu machen, und sie alle beginnen mit fertigen Systemen und Theorien, von deren Notwendigkeit sich der Leser keineswegs zu überzeugen vermag. Wenn dieser eine derartige Einleitung aus der Hand gelegt hat, bleibt er bei dem Eindruck stehen, als sei die Philosophie

nur ein willkürliches Spekulieren über die Wirklichkeit, in der man sich doch sehr gut ohne die Zuhilfenahme metaphysischer Reflexionen orientieren könnte. Windelband versucht nun zu zeigen, wie das philosophische Nachdenken schon bei dem ersten Versuch sich in der Realität zurechtzufinden erwachen muß, wie die philosophischen Probleme schon bei der geringsten Reflexion sich aus der Wirklichkeit organisch herausentwickeln müssen. Im 1. Teil seines Werkes werden alle diejenigen Fragen behandelt, die in Beziehung zu unserm Wissen, im 2. alle diejenigen, die in Beziehung zu unseren Werten stehen. Die 3 Kapitel des 1. Teils befassen sich mit dem ontischen, genetischen und noetischen Problemen; die 3 Kapitel des 2. Teils erörtern die ethischen, ästhetischen und religiösen Probleme. X Von weiteren Publikationen der letzten Zeit sei eine Arbeit über die klassische Rechts- und Staatsphilosophie von Montesquieu bis Hegel /Breslau, Marcus/ hervorgehoben. Der Verfasser, Dr. Albert Lewkowitz, gibt darin eine gute Übersicht über die wichtigsten rechts- und staatsphilosophischen Theorien der genannten Epoche.

Geschichte / Wilhelm Hausenstein

Krieg und Geschichte Eine Anmerkung über diesen Gegenstand steht, soweit sie sich mit neuer historischer Literatur befassen will, einem Vakuum gegenüber. Während des gegenwärtigen Kampfes sind etliche Veröffentlichungen über das Wesen des Kriegs im Wandel der Geschichte und in der Gegenwart herausgekommen; doch ist es, soweit ich sehe, in der Buch- und Broschürenliteratur, also außerhalb der Zeitschriften und Zeitungen, nur die kleine Publikation von Ludo Moritz Hartmann über den Krieg in der Weltgeschichte /Wien, Hölzel/, die diese Frage nach dem ganzen Umfang ihrer Beziehungen anzudeuten strebt. Nach einem Exkurs, der hier das Problem zunächst formal methodologisch andeuten will, soll von dieser Publikation als einem guten Beispiel von Methode kurz die Rede sein.

Die Historie befaßte sich Jahrhunderte hindurch größtenteils in der Hauptsache mit der Darstellung der Kriege. Doch gewann die *Bataillenhistorie* ihrem Gegenstand gegenüber keinen fachwissenschaftlichen, geschweige denn einen kulturgeschichtswissenschaftlichen Standpunkt; sie war lediglich ein dilettantisches Reden über ein Attribut der Ge-

samtgeschichte, in dem sich das Ereignisartige als Hauptelement der Geschichte im Gegensatz zum einfach Zuständlichen sinnfällig, ja phänomenal zusammenzufassen schien. Aus diesem Zustand entwickelte sich seit dem 18. Jahrhundert eine historische Wissenschaft nach 3 Seiten: nach der Seite der sogenannten politischen Geschichtsschreibung, nach der Seite der kriegsgeschichtlichen Spezialforschung und in der Richtung einer das im fachhistorischen Sinn Politische wie die kriegsgeschichtliche Spezialforschung gleichmäßig verleugnenden sogenannten kulturhistorischen Wissenschaft. Die Kriegsgeschichte blieb noch ein Element der im Fachsinn politischen Geschichtsschreibung; allerdings wurde dabei eine wirklich erschöpfende Darstellung der Beziehungen zwischen Krieg und Politik keineswegs erreicht, wie andererseits die fachwissenschaftliche Kriegshistorie, die sich an ihrem Teil im ganzen natürlich der politischen Beziehungen des Kriegs nicht erwehren konnte, bis zum heutigen Tag recht weit davon entfernt blieb die Synthese von Kriegsgeschichte und politischer Geschichte zu gestalten. Immerhin wurde die Aufgabe auf beiden Seiten geföhlt. Es haben dabei die Kriegshistoriker das Problem wohl tiefer gefaßt als die politischen.

Clausewitz hat dem Problem die am allgemeinsten und wohl auch am stärksten bewegenden Kapitel seines Werks über den Krieg gewidmet, und es verlohnt sich einige Stellen aus diesem Werk zu unterstreichen. Clausewitz geht von der Unterscheidung des »absoluten« und des »wirklichen« Krieges aus. Der absolute Krieg will die Zerschmetterung des Gegners; der Begriff Gegner ist dabei in einem breiten Sinn gefaßt. Aber dieser (wie Clausewitz wohl auch sagt: »philosophische«) Begriff des Kriegs relativiert sich in den geschichtlichen Erscheinungsformen, in denen sich Krieg verwirklicht. Die ideale Einstimmigkeit zwischen absolutem und wirklichem Krieg wurde geschichtlich allerdings zu Zeiten Tatsache: so in den primitiven Epochen und dann in den Kriegen, die im Gefolge der großen französischen Revolution kamen, insbesondere auch in den deutschen Befreiungskriegen. Zwischen diesen Epochen liegen geschichtlich verschiedene relative Verwirklichungen des Kriegs. Clausewitz verweilt speziell bei den Kriegen des Absolutismus. Er schreibt über sie: »Die Heere wurden aus dem Schatz unterhalten, den der

Fürst halb und halb wie seine Privatkasse ansah oder wenigstens wie einen der Regierung und nicht dem Volke angehörenden Gegenstand. Die Verhältnisse mit den anderen Staaten berührten, nur ein paar Handelsgegenstände ausgenommen [sic], meistens nur das Interesse des Schatzes oder der Regierung und nicht des Volkes . . . Das Volk also, welches bei den Tatarenzügen alles im Kriege ist, bei den alten Republiken und im Mittelalter . . . sehr vieles gewesen war, ward bei diesem Zustand des 18. Jahrhunderts unmittelbar nichts.« Clausewitz betrachtet diese Kriege nicht als »Notwendigkeiten«, sondern als Produkte des »Mutzes und Ehrgeizes«. Der Krieg von damals war »seiner Bedeutung nach . . . nur eine etwas verstärkte Diplomatie; und der Krieg »wurde also nicht bloß in seinen Mitteln sondern auch seinem Ziele nach immer mehr auf das Heer selbst beschränkt«. Das in seiner Art vollkommene Exemplar der Zeit war der manövrierende Daun.

Die Dinge änderten sich um 1792. »Seit Bonaparte . . . hat der Krieg, indem er zuerst auf der einen Seite, dann auf der andern wieder Sache des ganzen Volkes wurde, eine ganz andere Natur angenommen, oder vielmehr, er hat sich seiner wahren Natur, seiner absoluten Vollkommenheit sehr genähert.« Unter dem Druck der Restauration zweifelt Clausewitz daran, daß der Typus des Kriegs diesen absoluten Charakter behalten werde. In jedem Fall will er bewiesen haben, daß »jede Zeit ihre eigenen Kriege, ihre eigenen beschränkenden Bedingungen, ihre eigene Befangtheit hatte«. Genauer behauptet er, »daß der Krieg nur ein Teil des politischen Verkehrs sei, also durchaus nichts Selbständiges . . ., nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel«.

Die berühmte Skizze zum 8. Buch (in der Dümmlerschen Ausgabe von 1834 namentlich die Seiten von 87 bis 139) dient im Rahmen des Gesamtwerks dem pragmatischen Zweck den Krieg durchaus unter die Kategorie der Politik zu stellen. »Die Politik ist die Intelligenz, der Krieg aber bloß das Instrument, und nicht umgekehrt . . . Gehört der Krieg der Politik an, so wird er ihren Charakter annehmen. Sobald sie großartiger und mächtiger sein wird, so wird es auch der Krieg, und das kann bis zu der Höhe steigen, wo der Krieg zu seiner absoluten Gestalt gelangt.« Daraus ergibt sich die praktische Forderung: »Man

fängt keinen Krieg an, oder man sollte vernünftigerweise keinen anfangen, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will . . . Durch diesen Hauptgedanken werden alle Richtungen gegeben, der Umfang der Mittel, das Maß der Energie bestimmt, und er äußert seinen Einfluß bis in die kleinsten Glieder hinab . . . Die Theorie fordert, daß bei jedem Krieg zuerst sein Charakter und seine großen Umrisse nach der Wahrscheinlichkeit aufgefaßt werden, die die politischen Größen und Verhältnisse ergeben.« Es wäre »eine unzulässige und selbst schädliche Unterscheidung, wonach ein großes kriegerisches Ereignis oder der Plan zu einem solchen eine rein militärische Beurteilung zulassen soll«.

Neben dieser pragmatischen Bedeutung enthält die mit historischen Beispielen arbeitende Unterscheidung zwischen absolutem und wirklichem Krieg nun auch (und das interessiert uns hier) den Wert einer historischen Methode, die eine Verbindung zwischen Kriegsgeschichte und politischer Geschichte anzeigt. Freilich ist bis heute diese Methode weder von den Kriegshistorikern noch von den politischen Historikern, deren Gilde sich von der Rankeschule herleitete, zu einem Instrument erschöpfender Forschung gemacht worden. Weder hat der von Ranke kommende historisch-philologische Delbrück mit seiner Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte /Berlin, Stilke/ restlos gegeben, was der Titel verheißt, noch hat Bernhards (Vom heutigen Krieg /Berlin, Mittler/) aus dem politisch-formalen Grundgedanken des Clausewitzschen Werks sonderliche Konsequenzen gezogen. Wohl anerkennt Bernhards die Bedeutung der allgemeinen politischen, soziologischen, technologischen »Spekulation« für den Krieg; man lese daraufhin den 3. Abschnitt des 1. Kapitels im 1. Band. Er bekennt an anderer Stelle, im 2. Abschnitt des 4. Kapitels, ausdrücklich: »Die Ursache des Kriegs ist stets politischer Natur und übt auf die Art der Kriegführung vielfach einen bestimmenden Einfluß aus. Unmöglich ist es daher das Wesen des Kriegs in allen seinen Beziehungen und Wirkungen richtig zu beurteilen, wenn man ihn außerhalb seiner politischen Entstehungsgründe, gewissermaßen als ein Ding an sich betrachtet.« Gleichwohl geht das ganze Werk Bernhards praktisch darauf aus die Logik des Kriegs nahezu abstrakt aus dem Krieg selbst zu entwickeln, sie

mit bestimmten militärgeschichtlichen Unterscheidungen absolut darzustellen. Der politisch-historische Gesichtspunkt fällt beinahe aus. Eine Anregung Clausewitzens scheint umsonst gegeben. (Nebenbei: Man empfindet bei einem unmittelbaren Vergleich zwischen Clausewitz und Bernhardi sehr rasch, daß der Spätere dem von der Revolutionsära und der klassischen deutschen Philosophie zugleich berührten Früheren an Kultur entscheidender menschlicher und politischer Gedanken überhaupt empfindlich nächsteht.)

Nun wäre es ohne Zweifel möglich gewesen die von Clausewitz gewiesene Verbindung der Kriegsgeschichte mit der politischen im einzelnen aufzuzeigen und damit Kriegsgeschichte durch politische Geschichte (politische im Sinn Rankes, Häussers, Treitschkes), politische Geschichte durch Kriegsgeschichte zu substantizieren und zu motivieren. Die Vertiefung der Methode kam aber nicht von der politischen Historie, auch nicht von der Kriegshistorie, sondern von jener Analyse des Zuständlichen und besonders des Wirtschaftlichen wie des Gesellschaftlichen, die man mit besonderer Sinngebung Kulturgeschichte nannte. Zunächst ignorierte die Kulturgeschichte (beispielsweise in einem typischen Begründer wie Buckle, dann in den Nachfolgern bis herab zu Lamprecht) fast grundsätzlich die Kriegshistorie. Buckle schloß die »unbedeutenden Geschichten von Schlachten und Belagerungen« geradezu aus der Historie aus, um sich, determiniert durch das Weltbild des blühenden ökonomischen Liberalismus von England, ganz dem Milieuhaften des unkriegerischen Lebens hinzugeben. Mit ihm ging die ganze sozusagen aufgeklärte Historie des ausgehenden Jahrhunderts. Damit war nun allerdings das Problem des Kriegs in der Geschichte nicht erledigt. Aber der rein negative Standpunkt der Kulturhistorie gegenüber dem Krieg gewann allmählich positive Seiten, und dies um so mehr, je mehr sich in der Analyse des Zuständlichen ein entwicklungsgeschichtliches, ein wirtschafts- und ein sozialhistorisches Urteil herausbildete. Damit wurde die politische Geschichte mit der Kriegshistorie auf einen gemeinsamen Nenner gebracht. Nun schien in der Tat eine gründliche historische Abschätzung der Kriege möglich.

Nun schien zumal ein Hilfsmittel wie die historisch überflüssige Konstruktion eines philosophischen Begriffs vom absoluten Krieg durch eine Fülle von Kau-

salitäten verdrängt. Delbrück brachte da und dort wirtschafts- und sozialhistorische Argumentationen, die zum Besten seines Buchs gehören, wiewohl sie nicht allzu resolut und nicht einmal sehr bewußt sind. Hugo Schulz trug in seinem wertvollen Werk über den Krieg in der Geschichte (des Titels Blut und Eisen /Berlin, Vorwärts/) Wesentliches zur praktischen Sättigung des methodologischen Grundgedankens bei.

Und dies ist nun eben auch die Bedeutung des oben erwähnten Hartmannschen Vortrags, daß er die Kriege der Vergangenheit in die Kausalitäten breiter wirtschaftlicher Entwicklungen hineindenkt. Zugleich aber befolgt er die nachahmungswürdige Methode nicht bloß kurz hin zu versichern, daß auch die politischen Entwicklungen auf wirtschaftliche Ursachen zurückgehen, sondern die politischen Epochen so ausgiebig zu charakterisieren, daß sie im Bewußtsein des Hörenden und Lesenden das nötige Volumen erhalten, und daß in der Darstellung eine sehr gute Proportion zwischen Wirtschaft, Politik und Krieg entsteht. Es ist überflüssig diesen Vortrag zu rekapitulieren. Er liest sich rasch, und schließlich ist er natürlich nicht eine zur Diskussion drängende Lösung der Frage sondern ein Ansatz dazu: ein Ansatz allerdings, dem prinzipieller Methodenwert innewohnt. Eine Einzelheit mag hier kurz zeigen, wie hier der tiefe Griff der Methode kriegsgeschichtliche Probleme löst, die von Clausewitz nicht erkannt, geschweige denn erledigt wurden. Selbstverständlich kann ja die Clausewitzsche Auffassung, wonach die Kriege des Absolutismus gewissermaßen nur Elemente des individuellen Luxus von Dynastien gewesen seien, nicht gelten. Der Krieg war damals wie bis heute ein irrational-kollektives Element, das nur scheinbar in der Hand des einzelnen Fürsten oder in der methodisch schiebenden Geste des rationalistischen Strategen konzentriert wurde. Hartmann erweist als den objektiven Sinn der absolutistischen Kabinettskriege die Bildung stark merkantiler Herrschaftsbezirke von autarkischer Tendenz. Der objektive Sinn war also umfassender als die Form der subjektiven Strebung im absoluten Fürstentum. Hochinteressant ist es, wie Hartmann versucht die englische Beteiligung am heutigen Krieg noch als ein Element des Kriegsstils und vor allem des Kriegsgeists aus der Epoche Cromwells und Wilhelms III. nachzuweisen, also als ein rückständiges Element aus der Zeit der

zugleich merkantilen und autarkistisch gerichteten Staats- und Weltpolitik. Freilich läßt sich die Richtigkeit dieses Gedankens in Frage stellen. Er enthält Wichtiges, verkennt aber, daß sich gerade diese zugleich merkantilen und autarkistischen Tendenzen als dialektischer Rückschlag gegen die anarchische Weltpolitik des Liberalismus in neuer Form wiederholen: in neuer Form; denn allerdings könnte heute das klassische Prinzip der Staatsbildung im 19. Jahrhundert, das nationale, nicht mehr zu Gunsten einer spezifisch barocken Agglomeration der verschiedensten Nationalitäten in Weltstaaten ignoriert werden, wie es im Zeitalter der merkantilistischen Weltreiche möglich war. Ist es nun richtig, daß die objektive Tendenz eines Krieges bedeutender sein kann und wohl immer ist als die bei Führern, bei der Exekutive subjektiv bewußtgewordenen Motive und Absichten, so wird man freilich bei einer künftigen Geschichtsschreibung der Kriege einen grundsätzlichen Gesichtspunkt nicht vergessen dürfen: den nämlich, daß der Krieg überhaupt noch nie, soweit sein entscheidendes Wesen in Betracht kommt, wirklich bewußt gemacht worden ist, sondern daß er vielmehr jederzeit gerade recht eigentlich das Gebiet des unregulierten Lebens darstellte. Ohne Zweifel werden Kriege inszeniert. Aber die Inszenierung ist nicht die Ursache sondern das Werkzeug der Ursache. Bismarck war sich weder 1866 noch 1870 der objektiven Tragweite des Krieges bewußt, den er mit allem Bewußtsein führte. Die Kriege von 1866 und 1870 waren bürgerliche Kriege in der Hand einer stark feudalen Exekutive. Nur die vorschreitende Organisierung des Lebens kann das unorganisierte Gebiet der Kriegeursachen einschränken; sie wird immer mehr Elemente des Lebens in die Sphäre der regulierenden Politik werfen und so den Krieg zwar auf absehbare Zeit nicht abschaffen, wohl aber Kriegsausschlußgebiete herstellen. In einer künftigen Darstellung der Kriegsgeschichte würde freilich auch von der besonderen Logik des Heerwesens die Rede sein müssen, die zur Immanenz werden und sich zu einem Element des Kriegs verdichten kann. Es wird sich lohnen daraufhin viel Militärliteratur zu lesen. Gleichwohl würde diese immanente Logik des Militarismus dem historischen Betrachter nie als zureichende Erklärung des Krieges erscheinen können. Sie wäre ein Symptom, nie eine Ursache.

X

X

Kriegsschriften Aus der gegenwärtigen Literatur über den Krieg im Wandel der Geschichte sei

als typisches Beispiel einer ohne höhere methodische Gesichtspunkte arbeitenden, aber durch Tatsachengehalt immerhin wertvollen Darstellung die Broschüre des Czernowitzer Historikers H. R. von Frisch genannt, die mit viel Material nachzuweisen unternimmt, wie der Krieg seit dem frühen Altertum durch völkerrechtliche Abreden sich humanisiert habe: eine Tatsache, die allerdings sub specie aeternitatis nicht zu leugnen ist (Der Krieg im Wandel der Jahrtausende /München. Duncker & Humblot/). Sehr brauchbar ist die Wiedergabe der Genfer und Haager Konventionen.

Aus der Flut der Broschüren, die der Weltkrieg jetzt brachte, hebe ich diesmal eine kleine, vom Hans Sachs-Verlag in München herausgegebene Publikation eines Münchener Soziologen und Historikers, des Freiherrn Friedrich von Stromer, heraus, weil sie den Versuch macht den gegenwärtigen Krieg in ein geschichtsphilosophisches (oder geschichtsmathematisches) Periodensystem größten Stils einzureihen. Der unglückliche, halb pastorale halb okkultistische Titel (Deutsche, verzaget nicht! Eine geschichtsphilosophische Prophezeiung zum Weltkrieg) scheint sich an vulgäre Instinkte zu wenden, soll aber den entscheidenden Gedanken des Inhalts nicht verdecken. Da dies Heft nur der Vorläufer einer monumentalen Publikation ist, die auf der Basis von etwa 60 000 Daten ein rhythmisches Periodensystem mit bedingten kalkulatorischen Perspektiven für die kommende Geschichte aufstellt, und da dies Periodensystem in der kleinen Schrift wegen des begrenzten Datenmaterials und einer nicht immer bestechenden pragmatischen Anwendung nicht gerade schlagend analysiert wird, mag hier der kurze Hinweis auf die Wichtigkeit des methodischen Grundgedankens genügen.

Eine von Werner Klette bearbeitete Anthologie des Titels Unsere Feinde: wie sie einander lieben /München, Delphinverlag/ vereinigt allerlei epigrammatische Worte, allerlei Karikaturen. Es handelt sich um älteres künstlerisches Gut, das zu feineren Empfindungen spricht, so daß man es verantworten darf auf die Erscheinung hinzuweisen.

X

X

Kurze Chronik Auf dem Schlachtfeld fielen der Breslauer Ordinaris für neuere Geschichte, Professor Dr. Georg Friedrich Preuß,

ein auf dem Gebiet des 17. und 18. Jahrhunderts verdienter Spezialhistoriker, und der Kieler Ordinarius für alte Geschichte, Professor Dr. Max Strack. × Der Ordinarius für neuere Geschichte an der Universität Straßburg, Professor Dr. Wilhelm Weigand, starb am 10. März.

Rechtswissenschaft / Hugo Heinemann

Krieg und Rechtswissenschaft Nur subalterne Beschränktheit vermag die großen Umwandlungen zu leugnen,

die auf jedem Gebiet menschlichen Wissens und menschlicher Tätigkeit durch das gewaltige Ereignis hervorgehoben sind, das Europa in seinen tiefsten Tiefen erzittern macht. Was insbesondere die Rechtswissenschaft angeht, so springt die Umwertung der herrschenden Ansichten und Anschauungen in die Augen. Waren wir gewohnt nach dem alten Grundsatz »Inter arma silent leges« den Krieg lediglich als ein rechtszerstörendes Element anzusehen, das die durch die Staatsgewalt gesicherten Lebensbedingungen der Gesellschaft zur Auflösung bringe, so sehen wir heute, daß das Gegenteil richtig ist. Der Krieg hat auf dem Gebiet des Rechts gesellschaftsfördernd gewirkt. Die Gesetze schweigen nicht, sie sind vielmehr nicht bloß der Zahl nach gewachsen sondern auch in ihrem Inhalt vertieft und sozialer geworden. Der Staatsgedanke, das Staatsgefühl durchziehen das ganze Recht. Die Befriedigung von Sonderinteressen durch das Recht tritt in den Hintergrund.

Werfen wir nun einmal, um den Fortschritt in den Rechtsanschauungen zu erkennen, einen ganz kurzen Blick auf die Rechtsentwicklung der letzten 40 Jahre. Unmittelbar nach Gründung des Deutschen Reichs schickte sich das Bürgertum an alle rechtlichen Institutionen seinen Zwecken und den manchesterlichen Anschauungen gemäß umzuwandeln. Die zünftlerischen Schranken fielen. Handels- und Gewerbefreiheit wurden eingeführt, Vertrags- und Konkurrenzklausele restlos durchgeführt. Der Staat hatte keine andere Aufgabe als darüber zu wachen, daß die formale Rechtsfreiheit und Rechtsgleichheit nicht angetastet würden. In den materiellen Inhalt der Verträge durfte er sich nicht einmischen. Der Starke, sei es der geistig sei es der wirtschaftlich Kräftige, sollte herrschen. Indem der Staat ihm in seinem Betätigungsdrang möglichst wenig Hindernisse durch Vermeidung der Aufstellung zwingender Rechts-

normen in den Weg legte, glaubte er der Allgemeinheit am besten zu dienen. Ein solcher Rechtszustand konnte jedoch auf die Dauer nicht befriedigen. Das Staatsbewußtsein empörte sich dagegen. Man erkannte bald, daß die Freiheit weniger mit der Unfreiheit der übrigen erkaufte würde, und daß es zum Krieg aller gegen alle kommen müsse, wenn das Verantwortlichkeitsbewußtsein des einzelnen gegenüber dem Staatsganzen und auch gegenüber den durch die selben sozialen, religiösen, wirtschaftlichen, staatlichen Interessen mit einander Verbundenen zurücktrete. Es wurde gefordert, daß der Staat sich nicht auf Gewährung formalen Rechtsschutzes des einzelnen beschränke, daß die Gesetzgebung vielmehr regulierend und zügelnd in den Verkehr eingreife, daß sie durch Aufstellung unabdingbarer, zwingender Rechtsvorschriften der Vertragsfreiheit bis zu einem gewissen Grad Schranken ziehe. Der Staatssozialismus hielt seinen Einzug in das Recht.

In der Zeit kurz vor dem Krieg machte die Kurve eine neue Schwankung. Der Zeiger der Uhr wies zur Abwechslung einmal wieder auf Individualismus. Der alte Gegensatz zwischen Freiheit und Bindung trat von neuem mit großer Schärfe in die Erscheinung. Das Individuum revoltierte gegen die vielen, ihm vom Staat gesetzten Grenzen, es verlangte nach Bewegungs- und Ellbogenfreiheit und behauptete, daß die staatlichen Zwangsnormen ihm die Entwicklungsmöglichkeit insbesondere in wirtschaftlicher Beziehung versperren. Mitten in diese individualistische Entwicklung platzte nun der Krieg hinein, dessen Wesen es bedingt, daß die Selbstsucht, der bisher als Quelle jeden sozialen Fortschritts gepriesene Egoismus als Verbrechen angesehen werden, daß nur mehr mit dem Gemeinsinn, der Solidarität, der Disziplin, der Sozialmoral gerechnet werden kann. Diesen Anschauungen hatten sich die Gesetzgebung, die Rechtsprechung und die Rechtswissenschaft anzupassen. Und es ist erstaunlich, mit welcher Elastizität und geistigen Frische dies geschehen ist. Am deutlichsten zeigt sich dies in der Strafrechtswissenschaft. Diese stand in der Zeit kurz vor dem Krieg ganz unter dem Bann des Strafgesetzentwurfs, in der Gestalt, die ihm die von dem Reichsjustizamt eingesetzte Strafrechtskommission gegeben hatte. Man hätte glauben sollen, daß die Wissenschaft mit Entschiedenheit gegen den Entwurf Front machen müsse, der nicht

nur in technisch-juristischer Beziehung zu schweren Ausständen Anlaß bietet sondern auch in politischer und sozialer Hinsicht überaus bedenklich ist. Da, wo man zum Schutz der bürgerlichen Freiheit scharfe, den Richter bindende Begriffsbestimmungen erwartet, tritt aus dem Gefühl der Unfähigkeit zur gesetzlichen Regelung schrankenloses, den Richter mitten hinein in das Getriebe wirtschaftlicher oder politischer Parteien zerrendes freies Ermessen. Zum Ausgleich für das im allgemeinen Teil dargereichte Zuckerbrot gibt es im besonderen Teil die Peitsche gegen politische Delinquenten. Unter Überspannung des Individualitätsstandpunkts durchzieht den Entwurf wie ein roter Faden der Gedanke, daß die Entschluß- und Handlungsfreiheit des einzelnen gegen den in Organisationen konzentrierten Willen der Berufsgenossen und Wirtschaftsverwandten geschützt werden müsse, daß der kraftvollen Betätigungsmöglichkeit des einzelnen überall hemmende Schranken durch Kollektivgesamtheiten und Gemeinschaften gezogen würden, die als Feinde der vollen Entfaltung selbständiger Persönlichkeiten Schädlinge im gesellschaftlichen Körper und daher zu bekämpfen seien. Vom Regierungstisch aus wurde dieser Gesichtspunkt im Reichstag dahin formuliert: Was die Revision der Strafgesetze anlangt, so ist die Kommission, die mit der Revision des Strafgesetzbuchs befaßt ist, der Ansicht, es müsse in dem revidierten Strafgesetzbuch die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des Individuums schärfer geschützt werden als bisher. Es sind von der Kommission entsprechende Paragraphen in dem jetzigen Entwurf eines neuen Strafgesetzbuchs aufgenommen worden. Daß dies geschieht, ist eine Selbstverständlichkeit. Als unser Strafgesetzbuch erlassen wurde, befand sich das Koalitionswesen im Vergleich zu heute noch sehr in den Anfängen, und als der Gesetzgeber die Paragraphen zum Schutz der persönlichen Freiheit verfaßte, hatte er im wesentlichen Angriffe auf die persönliche Freiheit des Individuums durch ein drittes Individuum im Auge, nicht aber Angriffe, die auf die Macht der Koalitionen gestützt werden. Wenn nun die tatsächliche Entwicklung uns zeigt hat, daß die Freiheit des Individuums jetzt in anderen Formen als früher und auch von anderen Subjekten aus, von den Koalitionen, eingeschränkt wird, so muß die Gesetzgebung diesem Gang der tatsächlichen Entwicklung folgen.

Die Wissenschaft hat bis zum Krieg das sozialpolitisch Bedenkliche dieser Anschauungen nicht erkannt und daher fast durchweg dem Strafgesetzentwurf Beifall gespendet. Es verdient daher Anerkennung, daß der Krieg hier einen vollen Umschwung bewirkt hat. Die Wissenschaft hat sich nicht durch die törichte Ansicht beeinflussen lassen, daß das Eingeständnis, man habe zu- und daher umgelernt, Schwäche, Mangel an Gesinnungstüchtigkeit und Prinzipienfestigkeit verrate. Es hat sich seit Kriegsausbruch nicht eine Stimme in der Strafrechtswissenschaft dafür erhoben, daß der Strafgesetzentwurf in der ihm von der Kommission gegebenen Gestalt Gesetz werde. Man ist in diesen Kreisen schon heute über den Entwurf als mittelmäßige Bürokratenarbeit zur Tagesordnung übergegangen und zweifelt nicht daran, daß, wenn man nach dem Krieg an die Neubearbeitung unseres alten und vielfach veralteten Strafrechts herantreten wird, diese ganz anders aussehen wird als der Entwurf, und daß dessen volks- und arbeiterfeindliche Tendenzen ausgeschaltet werden müssen. Insbesondere ist man sich in allen wissenschaftlichen Publikationen darüber einig, daß es ein vergebliches und sozialpolitisch verfehltes Unternehmen wäre, wollte man dem Organisationsgedanken, diesem gewaltigen Kulturfaktor, mit Strafgesetzen und Polizei zu Leibe gehen, nachdem der Krieg der Welt offenbart hat, was eiserne Disziplin, festgegliederte, restlose Hingabe an die Allgemeinheit, höchstentwickelte Sozialmoral und unbeugsame Solidarität auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens in Deutschland zu Wege gebracht haben. Diese Eigenschaften, die die beste Gewähr gegen das von England uns zugedachte Los bieten, haben aber Millionen deutscher Arbeiter in ihren Organisationen erworben, in denen ihnen täglich demonstriert wird, daß der Zusammenschluß die der Arbeiterschaft eigentümliche Waffe ist, mit der allein sie den Kampf ums Dasein erfolgreich führen kann. Daß die Gewerkschaften mit zielsicherer Entschlossenheit die für uns selbstverständliche Konsequenz gezogen und ihre Dienste rückhaltlos in den Dienst der Nation gestellt haben, das hat der Strafrechtswissenschaft ganz neue Lichter aufgesteckt. Alles, was von anderer Seite früher darüber geredet und geschrieben wurde, begegnete mangelhaftem Verständnis. Man konnte sich gegenseitig nicht überzeugen, da Klassen-

anschauungen und Klassenvorurteile den Blick trübten. Erst die Wucht der Tatsachen hat einen Burgfrieden geschaffen, der, soweit die Wissenschaft in Betracht kommt, ein dauernder zu werden verspricht und mit den unter dem Namen eines Arbeitswilligenschutzes sich verborgenden Knechtungstendenzen aufzuräumen wird.

Ganz anders als auf dem Gebiet des Strafrechts liegt die Sache auf dem des Zivilrechts und des Zivilprozesses. Die hier von der Kriegsgesetzgebung geschaffenen Neuordnungen tragen durchweg einen lediglich provisorischen Charakter. Die deutsche Gesetzgebung hat, um ein die Volkswirtschaft auf das schwerste schädigendes Moratorium zu vermeiden, eine Anzahl Maßnahmen ergriffen, die die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Not des Schuldners mildern und mit dem Krieg verschwinden sollen. Der Zweck der ergriffenen Maßregeln hat sich glänzend erfüllt. Von der Einführung eines Moratoriums ist keine Rede mehr, mag der Krieg auch noch so lange dauern. Die Kriegsgesetzgebung wahrt durchaus jedes schutzbedürftige Interesse des Gläubigers und sichert andererseits den Schuldner gegen jede ungerechtfertigte Härte des Gläubigers. Was der Gesetzgeber im Zivilrecht zu diesem Zweck tun konnte, ist geschehen.

Die Wissenschaft hat sich mit der Frage beschäftigt, ob nicht Gedanken aus der Kriegsgesetzgebung in die Friedenszeit hinüber gerettet werden können. Dies natürlich nicht in dem Sinn, daß die gesetzlichen Kriegsmaßnahmen einfach auf das Zivilrecht des Friedens übertragen werden. Eine solche Forderung wäre absurd und würde der Ausnahmezeit, in der wir leben, keine Rechnung tragen. Wohl aber hat die Kriegsgesetzgebung bewiesen, daß der Gesetzgeber auch auf dem Boden unserer heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, und ohne diese zu erschüttern, mit manchen bisher für unumgänglich notwendig gehaltenen, unser geltendes Recht beherrschenden individualistischen Anschauungen zu brechen, gesellschaftsfeindliche Maßnahmen auszuschalten und der Befriedigung unsozialer Sonderinteressen die Erfüllung zu verweigern vermag. Daß diese Anschauung auch in der Rechtswissenschaft sich durchzurichten scheint, dafür sei auf einen Aufsatz in der Juristischen Wochenschrift hingewiesen. Der Verfasser, ein Richter, führt aus: Es sind nicht die schlechtesten Früchte, die die harte Not der

Kriegszeit zur Reife gebracht hat. Als eine von ihnen ist von manch berufener Stelle das Erwachen eines höhern sozialen Geistes gerühmt worden, der auf eine Zurückdrängung des egoistischen Interesses und die tunlichste Ausgleichung der sozialen Gegensätze gerichtet ist. Unser Privatrechtsleben beherrscht der Gegensatz zwischen Gläubiger und Schuldner. Er wird und kann innerhalb der geltenden Gesellschaftsordnung niemals verwischt werden, aber seine Härten lassen sich mildern. Das ist sicher ein auch für die Friedenszeit zu erstrebendes Ziel. Schon bisher setzte die Rechtsordnung der unbeschränkten Geltendmachung der Privatrechte manche Schranke, die Rechtsprechung stellte unter gewissen Voraussetzungen die rücksichtslose Ausnutzung der wirtschaftlichen Überlegenheit unter den Gesichtspunkt eines Verstoßes gegen die guten Sitten. Der Verfasser zeigt, daß hierher auch der Fall des rücksichtslosen Gebrauchs sofortiger Exekutivmittel gehöre, wie dies die Kriegsgesetzgebung richtig erkannt habe. Der Satz »Frist zu bewilligen ist Sache des Gläubigers« paßt in seiner Allgemeinheit nicht in unsere vom sozialistischen Geist durchwehte Zeit. Es darf erwartet werden, daß die Stundungsbefugnis, verständlich und vorsichtig angewendet, nicht nur für den Schuldner eine Wohlfahrtsmaßnahme bedeuten sondern auch dem Interesse des Gläubigers dienlich sein wird, und damit schließlich der Allgemeinheit, der an der Erhaltung der Einzelexistenzen und an einer wirtschaftsfriedlichen Entwicklung gelegen ist.

Darlegungen dieser Art begegnen wir heute vielfach in der Rechtswissenschaft. Es läßt sich daher hoffen, daß diese dafür eintreten wird, möglichst viel vom *Kriegssozialismus* in die Tage der Zukunft hinüberzuretten.

× Adickes † ×
Der frühere Oberbürgermeister von Frankfurt am Main Dr. Franz Adickes ist gestorben. Auch auf dem Gebiet des Rechts, insbesondere des Strafrechts, Strafprozesses und Strafvollzugs, ist dieser vielseitige Mann tätig gewesen. Er war immer auf der Seite derer zu finden, die für die Durchführung der Forderungen der Gegenwart im Rechtsleben eingetreten sind. Seiner Anregung und seiner Tatkraft war es zu danken, daß, als vor einer Reihe von Jahren die Strafprozeßreform auf der Tagesordnung stand, die Internationale kriminalistische

Vereinigung materiell in stand gesetzt wurde eine Anzahl Gelehrter nach England zu senden, um dort Studien zu machen, die in einer Reihe sehr wertvoller Schriften niedergelegt sind. Als dann später der amtliche Entwurf der Strafprozeßordnung publiziert wurde, äußerte sich Adickes auf der Berliner Landesversammlung der Vereinigung im Jahr 1909 dazu in einer Weise, die eine Fülle unverlierbarer Anregungen bot und sicher, wenn später einmal die Reform wieder ernstlich in Anregung genommen wird, die größte Beachtung finden wird. Unterläßt man, so erklärte er, die Beseitigung der inquisitorischen Momente im Strafprozeß, so ist der eigentliche Zweck der Reform, die Stärkung des Vertrauens zur Rechtspflege, nicht erreicht. Adickes schloß seinen Vortrag mit den Worten: »Wir können gar nicht darum herum aus dem Beamtenstaat, in dem wir tatsächlich noch in großem Umfang leben, heraus- und in den, wir wollen ihn einmal bürgerlichen Staat nennen, hineinzukommen, wo die beamtenmäßige Behandlung der Angelegenheit nicht mehr die Präponderanz hat wie bisher. Diese Aufgabe ist da, und die Justizreform ist ein großer Teil davon, und das zu zeigen, daß sie ein großer Teil dieser Aufgabe ist, habe ich noch einmal versucht.«

× **Ausländerrecht** ×
 In einem Patentprozeß zwischen einem Deutschen und einem Franzosen, der Inhaber eines deutschen Patents ist, hat das Reichsgericht Grundsätze aufgestellt, deren Bedeutung weit über den Einzelfall hinausgeht. Das höchste Gericht sagt wörtlich: »Die Frage, ob dem Beklagten als Angehörigen eines mit uns im Kriege befindlichen Staates gemäß Artikel 4 des Unionsvertrags zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883 (Pariser Konvention) die Priorität nach Maßgabe der Anmeldung seines französischen Patents zuzuerkennen sei, ist zu bejahen. Wenn es auch richtig sein mag, daß die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Abkommens denjenigen Staaten gegenüber, mit denen wir uns im Kriege befinden, durch den Ausbruch des Krieges ohne weiteres aufhört, so tritt hierdurch noch nicht der Inhalt der Konvention, soweit er zum Bestandteil unseres bürgerlichen Rechts geworden ist, bezüglich der Angehörigen der uns feindlichen Staaten außer Kraft. Die internationale Verbindlichkeit und die innerstaatliche Wirksamkeit sind nicht unbedingt von

einander abhängig. Beide stehen und fallen mit einander nur bei solchen Verträgen, deren Ausführung mit dem Zwecken der Kriegsführung unvereinbar wäre. Davon kann aber, wenigstens vom Standpunkte des Deutschen Rechts aus, bei einem sich lediglich auf Privatrecht beziehenden Abkommen wie dem Unionsvertrage keine Rede sein. Dem deutschen Völkerrecht liegt die Anschauungsweise gewisser ausländischer Rechte fern, daß der Krieg unter möglichster wirtschaftlicher Schädigung der Angehörigen feindlicher Staaten zu führen ist, und daß dieselben daher in weitem Umfange der Wohltaten des gemeinen bürgerlichen Rechts zu berauben sind; vielmehr gilt der Grundsatz, daß der Krieg nur gegen den feindlichen Staat als solchen und gegen dessen bewaffnete Macht geführt wird, und daß die Angehörigen der feindlichen Staaten in bezug auf das bürgerliche Recht in dem selben Maße den Inländern gleichgestellt sind, wie dies vor dem Kriege der Fall war, das heißt, soweit nicht gesetzliche Ausnahmen bestehen, in allen Beziehungen. Selbstverständlich schließt dieser Grundsatz nicht aus, daß, insbesondere nach dem Rechte der Vergeltung, durch ein besonderes Gesetz eine andere Behandlung feindlicher Ausländer vorgeschrieben wird, wie dies ja auch im gegenwärtigen Kriege mehrfach geschehen ist. Ein solches Gesetz ist aber für den gewerblichen Rechtsschutz bisher nicht ergangen. So lange dies nicht geschehen ist, hat der deutsche Richter die Bestimmungen der Pariser Konvention nach wie vor anzuwenden.«

Das höchste Gericht beweist mit diesen Sätzen einen so hohen Grad von großzügiger Vorurteilslosigkeit und Unbeeinflussbarkeit durch an sich noch so berechtigte politische Empfindungen, daß dieser Geist wohl jeder Rechtsprechung zum Muster dienen könnte.

× **Kurze Chronik** ×
 Das Gesetz vom 4. August 1914 über den Schutz der infolge des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen ist in einer Reihe von Fällen aus Böswilligkeit dazu mißbraucht worden, um die Erfüllung von Zahlungspflichten, insbesondere der Mietschulden, ohne Grund zu verweigern. Es ist auch vorgekommen, daß Ehefrauen namens ihres Mannes gegen dessen Schuldner gerichtlich vorgegangen sind, sich ihrerseits aber der Zahlung von Schulden entzogen haben. Diesen

Mißbräuchen sucht eine Verordnung des Bundesrats vom 14. Januar 1915 abzuwehren. × Am 4. Februar dieses Jahres sind von unserm Admiralstab die englischen Küsten als Kriegsgelände erklärt worden. Über die rechtliche Natur dieser Maßnahme brach unter den Juristen ein Streit aus. Die Auffassung des Kieler Professors Liepmann, daß es sich um eine wirkliche Blockade handle, ist zurückzuweisen. Man hat es vielmehr nur mit einer zeitweiligen militärischen Okkupation eines sehr ausgedehnten Küstengebiets zu tun.

× **Literatur** Infolge des Krieges erscheinen naturgemäß jetzt juristische Bücher nur ziemlich spärlich. Daher gibt es heute in diesem Literaturabschnitt auch nicht viel zu berichten. In der gemeinverständlichen Teubnersammlung *Aus Natur und Geisteswelt* erschien ein Bändchen *Moderne Kriminalistik* von Dr. Albert Hellwig. Unter Kriminalistik versteht man den Inbegriff von Kenntnissen über Methoden zur Aufspürung und Überführung von Verbrechern. Der Verfasser will den Versuch machen einen einführenden Überblick über die wesentlichsten Fragen des gewaltigen Stoffes zu geben. Das Buch umfaßt folgende Kapitel: Wie ermittelt man den der Tat Verdächtigen? Wie stellt man die Persönlichkeit des ergriffenen Verdächtigen fest? Wie überführt man den der Tat Verdächtigen? Ich vermag weder dem behandelten Gegenstand noch der Art der Behandlung durch Hellwig Geschmack abzugewinnen. Die Kriminalistik mag gewiß hie und da den Polizeibeamten und vielleicht auch manchmal den Untersuchungsrichter nützliche Handgriffe lehren. Nur ist sie keine Wissenschaft. Zum Schluß wendet sich übrigens der Verfasser mit den denkbar flachsten, keiner Widerlegung bedürftigen Gründen gegen das Laienrichtertum.

KUNST

Dichtkunst / Julius Bab

Lyrik Naturgemäß sind in Deutschland alle Publikationen, die nicht in einer direkten Verknüpfung mit dem Kriegsereignis stehen, sehr, sehr eingeschränkt. Aber ganz hat während der Kriegszeit nicht einmal das Erscheinen rein lyrischer Bücher, die doch am allerwenigsten stoffliche Beziehung zur Zeit bieten, aufgehört.

Eine rein lyrische, außerkriegerische Produktion bietet der Verlag Axel Juncker in Berlin mit *Manfred Bergers* neuen Gedichten *Zwischen den Dämmerungen*. Es sind sympathische, wohlgepflegte, sprachlich und seelisch anständige, aber letzten Endes recht uninteressante Verse. Die Bilder dieses Dichters gewinnen doch fast nie überzeugendes Eigenleben, werden nicht wirksame Symbole, sie bleiben im Rednerisch-Allegorischen stecken. Und die rhythmische Kraft einer eigenen Persönlichkeit erweist sich fast nirgends. Von den gefälligen Darbietungen einer guten Konvention hat mich das Sonett *Matkowskys* sterbender Götze am lebhaftesten berührt.

Im Gegensatz zu dem mehr feierlichen *Berger* will *F. H. Christians* (*Zwischen Frost und Frühling* / Berlin, *Fleischel*) ein leichtes, fröhliches Temperament zeigen, aber er ist noch weniger als *Berger* ein originelles Talent, und seine spielerischen Nachklänge der Romantik sind oft weniger angenehm als *Bergers* sentimentaler Klassizismus. Man hört nicht gern so gewaltige und schon so groß gesagte Dinge in gar so unbeschwerten, ausdruckslosen Versen nachklingen:

Und das macht reich den oft gelähmten Sinn,
Daß ich so gut wie jene Wolke dort,
Die Form nur wechselnd immerfort,
Unsterblich, ewig dauernd bin.*

Oder:

*Viel mehr sagt mir die stille Pflanze,
Die Tau trinkt in der Morgenwende,
Als eure abgrundtiefen Bände.
Im Kleinsten ahne ich das Ganze.*

So leicht ist das Dichten von den letzten Dingen denn doch nicht. Immerhin ist zuzugeben, daß dem *Christians*, wo er anspruchsloser auftritt, zuweilen ein hübsches Bild gelingt, wie der Schluß eines Herbstgedichts:

*Und eine Vase, die im Cartenhouse stand,
Warf der Wind vom Fensterrand.
Nun sind es Scherben.*

Wesentlich in der rhetorischen Schildererei steckt auch die Poesie der *Ilse Reicke* noch, die bei *Fleischel* ein Buch *Verse Das schmerzliche Wunder* erscheinen ließ. Es ist ein richtiges Jungmädchenbuch, das nur von der Liebe spricht, mit hohem Ton und tragischer Gebärde. Liebenswürdig in der Empfindung, aber im Ausdruck noch ganz ohne jene Fähigkeit persönlichen Erlebens, Anschauens und Sprechens, die erst den Künstler macht. Eine ganz andere Sache ist es mit *Ina Seidel*, deren Gedichte im gleichen

Verlag erschienen. Hier ist bereits ein besonderer Mensch und ein eigenartiges Talent deutlich zu erkennen und freudig zu begrüßen. Ina Seidel, aus deren eigentlich lyrischen Gedichten nur selten ein eigener, herbschöner Klang schlägt, ist sicherlich bedeutend als neuer Sproß jener merkwürdigen Familie norddeutscher Balladenkünstler, deren letztes, starkes Glied bisher Agnes Miegel gewesen ist. Noch möchte ich kein Gedicht der Seidel mit den stärksten, ganz elementaren Stücken der Miegel vergleichen, aber der Besuch bei Schnatermann, diese märchenhafte Verdichtung eines nebeltriefenden, unheimlichen Laubwalds, kommt doch aus der besten Schule der Droste; und auch das wilde Mädel, * das durch Afrika jagen oder wenigstens einmal 7 Jungen kriegen will, der musikalisch starke Kampf mit dem Fieberteufel, das lustig erotische Rostocker Hafenedelied: all das sind zweifellose Beweise einer starken und schönen Begabung im lyrisch-epischen Zwischenland.

Auch eine neue Anthologie ist noch nach Kriegsbeginn bei Langen in München erschienen. Hermann Hesse hat hier die Lieder der Deutschen von Gerhardt bis Hebel herausgegeben. Daß er die in dem Sinn wie die großen Vorgänger doch noch nicht zu scheidende moderne Produktion ausschließt, ist ebenso recht, wie daß er jedes andere als das einfache chronologische Prinzip der Anordnung ablehnt. Es ist eine gute und brauchbare Auslese der schönsten deutschen Lyrik geworden, wenn auch keineswegs etwas durchaus Neues. Über die Einzelheiten der Auswahl, bei der ein persönlicher Geschmack ja immer wieder nur durch den Geschmack einer andern Persönlichkeit kritisiert werden könnte, zu streiten hat keinen Sinn, sobald man zugibt, daß die ganze Sammlung ein Niveau hat und das schlechthin Unwürdige nie berührt. Immerhin wird es erlaubt sein auszusprechen, daß Hesses persönliche Vorliebe ihn für die Romantiker und für die Schwaben etwas weitherzig macht; von Schlegel und Tieck, Kerner und Waiblinger wäre viel weniger auch genug gewesen, und den gewonnenen Platz hätte man zum Beispiel für Goethe verwenden können, der im Verhältnis zu seiner Bedeutung innerhalb der deutschen Lyrik noch lange, lange nicht genug Raum, wenn auch natürlich den breitesten in der Sammlung erhalten hat. Eine gewisse Weichheit des Hesseschen Sinnes spielt hier wohl

mit, denn die gewaltigen, freilich dämonisch harten Wunder des alten Goethe sind beinahe gar nicht vertreten. Ebenso wie von Heine viel zu wenig Lazarus zu finden ist, und wie die dämonisch dunkelsten Strophen von Günther und Brentanos unheimlicher Frühlingschrei fehlen. Aber irgend etwas wird eben bei jeder von einer begrenzten Persönlichkeit gemachten Sammlung fehlen müssen, und so bleibt die Hessesche trotzdem ein gutes und empfehlenswertes Buch.

× **Erzählungen** ×
Einen dänischen Roman von Harold Tandrup legt der Verlag Axel Juncker vor. Dieses Krähwinkel erweckt Sehnsucht nach Gustav Wied, denn der hätte die Geschichte des viel verschlungenen Kleinstadtklatsches, die sich breit und behaglich in diesem Buch fortwälzt, mit einem ganz andern Tempo, mit einer weit schärfern, lustig-giftigen Zuspitzung gegeben. Tandrups ironisches Idyll bleibt ein gut Stück Arbeit der dänischen Schule; der Dichter ist ein ehrlicher Andersenepigone, aber keine neue, belangvolle Kraft. Von ganz anderm Gewicht ist der Franzose Claude Farrère, ein Marineoffizier, dessen Roman Die Schlacht der Verlag Georg Müller deutsch herausbrachte. So stark und anschaulich die Schilderung der Seeschlacht von Tsuschima ist, die das Buch kurz vor seinem Ende bringt: sie bildet so wenig seinen Kern wie die verschiedenen Liebesaffären, die nur das Gerüst sind, um den eigentlichen Inhalt daran aufzuhängen. Die wirkliche Schlacht, um die es sich handelt, ist der Kampf der alten und neuen Kultur im fernen Osten, die Schicksalsschlacht der asiatischen Welt, die die europäische als Werkzeug an sich reißt, ohne innerlich im mindesten der Feindschaft gegen diese fremde Welt untreu zu werden. Diese Kontraste sind offenbar von einem wirklichen Sachkennner mit großer Anschaulichkeit herausgearbeitet und machen den Roman außerordentlich fesselnd. Die Kunst wird in diesem Roman freilich mehr zum dienenden Glied, denn die darstellende Absicht sprengt vielfach den psychologischen und künstlerischen Rahmen. Rein artistisch möchte ich deshalb das früher vom gleichen Verlag herausgegebene Novellenbuch Opium höher stellen. Auch hier spielt zunächst ein stoffliches Interesse eine große Rolle: Die Welt der Opiumraucher mit all ihren Stadien, ihren merkwür-

digen Variationen vom Sinnlichen ins Metaphysische hinüber, durch einen so gründlichen Kenner wie es der Autor offenbar ist, sehen zu lernen, hat sachlichen Reiz. Aber die Vermittlung geschieht hier durch eine Skala von Prosageschichten, die zum Teil von großer künstlerischer Feinheit sind, und in denen die Musik der Satzgefüge den Zauber der erstrebten Stimmung sinnlich vermittelt. Dieser Farrère ist sicher nicht nur um seiner ungewöhnlichen Stoffgebiete willen ein beachtenswerter Autor.

Von den wenigen nicht kriegsgemäßen epischen Erscheinungen der deutschen Literatur aus den letzten Monaten ist das Bändchen **Thomas Mann**scher Prosastücke bemerkenswert, das in der Fischerschen Bibliothek unter dem Titel **Das Wunderkind** erschienen ist. Es sind nicht eigentlich Novellen, mehr Studien, ältere Skizzen zu novellistischen Arbeiten, die alle irgendwie das ewige Thema **Thomas Mann**s umkreisen: die schmerzliche Spannung zwischen dem ästhetisch betrachtenden und dem bewußtlos aktiven Menschen. Selbst in der lustigen Geschichte **Wie Jappe und Do Escobar** sich prügeln (die übrigens durch den wohlherzogen kleinen Engländer, der die Prügel der anderen als ästhetisches Schauspiel genießt, einen merkwürdig aktuellen Zug bekommen hat), selbst in dieser Geschichte muß schließlich derjenige der jungen Burschen verlieren, der zu vornehm gewöhnt ist, um seine blutig geschlagene Nase nicht als etwas ästhetisch Unmögliches empfinden zu müssen. Eine besondere Stelle in diesem Bändchen, dessen Stücke sonst wohl mit **Thomas Mann**s großer Sprachtechnik, aber naturgemäß etwas spielerisch leicht geschrieben sind, nimmt die Schwere Stunde ein. Dies ist eigentlich überhaupt nicht Dichtung sondern ein virtuos Stück Biographie, eine Nachtstunde aus dem Leben **Friedrich Schillers**, der an seinem **Wallenstein** unter Schmerzen jeder Art arbeitet. Wie hier das äußere und innere Wesen eines Menschen ohne irgend welche *Erdichtung* zur Darstellung gebracht wird, das zeigt den Weg zur wahren Form der Biographie, wie wir sie noch nicht besitzen.

× **Kurze Chronik** Zu den Opfern des Krieges hat sich nun der junge österreichische Lyriker **Georg Trakl** gesellt, dessen Gedichte **Der jüngste Tag** mit ihrer wilden,

melancholischen Phantastik im engern Kreis starke Wirkung geübt hatten. × In seiner Heimat **Karlsruhe** starb am 15. Januar **Albert Geiger**, als Poet ein geschmackvoll sanftes, durchaus in konventionelle Grenzen gebanntes Talent. × Eine Buchhändlerstatistik stellt bisher 1416 Kriegspublikationen fest. Davon gehören 254 in das Gebiet der Dichtung. Da sehr zahlreiche dichterische Kriegsergüsse aber sich außerhalb des Buchhandels als Privatdrucke auftun, dürfte die wahre Ziffer der deutschen Kriegspoeseie noch viel größer sein. × Ein neues Originalmanuskript von **Goethes Mitschuldigen** wurde in **Dresden** aufgefunden.

× **Literatur** In der Sammlung **Aus Natur und Geisteswelt** / Leipzig, Teubner/ erschien der 3., abschließende Teil einer Studie über das Drama, die **Bruno Busse** herausgibt. Zu Zwecken praktischer Orientierung mag das Bändchen brauchbar sein, weil es mit großem Fleiß auch Namen und Daten aus der wenig bekannten und wenig bedeutenden dramatischen Produktion von **Spanien, Italien, Holland** usw. im 19. Jahrhundert zusammenträgt, weil es eine (etwas magere) chronologische Tabelle und einen Haufen ordentlicher Register am Schluß hat. Im übrigen werden die Autoren sauber in »Schulen« verteilt, obwohl der Verfasser selber nicht im Zweifel ist, daß man **Kleist** so wenig unter **Romantik** wie **Hauptmann** unter **Naturalismus** erschöpfen kann. Das Urteil des Autors, teils am Stofflichen teils an einer vag konventionellen Idee vom richtigen Drama orientiert, schießt wohl keine allzu großen Böcke, ist aber ohne persönliche lebendige Kraft.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Krieg und Technik Die überaus engen Beziehungen zwischen dem Krieg und der Technik sind in dieser Rundschau (1914, 2. Band, pag. 1204 ff.) bereits ausführlicher behandelt worden. Während seiner jetzt 7^{1/2}monatigen Dauer hat nun dieser Krieg Formen angenommen, die zu weiteren Darlegungen an dieser Stelle Anlaß geben. Die Entwicklung des Landkriegs hat es mit sich gebracht, daß sich die Gegner nur noch ausnahmsweise ritterlich kämpfend auf offener Plan gegenüberstehen. Sie sehen in der Regel nichts mehr von

einander und lassen möglichst wenig von sich sehen; denn wenn auch nur die Spur eines Körperteils sichtbar wird, so wird sie auch schon von der lauernden Kugel getroffen. Gezwungen durch die furchtbare Wirkung der Artilleriegeschosse, der Maschinengewehre und auch der gewöhnlichen Infanteriegewehre suchen sich die Kämpfer durch Einwühlen in den Boden nach Möglichkeit zu sichern. Die Feldschlachten haben sich in einen Positionskrieg verwandelt, der sehr viel Ähnlichkeit mit einem mittelalterlichen Festungskrieg an sich hat, und bei dem auch die mittelalterliche Kriegstechnik wieder in Ehren aufgenommen worden ist, freilich verfeinert (wenn man bei dem grausamen Wüten des Krieges überhaupt von einer Verfeinerung sprechen kann) durch das Raffinement moderner technischer Mittel. Die Gegner arbeiten sich heute unterirdisch oder halbunterirdisch an einander heran. Eine fast ununterbrochene Kette von Schützengräben zieht sich in hinter einander geordneten Gliedern von der Nordsee bis an die Vogesen und von der Ostsee bis an die Karpathen; durch Quersappen sind die einzelnen Glieder mit einander verbunden, und in den vordersten Reihen liegen sich die Feinde häufig bis auf 50 Meter Entfernung gegenüber.

Für die Beschießung der vordersten Linien kann die Artillerie nicht mehr in Betracht kommen, denn ihre Zielsicherheit ist nicht so groß, daß sie nicht auch den Freund gefährden könnte. Um diesem Übelstand abzuwehren, wurden deshalb die ehrwürdigsten Kriegsgewehre aus den Museen und Zeughäusern als Ersatz für die Artillerie wieder hervorgeholt. Bombenwerfer nach Art der antiken Lithobolen treten in Aktion; mit eintretender Dunkelheit wagt sich hier oder dort ein *Diskuswerfer* heraus, der eine an langer Schnur befestigte Bombe schleudert. Ein Ruck an der Schnur, wenn sie beim Wurf abgelaufen ist, und ein mechanisch betätigter Zünder bringt das Wurfgeschöß zu Explosion. Daneben dienen auch alte Schützenvereinsmörser und die gewöhnlichen Gewehre zum Schleudern von Granaten. Die Reichweite aller dieser Instrumente ist zwar gerade nur so groß wie die Entfernung zum nächsten Schützengraben; aber die Wirkung der mit unseren brisantesten Sprengstoffen gefüllten Bomben ist dafür um so furchtbarer. Ein Volltreffer mährt die Besatzung hin oder verschüttet sie, und die giftigen Dämpfe betäuben die Überlebenden. Gegen diese

Geschosse suchen sich die Mannschaften durch mannshohe Drahtnetze zu schützen, die vor den Gräben errichtet sind. Die Wurfgeschosse kommen dann zur vorzeitigen Explosion, ohne nennenswerten Schaden anzurichten. Da sich der Ausguck aus den Schützengräben bei Strafe sofortiger Tötung durch eine feindliche Kugel von selbst verbietet, so sind die wirklichen Treffer nicht so häufig. Um Abhilfe zu schaffen, haben sich unsere Leute die Einrichtung unserer Unterseeboote zunutze gemacht, die, ohne selbst ein Ziel darzubieten, mit ihren Periskopen die Umgebung absuchen. Während die Unterseebootperiskope aber kunstvolle optische Instrumente sind, bestehen die Schützengräbenperiskope unserer Leute aus 2 parallelen schrägestellten Spiegeln in einem Papprohr. Sieht man in den untern Spiegel, während man den obern über den Wall des Schützengrabens hinaushebt, so kann man, ohne selbst gesehen zu werden, den Feind beobachten und wirksam schädigen.

In den Argonnen ist der Bau von Minen und Konterminen, der im alten Festungskrieg eine so wichtige Rolle spielte, wieder aufgelebt. Man sucht die feindliche Position unterirdisch zu unterfahren und dann in die Luft zu sprengen. Dagegen versucht der Gegner seinerseits die feindliche Mine durch Quetschminen zu zerstören. Im alten Minenkrieg belauschte man die gegnerische Sappeurarbeit mit Hilfe von Erbsen, die auf eine Trommel gelegt wurden. Die Erschütterungen durch die Arbeit im harten Gestein pflanzen sich auf die leichten Erbsen fort und bringen sie in zitternde Bewegung, sie verraten also die feindliche Wühlarbeit. An die Stelle dieser primitiven Einrichtung tritt heute das Mikrophon, das selbst außerordentlich schwache Erschütterungen merkbar macht.

Ganz wesensverwandt mit dieser rein technischen und unsichtbaren Art der Kriegführung zu Lande ist der Unterseekrieg. Der Gedanke des Unterseeboots ist schon sehr alt, er geht bis in das 16. Jahrhundert zurück. Er war aber praktisch undurchführbar, solange nicht leistungsfähige Motoren gefunden waren, die dem Boot unter Wasser vollkommene Bewegungsfreiheit verliehen. Zum Antrieb bei der Fahrt mit Deck über Wasser kann jeder beliebige Motor dienen, obwohl man im Interesse eines möglichst großen Aktionsradius zweckmäßig Explosionsmotoren wählt. Unter Wasser kann aber nur der von Akku-

mulatoren gespeiste Elektromotor dienen, weil hierbei mit dem verfügbaren Luft- respektive Sauerstoffvorrat nach Möglichkeit gespart werden muß. Das praktisch verwendbare Unterseeboot ist also ganz ein Kind der Technik unserer Zeit, und selbst das Bauersche Unterseeboot aus dem Jahr 1850, das im Berliner Museum für Meereskunde zu sehen ist, ist nichts als ein dilettantischer Versuch mit technisch unzureichenden Mitteln. Die zahlreichen Unfälle, besonders der französischen Unterseeboote, zeigten, daß zur Ausbildung dieser Waffe erst eine gereifte technische Erfahrung auf allen Gebieten des Schiffbaus und des Maschinenbaus erforderlich gewesen ist, um etwas technisch Brauchbares zu leisten. Bis in die letzten Jahre hinein war die Frage noch strittig, ob das Schwergewicht auf Schlachtschiffe und Kreuzer oder auf Unterseeboote zu legen sei. England vertrat im wesentlichen den Standpunkt der Schlachtschiffe, und die Marinen aller Länder folgten diesem Beispiel; auch in Deutschland wurde offiziell der gleiche Standpunkt vertreten. In aller Stille aber wurde auch die Untersee- waffe so sorgfältig ausgebildet, daß gleich in den ersten Kriegswochen mit ihr glänzende Erfolge über englische Kriegsschiffe erzielt wurden. Gegen die Unterseeboote wurde meist der Einwand ins Feld geführt, daß sie wegen ihres beschränkten Aktionsradius nur zur Küstenverteidigung brauchbar seien; aber schon zu Beginn des Krieges machte eines unserer Unterseeboote eine gelungene Patrouillenfahrt rings um England herum und blieb 11 Tage unterwegs, und inzwischen sind neue Typen von Unterseebooten geschaffen worden. Seinem Äußern nach unterscheidet sich ein Unterseeboot nicht wesentlich von einem gewöhnlichen Torpedoboot. Auch in seiner Armierung weicht es von diesem nicht ab. Seine Hauptwaffe sind die Torpedos, die durch Unterwasserlancierrohre gegen das feindliche Schiff gerichtet werden; daneben führt es noch Maschinengewehre an Bord. Wegen seiner niedrigen Bauart ist solch ein Unterseeboot an und für sich nur schwer zu sehen. Kommt es in den Bereich feindlicher Schiffe, so ziehen sich Kommandeur und Mannschaften ins Innere des Bootes zurück. Alle Luken werden geschlossen, die Antennen der drahtlosen Telegraphenapparate werden eingezogen und die Explosionsmotoren werden abgestellt. Gleichzeitig nimmt das Boot Wasserballast, so daß es unter der Meeresoberfläche ver-

schwindet. Die Tauchfähigkeit ist so bemessen, daß es auch unter den tiefstgehenden Schiffen durchfahren kann. Bei der Fahrt unter Wasser wird die Schraube durch Elektromotoren angetrieben, die dem Boot eine Geschwindigkeit von 10 bis 12 Knoten in der Stunde zu verleihen vermögen. Zur Orientierung bei der Unterwasserfahrt dienen optische Einrichtungen, die sogenannten Periskope oder Sehrohre, die mit ihrem obern Ende gerade über das Meeresebene hinausragen. In seiner primitivsten Form besteht das Periskop aus 2 parallelen, schräggestellten Spiegeln, von denen der eine am obern, der andere am untern Ende des senkrecht gestellten Sehrohrs angeordnet ist. An die Stelle der Spiegel treten natürlich zweckmäßig total reflektierende rechtwinklige Prismen, und im Innern des Rohrs werden noch Linsencombinationen angeordnet, so daß das ganze Periskop wie ein Fernrohr wirkt, das zwar senkrecht nach oben gerichtet ist, wegen der Winkelspiegel aber den Ausblick in horizontaler Richtung gestattet. Dadurch daß das Periskop drehbar eingerichtet ist, kann mit ihm der ganze Horizont abgesehen werden. Bei auftretender Gefahr kann das Periskop auch noch selbst eingezogen werden, so daß von dem Unterseeboot überhaupt nichts mehr zu sehen ist; zur Orientierung für die Fahrt dient dann nur noch der Kompaß. Mit den modern eingerichteten Unterseebooten können stundenlange Fahrten unter Wasser ausgeführt werden. In diesem Fall muß natürlich für die Beseitigung der von der Mannschaft ausgeatmeten Kohlensäure sowie für die Erneuerung des verbrauchten Sauerstoffs gesorgt werden. Zur Kohlensäureabsorption dient Ätzkalk oder irgendein Ätzalkali; Sauerstoff wird entweder in Stahlflaschen komprimiert mitgeführt oder aus Superoxyden erzeugt.

Eine Ergänzung der Unterseeboote bilden die Unterseeminen. Man unterscheidet feste und bewegliche Unterseeminen. Einen besondern Typus der beweglichen stellen die Torpedos dar, die durch eine kleine Schiffsschraube Eigenbewegung in bestimmter Richtung erhalten und deren Sprengladung zur Explosion kommt, wenn das Torpedo an einen festen Gegenstand anprallt. Die bisherigen Erfahrungen im Seekrieg haben gezeigt, daß infolge der verheerenden Wirkung der neuen deutschen Sprengstoffe meist schon ein einziger Torpedotreffer genügt, um selbst ein modernes Schlachtschiff zum Sinken zu bringen.

Noch furchtbarer in ihrer Wirkung sind freilich die eigentlichen Seeminen, die man mit beliebig starken Sprengstoffladungen versehen kann. Die Seeminen sind unter Wasser verankerte oder unter Wasser treibende eiserne Gefäße, deren Sprengstoffinhalt entweder vom Land durch einen elektrischen Glühzünder oder bei der Berührung mit einem Schiffsrumpf durch sogenannte Kontaktzünder zur Explosion gebracht wird. Die neueren Kontaktzünder bestehen aus mit Bleikapseln gesicherten Glasgefäßen, in denen sich Schwefelsäure befindet. Stößt ein fahrendes Schiff auf eine solche Bleikapsel, so verbiegt sie sich, das Glasgefäß zerbricht, und die Schwefelsäure ergießt sich über ein Gemisch von Kaliumchlorat und Zucker, das sich hierdurch entzündet und die Sprengstoffladung zur Explosion bringt. Damit eine solche Seemine nicht eine dauernde Gefahrenquelle bietet, ist Vorsorge getroffen, daß beim Losreißen von der Verankerung Seewasser in das Minengefäß eindringt, wodurch das Kaliumchlorat gelöst und weggeschwemmt wird. Auch dafür wird gesorgt, daß innerhalb einer bestimmten Zeit nach dem Auswerfen die Minen unwirksam werden.

Gegenüber den Seeminen ist auch der größte Panzerkoloss wehlos, und die starken Verluste der englischen Flotte an der eigenen Küste beweisen, daß von allen Kriegsmitteln die Seeminen wohl die furchtbarsten sind. Natürlich werden von dem Feind alle irgend erdenklichen Mittel aufgewandt, um ausgelegte Unterseeminen zu beseitigen. Hierzu dienen in erster Linie Minensucher: meist flach gebaute Dampfer, die paarweise ausfahren und unter einander mit Schleppketten oder Schleppnetzen verbunden sind, mit denen sie die Minen zu vorzeitiger Explosion zu bringen oder vom Grunde abzureißen versuchen. Selbst bei planmäßigem Absuchen des Minenfelds gelingt es aber doch nur in bescheidenem Umfang die Minengefahr zu beseitigen, und die Unterseeminen sind heute wirkungsvollere Sicherungen der heimischen Küste gegen feindliche Überfälle als gigantische Schlachtschiffe. Gleichzeitig aber erweisen sie sich auch als kräftige Angriffswaffe, wenn es gelingt ein ganzes Seegebiet, wie jetzt die englischen Küstengewässer, mit Minen zu belegen. Damit wird der Vorsprung reichlich wieder wettgemacht, den England in seiner Marine vor Deutschland besitzt, und der Krieg nimmt immer mehr den Charakter eines Kampfes

zwischen Maschinen an. In der offenen Seeschlacht, wenn Dreadnought und Dreadnought einander gegenüberstehen, ist das Schiff ein beseeltes Werkzeug, gegen das zu kämpfen noch immer ein Kampf von Mann zu Mann ist. Die Unterseemine dagegen arbeitet wie das Schicksal selbst, furchtbar, seelenlos, grausam und unabwendbar. Ihre Wirkung ist deshalb auch so demoralisierend und entmutigend für den modernen Nervenmenschen.

× **Kriegspara-** **ten** ×
Wenn die Umorientierung der Technik als eine der wichtigsten Folgen

aus den Lehren dieses Weltkriegs bezeichnet werden muß (siehe meinen Artikel in diesem Band, pag. 184 ff.), so ist damit noch nicht gesagt, daß diese Folgerung auch schon überall in der Industrie gezogen worden ist. Auf weiten Gebieten der Industrie macht sich vielmehr ein Treiben breit, das durchaus unerfreulich ist, denn ihm ist nur zu deutlich das skrupellose Haschen nach Augenblickserfolgen anzumerken; in vielen Fällen artet es geradezu in Warenwucher aus. Man braucht nur die Inseratenteile unserer großen Tagesblätter zu durchblättern, um zu erkennen, daß auf technischen Sondergebieten, die im Frieden kaum Beachtung gefunden hatten, jetzt Hochkonjunktur ist. Wahre Erfinderkanninchen, wie sie bezeichnend genannt worden sind, befinden sich an der Arbeit, um wirkliche Bedürfnisse der Kämpfer oder den Daheimgebliebenen wenigstens vorgeredete Bedürfnisse zu befriedigen, und das nicht einmal immer ehrlich sondern zumeist mit minderwertigen Surrogaten. Da sind die bereits von verschiedenen Kommandanturen gebührend gekennzeichneten Grogwürfel aus Stärkezucker und Spiritus; die in vielen Fällen gleichwertigen Tee-, Kakao- und Kaffeepastillen; die Bouillonwürfel aus Gelatine und Zwiebel-schalenextrakt; die Zigaretten zu 5,60 Mark das Tausend; Taschenlampenbatterien mit einer Funktionsfähigkeit von noch nicht $\frac{1}{2}$ Stunde; verschiedene Sorten von Feldkochern und Taschenöfen zweifelhaftester Qualität und mit einem Brennmaterial, das noch nicht Wasser auf 30° zu erwärmen vermag; **Kompositionskerzen** aus Hammeltalg; Taschenperiskope für den Schützen-graben, bestehend aus 2 schräggestellten 5 Pfennig-Spiegeln in einer Pappschachtel; Verkaufspreis nur 1 Taler; Panzerwesten, komplett 60 Mark; Präparate zur Kräftigung der Nerven und zur

Erhöhung des Mutes; zweifelhafte Verteilungsmittel von Ungeziefer, aber zu horrenden Preisen: und alles mit patriotischen Inschriften und der Widmung »Unseren tapferen Kriegern«. Die Industriellen, die hier im Trüben fischen, sind um nichts besser als jene von Landräten öffentlich gebrandmarkten bäuerlichen Gemeinden, die korporativ ihre Getreidevorräte verheimlichten. Für sie ist der Krieg nur ein Geschäft, und ihnen hat das Ringen eines Volkes um seine Existenz noch keine schmerzvolle Sorge bereitet. Wenn sich ihnen Gelegenheit dazu bietet, verkaufen sie über das neutrale Ausland waggonweise Werkzeugmaschinen an Rußland zur Herstellung von Granaten und Schrapnells.

Es ist leicht ersichtlich, daß unter diesem Unwesen das ganze Volk, das schließlich doch die Kosten des Krieges trägt, zu leiden hat. Indessen hier streife ich bereits die Gebiete der Sozialpolitik und Sozialethik, die mit meinem Thema nur in losem Zusammenhang stehen.

× **Kautschukherstellung** × Die Frage der künstlichen Herstellung von Kautschuk ist in den letzten Jahren zu vorläufigem Abschluß gelangt. Nachdem von Harries im Jahr 1905 die chemische Konstitution des natürlichen Kautschuks festgelegt worden war (siehe diese Rundschau, 1910, 3. Band, pag. 1327), konnte auf Grund der neu gewonnenen Erkenntnis auch an seine Synthese herangetreten werden. Vorarbeiten hierzu waren schon insofern geleistet worden, als Bouchard gefunden hatte, daß sich der bei der trockenen Destillation von Kautschuk entstehende flüchtige Kohlenwasserstoff Isopren durch Polymerisation in der Gegenwart von Chlorwasserstoffsäure in eine kautschukähnliche Masse verwandeln läßt. Weiter war gefunden worden, daß sich Isopren nicht nur aus Kautschuk herstellen läßt sondern sich auch bildet, wenn Terpentinöl durch glühende Röhren geleitet wird. Auf der Basis dieser Kenntnisse wurden von Dr. Fritz Hofmann und Dr. Carl Coutelle, Chemikern der Elberfelder Farbenfabriken, vormalig Bayer & Kompanie, im Jahr 1909 systematische Versuche zur Kautschuksynthese begonnen. Es gelang ihnen zunächst ganz reines Isopren, das sie auf neuem Weg hergestellt hatten, durch einfaches Erhitzen im geschlossenen Rohr für sich oder in Gegenwart anderer Stoffe in Kautschuk überzu-

führen. Harries stellte durch chemische Analyse fest, daß es sich hier tatsächlich um Kautschuk handelte, und nachdem er die Versuche zur Kautschuksynthese seinerseits wieder aufnahm, berichtete er erstmalig im Jahr 1910 in Wien über sein Verfahren, das im wesentlichen mit dem von Hofmann und Coutelle übereinstimmte. Auf Grund dieser Publikation wurden an verschiedenen Stellen im Inland und im Ausland die Versuche fortgesetzt. Besondere Verdienste um die Lösung der Frage erwarben sich neben den Elberfelder Farbwerken noch die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen und die englischen Forscher Mathews und Stränge.

Bei den zahlreichen Arbeiten auf diesem Gebiet wurde festgestellt, daß sich nicht nur eine einzige, dem natürlichen Kautschuk entsprechende sondern mehrere, in ihren Eigenschaften von einander abweichende Arten herstellen ließen, je nachdem man die Polymerisation in der Gegenwart von Essigsäure, metallischem Natrium in einer Kohlendioxidatmosphäre oder bei der Gegenwart von Ozoniden oder Peroxyden als Katalysatoren vornahm, und daß auch verschiedene Kautschukarten hergestellt werden konnten, wenn man die Ausgangsstoffe änderte. Die Verhältnisse liegen also auch hier ganz ähnlich wie auf verschiedenen anderen Gebieten der organischen Chemie, daß es nämlich möglich ist im Laboratorium durch Änderung der Versuchsbedingungen und der Ausgangsstoffe einen größeren Skalenreichtum in den Eigenschaften der künstlichen Stoffe hervorzubringen als es die Natur vermag. Ebenso wie bei der Herstellung künstlicher Farb- oder Riechstoffe hat man es auch bei der Kautschuksynthese in der Hand die Eigenschaften des Kunstprodukts in einer bestimmten Richtung, also hinsichtlich der Elastizität, der Festigkeit, der Löslichkeit usw., willkürlich abzuändern.

Was nun die wirtschaftliche Seite der künstlichen Kautschukherstellung anlangt, so muß leider festgestellt werden, daß, was den Preis betrifft, der synthetische Kautschuk mit dem natürlichen noch bei weitem nicht konkurrieren kann, und daß zurzeit auch noch keine nennenswerten Quantitäten künstlichen Kautschuks fabrikmäßig herstellbar sind. Als Ausgangsstoffe kommen neben dem bereits erwähnten Terpentinöl noch bestimmte Petroleumdestillate, Stärke, Amylalkohol, Azetylen usw. in Frage.

Die Ausbeute bei den verschiedenen Verfahren ist überaus gering, so daß die vorhandenen Rohstoffe bei weitem nicht genügen würden, um den Weltbedarf an Kautschuk, der gegenwärtig etwa 100 000 Tonnen jährlich beträgt, auch nur entfernt zu decken. Um beispielsweise synthetischen Kautschuk aus Stärke herzustellen, müßten Felder mit Mais oder Kartoffeln angebaut werden, die die gegenwärtigen Kautschukplantagen um das Vielfache an Ausdehnung übertreffen. Dazu treten bei der Kautschukdarstellung Nebenprodukte in so gewaltigen Mengen auf, daß deren Beseitigung oder Nutzbarmachung die allergrößten Schwierigkeiten machen würde.

× **Stickstoffverbindungen** Bei der Vorsorge für unsere nächste Ernte spielen unsere künstlichen Düngemittel eine besonders große Rolle. Als künstliche Düngemittel kommen in Betracht: Kalisalze, Stickstoffverbindungen und Phosphorverbindungen. An Kalisalzen stehen wir in der ganzen Welt unerreicht da; aus unseren unerschöpflichen Lagern an Kalisalzen versorgen wir alle Länder der Erde. Die Sperrung des deutschen Handels kann also hierin nur dem feindlichen und dem neutralen Ausland verhängnisvoll werden. Auch an Phosphorverbindungen haben wir keinen Mangel. Während früher fast ausschließlich Knochenmehl und phosphorsaurer Kalk benutzt wurden, wird heute in bedeutendem Umfang Thomasphosphatmehl benutzt, das aus den Schlacken der Thomasstahlwerke erzeugt wird. Der deutsche Thomasstahlbetrieb ist der größte der Welt; also auch hierin sind wir vom Ausland unabhängig. Wir können aber auch, was die Stickstoffverbindungen anlangt, beruhigt in die Zukunft schauen. Als Düngemittel kommen der Chilisalpeter (salpetraures Natrium) und schwefelsaures Ammonium in Betracht. Im Jahr 1912 wurde bereits mehr als die Hälfte des deutschen Stickstoffbedarfs durch schwefelsaures Ammonium gedeckt, das aus unseren kohlevergasenden Industrien, aus den Steinkohlengasanstalten und den industriellen Kokereien, herkommt. Die deutsche Ammoniakherzeugung betrug im Jahr 1912 492 000 Tonnen und ließ diejenige von England (379 000 Tonnen) und diejenige Amerikas (151 000 Tonnen) weit hinter sich. Da in diesem Jahr auf die Einfuhr von Chilisalpeter nicht zu rechnen ist und die vorhandenen Bestände von der Heeresverwaltung

für die Herstellung von Sprengstoffen beschlagnahmt worden sind, so ist aber noch immer ein bedeutendes Manko zu decken. Ein Teil des Defizits wird durch die Heranziehung der vorhandenen Lagerbestände der Ammoniakverkaufsverbände zu beseitigen sein; aber immerhin können wir in Verlegenheit kommen. Es ist deshalb besonderer Nachdruck darauf zu legen, daß der Gaskonsum nicht eingeschränkt wird, und es ist dafür zu sorgen, daß die gewerblichen Kokereien ihren Betrieb nicht nur aufrechterhalten sondern sogar noch erheblich verstärken. Allerdings ist das mit einigen Schwierigkeiten verbunden, weil die Hauptabnehmer des Koks, die Hüttenwerke, ihren Betrieb stark haben einschränken müssen. Es ist deshalb in den Kriegszeiten eine Pflicht der Selbsterhaltung überall, wo es nur irgend angängig ist, anstelle der Steinkohle Koks als Brennmaterial zu benutzen. Da in den Steinkohlengasanstalten und den industriellen Kokereien als Nebenprodukte auch noch erhebliche Mengen Teer abfallen, aus denen Benzol und das für die neuere Sprengstofftechnik so überaus wichtige Toluol gewonnen werden, so fördern wir auch die Schlagfertigkeit des Heeres indirekt, wenn wir Leuchtgas und Koks verbrauchen.

Zu der Ammoniakherzeugung in den Gasanstalten und Kokereien kommen in neuerer Zeit noch weitere Methoden hinzu. Besonders wertvoll erscheint im gegenwärtigen Augenblick das Verfahren Professor Habers zur synthetischen Herstellung von Ammoniak aus Stickstoff und Wasserstoff, das sich durch große Billigkeit und Leistungsfähigkeit auszeichnet (siehe die Rubrik Exakte Naturwissenschaften, 1914, 2. Band, pag. 1200). Es wird an mehreren Stellen in Deutschland bereits im großen ausgeübt, so daß wir einen wirklichen Mangel für die Landwirtschaft nicht zu befürchten haben.

Bei der Bedeutung, die die Stickstoffverbindungen für Landwirtschaft und Industrie besitzen, sind die Versuche deutscher Gelehrter zur Gewinnung stickstoffhaltiger Verbindungen den Luftstickstoff herauszuziehen durch Reichsmittel gefördert worden. Zur Erhaltung dieser in Kriegszeit geschaffenen, für die Sicherung der Ernteergebnisse der Landwirtschaft und des Rohstoffbedarfs der Sprengstoffherstellung überaus wichtigen Stickstoffindustrie auch nach dem Krieg muß deren Rentabilität gewährleistet werden. Zu diesem Zweck ist dem

Reichstag der Entwurf eines Notgesetzes zur Einführung eines Stickstoffhandelsmonopols zugegangen, das bis zum 31. März 1922 Geltung haben soll. Aus der Begründung ist als besonders wichtig hervorzuheben, daß die Erzeugung von Stickstoffverbindungen auch in den Produktionskosten bereits jetzt mit den natürlichen Stickstoffverbindungen konkurrenzfähig ist, so daß die Landwirtschaft auf die Dauer zu geringeren als den bisherigen Preisen mit Stickstoff versorgt werden kann.

× Die Frage der Milchsterilisation hat volkswirtschaftlich und hygienisch die größte Bedeutung. Leider gibt es noch kein Verfahren, das allen Ansprüchen genügt. Selbst die Sterilisierung durch Abkochen der Milch ist nur dann zuverlässig, wenn die Milch sehr lange Zeit auf Siedetemperatur gehalten wird. Abgekochte Milch verliert aber nicht nur an Wohlgeschmack, sie wird auch unverdaulicher als rohe Milch, und sie ändert auch ihre chemische Zusammensetzung. Das ist besonders für die Säuglingspflege von Wichtigkeit. Aus diesem Grund beanspruchen die Versuche von J. M. Beattie und F. C. Lewis von der Liverpooler Universität Milch durch Elektrizität zu sterilisieren hervorragende Beachtung. Die Versuche begannen im November 1911 und sind vor einiger Zeit zu Ende geführt worden. Über das Verfahren selbst gelangten bisher aber nur Andeutungen zur Veröffentlichung. Soviel aus diesen zu entnehmen ist, besteht das neue Verfahren in einer Kombination von Wärmewirkung und einer spezifischen Wirkung hochgespannter elektrischer Ströme. Nur über die Leistungen werden von den beiden Forschern Mitteilungen gemacht, und diese sind überaus erfreulich. Hiernach bestehen die Vorteile des Verfahrens darin, daß die Milch nicht übermäßig erhitzt wird, daß kein Gerinnen eintritt, und daß ein kontinuierlicher Milchstrom sicher entkeimt wird.

Das Ergebnis von einigen 100 Experimenten war stets eine vollständige Zerstörung von allen Bazillen und ein gewaltiger Rückgang in der Gesamtmenge von Bakterien aller Art. Bakteriologische Untersuchungen zeigten auf Agar-Agar-Platten nur einzelne wenige Kolonien, während Parallelversuche mit nichtsterilisierter Milch Millionen von Kolonien aufwiesen. Inkubationsversuche bei großen Proben bestätigten die Plattenindikationen. Chemische Untersuchungen der

beiden Forscher und des kontrollierenden städtischen Chemikers erwiesen die Abwesenheit jedes chemischen Einflusses des neuen Verfahrens. Wie zu erwarten war, bleibt der Säuregehalt der sterilisierten Milch während 24 Stunden praktisch konstant, während der Säuregehalt der nichtentkeimten Milch ein rapides Anwachsen zeigt. Tierversuche, die in großem Umfang angestellt wurden, beweisen, daß das neue Verfahren jede Ansteckung mit Tuberkulosebakterien verhindert.

× Die schon früher gelegentlich in dieser Rundschau (1913, 3. Band, pag. 1661 f.) erwähnte Ausnutzung der Wärme von Hochofenschlacken hat eine weitere Ausbildung erfahren. Nach einer Mitteilung von Walther L. Johnson fallen die glühenden Schlacken durch kleine Öffnungen in einen zylindrischen Wasserbehälter. Der entstehende Dampf wird nicht wie früher direkt in eine Dampfturbine geleitet, weil der Schlackenschlamm rasch die Turbinenschaukeln verschmutzt, sondern gelangt in die Röhren eines Röhrenverdampfers, in dem neuer reiner Dampf erzeugt wird. Die Schlacke selbst wird bei der plötzlichen Abkühlung granuliert und zur Zementfabrikation benutzt. × In den Gewässern von Long Island sind kürzlich Versuche mit einem neuen Taucheranzug gemacht worden, der aus einem vollständigen, 250 Kilo schweren Panzer aus einer Aluminiumlegierung besteht. Mit diesem Anzug können Wassertiefen von 65 Meter erreicht werden.

× In Voigtländers Quellenbüchern /Leipzig, R. Voigtländer/ ist eine Abhandlung Dr. Albert Neuburgers über den Kraftwagen erschienen, die gerade in unserer Zeit erhöhtes Interesse haben dürfte. Nach einer kurzen Übersicht über die ersten tastenden Versuche zum Antrieb von Wagen Naturkräfte oder mechanische Kräfte, wie den Wind, eine gespannte Feder, abblasenden Wasserdampf usw., zu benutzen oder die Leistung des Menschen durch Hebelkraft zu steigern behandelt der Verfasser in 3 Abschnitten die Entwicklung des Dampfwagens, die Entwicklung des Benzinwagens und die Entwicklung des Elektromobils. Den Hauptwert des Buches macht die Reproduktion historischer Abbildungen verschiedener Kraftwagen aus.

DIVERSA

Notizen

Frankreich und England Der *Matin* brachte am 12. Februar einen Artikel,

betitelt *Les preuves de la préméditation: Comment la Sozialdemokratie a préparé la guerre*, in dem der Verfasser, Professor Edmond Laskine, sich um den Nachweis müht, daß die deutsche Sozialdemokratie auf den Krieg hingearbeitet, daß sie bei den deutschen Arbeitermassen die »moralische Mobilmachung« ins Werk gesetzt hätte, die der militärischen vorgegangen sei. Die Behauptung ist natürlich so wenig ernst zu nehmen wie die »Beweise« irgendeiner Widerlegung bedürfen; sie können nur als psychologische Dokumente gewertet werden. Da der Verfasser indessen auch die Sozialistischen Monatshefte heranzieht, so sei doch mit wenigen Worten festgestellt, daß er, obgleich er zweifellos einige ihrer Artikel gelesen hat, deren Sinn und politische Bedeutung in entscheidender Weise verkannt hat.

In den Sozialistischen Monatsheften ist allerdings seit Jahren die Auffassung vertreten worden, daß England, um sich den Besitz der unbedingten Seeherrschaft zu wahren, in der Linie seiner durch die Jahrhunderte konsequent innegehaltenen Politik, auf eine Schwächung Deutschlands hinarbeite, daß die englische Ententepolitik den Sinn habe jedes maritime und koloniale Streben Deutschlands durch Untergrabung seiner Kontinentalstellung zu unterdrücken und das englische Monopol durch Unterbindung der produktiven Kräfte Deutschlands zu sichern; eine Auffassung, die die Sozialistischen Monatshefte vor Jahren bereits in Gegensatz zu manchen, von dem unbedingten Friedenswillen des englischen Liberalismus überzeugten Anglophilen brachte, die aber durch den Weltkrieg Allgemeingut eines großen Teils des deutschen Volkes und fast aller ernsthaften deutschen Politiker geworden ist. Daß in den Sozialistischen Monatsheften auf diesen Charakter der englischen Politik von je hingewiesen und die Notwendigkeit sich davor zu schützen betont worden ist, sei also gern zugegeben. Wenn aber Herr Laskine diese Sorge um die Selbstbehauptung Deutschlands in eine aggressive, und gar noch gegen Frankreich gerichtete Tendenz umdeutet, so beweist solche Unterstellung lediglich einen völ-

ligen Mangel an Unterscheidungsvermögen. Freilich mußte auch auf die Gefährlichkeit der französischen offiziellen Politik hingewiesen werden, die als Werkzeug der englischen Pläne den Frieden Europas mitbedrohte. Aber unsere Gegnerschaft galt natürlich nie dem französischen Volk, das ja selber (trotz der Warnungen Jaurès' und anderer, einsichtiger Sozialisten) durch die Dreiverbandspolitik in den Krieg hineingehetzt wurde. »Daß es gleichzeitig auch gegen Frankreich ging«, ist noch nach Kriegsausbruch in den Sozialistischen Monatsheften (1914, 2. Band, pag. 1025 f.) in einem Artikel über den Krieg und die Sozialdemokratie gesagt worden, »war uns allen wohl ein Schmerz; denn die Berührungen der deutschen mit der französischen Kultur sind zu nahe und zu vielfältig.« Aber Frankreich hatte sich nun einmal »zu einem Mitschuldigen von Unterdrückungsgelüsten gemacht. Hier durfte keine Sentimentalität mitsprechen, und Deutschland handelt auch im Interesse Frankreichs, wenn es ihm jetzt durch die Tat zeigt, wohin sein Weg es geführt hat.«

Jetzt im Krieg kann für uns natürlich nur das Interesse des eigenen Landes, die Arbeit für die eigene Zukunft richtunggebend sein. Wie wir die Vaterlandsliebe der französischen Sozialisten achten, die jetzt ohne Vorbehalt zusammen mit ihrem Volk stehen, so halten wir es ebenso für die Pflicht der deutschen Sozialisten den Verteidigungskampf mit allen Kräften gegen jeden Angreifer fortzuführen, bis die Möglichkeit unseres Lebens, unserer ungeminderten Zukunft uns gewonnen ist. Gleichwohl sei jene Feststellung zur Steuer der Wahrheit gemacht. Wir haben nicht nur an die Gegenwart sondern auch an die spätere Entwicklung zu denken. Und ich glaube, die innere Logik der Dinge wird die europäischen Kontinentalvölker zu der Überzeugung bringen, daß sie, statt sich zur Stabilisierung des britischen Weltreichs gegenseitig zu zerfleischen, besser daran täten sich der Vorherrschaft Englands zu entledigen und für ihre eigene Entfaltung Raum zu schaffen. Gelangt Europa zu dieser Einsicht, so könnten, wie Napoleon vor gerade 100 Jahren bei seiner Rückkehr aus Elba sagte, »die Flaggen aller Mächte stolz von einem Ende des Erdkreises bis zum andern im Winde flattern, und die Erde würde Frieden haben.«

JOSEPH BLOCH